

# SAMMELMAPPE

der FÖJ SOMMERAKADEMIE

1970

Zsolt Patka	Von der Gründung der Habsburgischen Hausmacht bis zur Gegenreformation - die Heilige Allianz - Niederschlag der bürgerlichen Revolution 1848 -
Leopold Spira	Gründung der Sozialdemokratie, Arbeiterbewegung bis zum ersten Weltkrieg
Josef Hindels	Zerfall der Monarchie 1914 - Austromarxismus - Gründung der KPÖ - Machtergreifung Hitlers 1933
Dr. Walter Fischer	Faschismus in Österreich 1933 bis 1938
Josef Meisel	2. Weltkrieg - Zerschlagung des Faschismus - Befreiung 1945
Hella Altmann	Die ersten Jahre der 2. Republik bis 1949
Leopold Spira	Österreich 1949 bis 1955 - Auswirkungen des Kalten Krieges, Aspekte der internationalen Politik
Zsolt Patka	Zur gegenwärtigen Situation der Linken in Österreich, mit Co-Referaten von Peter Hallstein (Revolte), Wicha (SJ)
Paul Kolm	Generationskonflikt - Ausdruck einer spezifischen Form des Klassenkampfes in der Situation einer total veränderten und im Umbruch befindlichen Welt ?
Franz Marek	Revolutionäre Praxis in Österreich - Fragen der künftigen Perspektiven
Hans Margulies	Fragen der Organisation und Strategie

Protokoll Nr. 1

Referat - Zsolt Patka

I. Teil - Von der Gründung der Habsburgischen Hausmacht bis zur Gegenreformation - die Heilige Allianz - Niederschlag der bürgerlichen Revolution 1848

Darüber sprach im Rahmen der Sommerakademie der FÖJ (Juli - August 1970)  
Genosse Zsolt Patka, Vorsitzender des Österreichischen Vietnambüros.



Von der Gründung der Habsburgischen Hausmacht bis zur Gegenreformation  
- die Heilige Allianz - Niederschlag der bürgerlichen Revolution 1848

---

Geschichte und Bewußtsein stellen in ihrem dialektischen Wechselspiel wohl eines der wichtigsten Elemente des Verständnisses und Selbstverständnisses des Einzelnen in der Gesellschaft und der Gesellschaft selbst dar.

Geschichte, richtig verstanden und vermittelt, ist eine gefährliche und ungemein wirkseme Waffe, denn sie kehrt sich gegen jeden, der sie verfälschen oder ignorieren möchte. Eucharins Ausspruch kurz vor seiner physischen Liquidierung durch Stalins Schergen, "die Geschichte ist das Weltgericht", kann da als Motto dienen und erklärt den Fanatismus, mit dem die Kreml-Bürokratie ihre eigene Geschichte immer wieder umgeschrieben, bewußt nach den tagespolitischen Forderungen gefälscht hat.

Das erklärt auch die Praxis der gängigen bürgerlichen Geschichtsschreibung und vor allem des Geschichtsunterrichts. Mit dem Mäntelchen des Objektivismus behängt, den es in der Geschichtsbetrachtung nun einmal nicht gibt - denn die Geschichte ist, wie wir wissen, die Geschichte der Klassenkämpfe, und geschichtlicher Objektivismus hieße, die Klassegegensätze aufzuheben - mit diesem Mäntelchen behängt versucht der bürgerliche Geschichtsunterricht jedenfalls gerade diese Erkenntnis und die daraus resultierenden Konsequenzen zu ignorieren, was ja gerade auf eine spezifisch klassenbedingte, weil Klasseninteressen dienende Praxis hinausläuft.

In Österreichs Schulbüchern sieht es dann konsequenterweise so aus, als ob, wie durch einen göttlichen Plan, von der Gründung der Habsburgischen Hausmacht bis in die Gegenwart, die Kontinuität der Entwicklung eines Gesellschaftskonzeptes zu beobachten wäre, das auf der naturgegebenen Verteidigung und Erhaltung aller Werte der kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Ordnung beruht, repräsentiert durch Thron und Altar, durch den Obrigkeitsstaat oder eben durch jene bürgerliche Pseudo-Demokratie mit ihren verschleierte hierarchischen Strukturen und Unterdrückungsmechanismen, die eine mittels der Manipulation der öffentlichen Meinung aufrechterhaltene Herrschaft ist, an der beispielweise eine SPÖ-Regierung nur in den Nuancen der Handhabung des Apparates, nicht aber durch Negation des Apparates selbst etwas ändern kann. Die Manipulation der Untertanen muß von frühester Kindheit beginnen, also in der Schule, ein Geschichtsbild vermittelnd, das mögliches Nachdenken und Vergleiche zwischen gestern und heute verhindern soll.

Wenn die FÖJ-Sommerakademie in ihrem programmatischen Aufbau in der ersten Phase sich überwiegend mit der historischen Analyse der Geschichte Österreichs beschäftigt, so tut sie dies eben aus der Überlegung heraus, daß ohne die Kenntnis zum mindesten der wichtigsten Tendenzen der eigenen Historie die Verhältnisse und Bedingungen der Gegenwart nur mangelhaft verstanden werden können.

Bei einem großen Teil der Bürger unseres Staates ist eine tendenziöse Einstellung - auch Mentalität genannt - zu beobachten, die in neuem und modernem Gewand des Genossenschaftsbauers, des Vertreters der sogenannten Mittelschicht, also Kleingewerbetreibenden, Angestellten, oder des Arbeiters einherspaziert und im ganzen Gebaren, in der Einstellung gegenüber gesellschaftlichen, politischen Fragen stets an den Untertanen erinnert.

Der "Herr Karl" ist kein seltsames Tier, das hierzulande in den Schlupfwinkeln der normalen Gesellschaft nistet, er ist vielmehr das Durchschnitts-

produkt einer nicht bewältigten Vergangenheit, die nicht erst dreißig oder vierzig, sondern dreihundert und mehr Jahre zurückliegt.

Die Rolle der Revolution, die, wenn alle objektiven Voraussetzungen erfüllt sind, notwendig auftritt, ist die der gewitterartigen Reinigung der schwülen, abgestandenen, zum Erstickungstod führenden gesellschaftlich überlebten Verhältnisse, und dies in materieller und geistiger Hinsicht. Die objektiven Voraussetzungen, das läßt sich am Beispiel Österreichs und Deutschlands explizieren, können durch die Übermacht subjektiver negativer Faktoren gestört, ja zum Verkümmern gebracht werden.

Es geht hier nicht darum, aufzuzeigen oder den falschen Beweis zu erbringen, daß es in Österreich so kommen mußte, wie es gekommen ist, sondern darum, verständlich zu machen, warum der Weg zur gesellschaftlichen Emanzipation in Österreich, ähnlich wie in Deutschland, so ungeheuer erschwert und zeitweise vollkommen verschüttet werden konnte.

Es kann auch nicht ernsthaft in einem zeitlich begrenzten Rahmen versucht werden, alle wichtigen Aspekte mit minutiöser Genauigkeit und detailliertem Eingehen zu schildern. Wir wollen keinen Nachhilfeunterricht in Geschichte geben, mit Jahreszahlen, Geschlechterfolgen und dergleichen mehr.

Jedem aber, der die österreichische Geschichte nicht nur für die Prüfungszwecke gebüffelt, sondern mit Interesse studiert hat – möglichst außerhalb der Schule –, stoßen Gedanken auf, werden Zusammenhänge transparent, die näher untersucht und nach Möglichkeit begründet werden sollten. Der stark ausgeprägte Judenhaß des Österreichers ist z.B. ein leicht abwandelbares Phänomen, das sich mangels Juden und auf Grund einer geänderten politischen Situation, ebenso auf Angehörige anderer fremder Minderheiten im eigenen Land, ob ansäßig geworden oder zu Gast, ausdehnen läßt. Dieses Phänomen läßt sich insgesamt als Fremdenhaß bezeichnen, der sich in Ausdrücken wie "Tschusch", "Katzelmacher" usw. Luft macht, und, zu einer nationalen Eigenschaft geworden, Perspektiven des Internationalismus und der Solidarität subjektiv von vornherein in Frage stellen kann. Der Judenhaß ist nur ein Aspekt dieses Fremdenhasses, der sicher kein Zufall ist, wie es ja Zufälle dieser Art auch gar nicht gibt. Hier wäre z.B. ein Gedanke anzubringen und näher zu begründen: die deutsch-sprachigen Völker im zusammengeerbten und -geraubten Vielvölkerstaat der Monarchie, sehr oft schlechter daran als die anderen Nationen, aber unmittelbare Untertanen des Hauses Habsburg, könnten aus der Not, aus der sie durch nationale Impulse etwa gegen eine Fremdherrschaft echte Ansätze zur Emanzipation hätten gewinnen können, die irrationale Tugend in Form einer falschen Identifikation mit dem Herrscherhaus gemacht haben, indem sie die Interessen der Habsburger mit ihren eigenen Interessen verwechselt haben könnten. Wenn sich also die Fremdvölker der Monarchie, die Slawen, Magyaren und Böhmen gegen die Habsburgische Bevormundung aufgelehnt haben, empfanden sie dies als Unbotmäßigkeit nicht gegenüber dem gleichen Unterdrücker, sondern ihrem Herrscher. Diese Identifikation ist nicht nur spürbar, sondern wird offen ausgesprochen: Der Ruhm des Hauses Habsburg war der Ruhm des Hauses Österreich. "Tu felix Austria" schwellte die Brust der Untertanen, brachte aber nur dem Herrscherhaus was ein. Von Lukacs stammt der Satz, daß die Misere der jüngeren deutschen Geschichte darin ihre Ursache habe, daß die Deutschen niemals einen Hohenzollern geköpft hätten. Noch viel mehr trifft es auf Österreich zu, wo sich Maria Theresia die Rolle einer Landesmutter, Franz Josef die eines Landesvaters in der Vorstellung des Volkes durchaus echt gespielt haben und die Verehrung dieses Geschlechts soweit geht, daß manche Betrachter der österreichischen Szenerie nicht zu Unrecht heute noch von Österreich als von einer verhinderten Monarchie sprechen. Kommt einmal die Queen zu Besuch, dann gibt es nicht nur "Jonaswetter", nicht nur Lippizaner

und Geladinnern, von denen das gemeine Volk ausgeschlossen ist, sondern es gibt für das gemeine Volk endlich wieder auch jemanden, zu dem man emporblicken kann. Das Geschichtsbild des gängigen Österreichers ist mit der Monarchie untrennbar verknüpft, sein Bewußtsein war seit je kein österreichisches, sondern habsburgisches, und als die Monarchie zerfiel, war es da nicht auf der Hand liegend, daß man sich augenblicklich dem deutschen Bruder in die Arme werfen wollte, um im Handumdrehen zur großen Nation zu werden, da die Nationwerdung durch die übernationale, auf internationale Knechtung abgerichtete Politik der Habsburger niemals gelingen konnte? Welchem Schweizer fiel es ein, sich als Deutscher fühlen zu wollen - freilich ist sein Geschichtsbild entscheidend von der Tatsache geprägt, daß seine Vorfäter die gräflichen Parasiten, die Habsburger, mit einigen Tritten hinausbefördert hatten. Wieviel Gelegenheiten der täglichen Solidarität mit anderen Völkern wurden ignoriert, da man auf internationale Unterdrückung getrimmt war? Einmal aufgehalst, konnten sie anfangs und wollten sie später das hochherrschaftliche Geschlecht nicht mehr loswerden. Daß es dennoch Versuche gab, immer wieder, im Rahmen der Möglichkeiten der Epoche soll ebenso gezeigt werden, wie das konstante Scheitern dieser Versuche zur Emanzipation; die Folgen sind bis heute spürbar.

Als Rudolf von Habsburg gegen Ottokar Premisl, den mächtigen Herrscher von Wien, einen deutschfreundlichen Tschechen, zum Deutschen König gewählt wurde, tat der Bischof von Basel (1273) den Ausruf: "Herrgott sitze fest, sonst setzt sich dieser Rudolf auch auf deinen Platz!" Der Habsburger war, was Zusammenerben, -kaufen und rauben von Landgütern betrifft, ein würdiger Vorfahre seiner Kinder und Kindeskinde. Die Möglichkeiten, die sich ihm aus seiner Wahl zum Deutschen König ergaben, nahm er skrupellos wahr: durch geschickte Ausnützung der geltenden Lehensrechte vertrieb er Ottokar Premisl aus Wien, setzte sich trotz des Widerstandes der Wiener Bevölkerung durch und übergab schließlich die erworbenen Länder seinem Sohn Albrecht: "Mit dieser Belehnung begründete Rudolf I. die habsburgisch-österreichische Hausmacht, durch die es den Habsburgern möglich wurde, ihre Stellung im Rahmen des Römisch-Deutschen Reiches entscheidend auszubauen und die Kaiserkrone schließlich in ihren erblichen Besitz zu bringen."

Was Rudolf damals begann, setzten seine Nachfahren konsequent fort: als die österreichischen Länder in der "Goldenen Bulle", in welcher 1356 Kaiser Karl IV., einem Luxemburger, die Modalitäten der Königswahl und die Rechte der Kurfürsten festlegte, übergangen wurden, ließ Rudolf der Stifter das sogenannte "privilegium majus" herstellen, falsche Freiheitsbriefe, die von Julius Cäsar und Nero stammen sollten, und deren Verfasser der berühmte Humanist Petrarca, ein Kenner des Altertums und Begutachter der Freiheitsbriefe, "einen Erzschild und schreienden Esel" nannte. Nichtsdestoweniger wurde das "privilegium majus" von Kaiser Friedrich III., einem Habsburger, knapp hundert Jahre später, 1453 bestätigt, womit ein wesentlicher und grundlegender Schritt zum Habsburgischen Reich getan wurde. Trotz aller Teilungen, die die Habsburgischen Brüder untereinander in den Ländern vorgenommen haben, wuchs das Haus beständig. Die Erlangung der Kaiserkrone -- davon war schon die Rede -- die die Habsburger mit einer einzigen Unterbrechung bis zum Jahre 1806, der Auflösung des Deutsch-Römischen Reiches, innehatten, verschaffte ihnen dabei die optimalsten Voraussetzungen. Sie wußten auch den zeitweise enormen politischen und moralischen Einfluß Roms als treue Diener der Kirche und des Papstes für sich zu nützen. "Mögen andere Länder Kriege führen, du glückliches Österreich, heirate", - wobei mit Österreich selbstverständlich das Geschlecht der Habsburger gemeint ist -

dieser Ausspruch darf zwar nicht mißverständlich so ausgelegt werden, daß die Habsburger keine Kriege geführt hätten, im Gegenteil, trotzdem gehörte das Erheiraten von Ländern und Kronen zweifellos zur hervorragendsten Erwerbsmethode der Habsburger. Am Ausgang des Mittelalters besaß das *Domus Austria*, das Haus Österreich, also die Habsburger, die beiden Österreich (ob und unter der Enns), die Steiermark, Kärnten, Krain (mit Innerisrien, Triest und Gütern in Friaul), Tirol und Vorderösterreich und verwalteten außerdem den größten Teil der burgundischen Länder. Eine weitere Vergrößerung der Hausmacht erfolgte unter Maximilian I., dann kam die Erwerbung Ungarns und Böhmens unter Friedrich I. (1519-1564) dazu.

Ein Glanzstück in der Erhaltung und Festigung des Hauses stellt die unter Kaiser Karl VI. 1713 erlassene und nach vielen Zugeständnissen von den Kurfürsten anerkannte Pragmatische Sanktion dar, in der die Erbfolge festgelegt und auf weibliche Mitglieder des Hauses ausgedehnt wurde. "Unter Karl VI. hatte das 'Haus Österreich' seinen größten Umfang erreicht, die Vereinigung so vieler und verschiedener Länder besaß übernationalen Charakter, denn ihr gehörten Deutsche, Italiener, Magyaren, Tschechoslowaken, Südslawen, Rumänen und Franzosen an. Diese gewaltige Ländermasse wurde von Wien aus im deutschen Sinne verwaltet, wie es Prinz Eugen, ihr eigentlicher Baumeister, immer wieder verlangte, und wie er es als Stadthalter der Niederlande und als größter Grundherr in Ungarn durch die Tat bekundete", schreiben Mayer-Kaindl-Pirchegger, deren "Geschichte und Kulturleben Österreichs" eine stark deutschnationale Färbung hat, und es wäre nur hinzuzufügen, daß Prinz Eugen Franzose war und daß über Karl VI. im selben Geschichtswerk zu lesen steht: "Karl VI. fühlte sich bis zu seinem Tod als König von Spanien, in spanischer Tracht wurde er begraben. Viele spanische Edelleute hatten ihre Heimat zugleich mit ihm verlassen und warteten auf die Zeit, die ihnen die Rückkehr in die Heimat gestattete." Und weiter unten: "Die Vorliebe für die Spanier verleitete ihn zu der Ungerechtigkeit gegen die Deutschen, ihnen legte er den Verlust der spanischen Krone zur Last. Das gemütliche Verhältnis, das so viele Habsburger mit der Bevölkerung ihrer deutschen Länder, namentlich mit den Wienern, verbunden hatte, bestand unter ihm nicht; die spanische Umgebung und die spanische Sitte verhinderten den vertraulichen Verkehr zwischen Herrscher und Untertanen, obwohl Karl nur ernst und zurückhaltend, nicht hochmütig war. Aber das 'Gottesgnadentum' erreichte seine größte Höhe".

Kaiserin Maria Theresia hatte zwar mit viel Glück um die Anerkennung ihrer Herrscherwürde zu kämpfen, doch gelang es ihr schließlich doch, sich vor allem gegen ihren Erzfeind, den aufgeklärten absolutistischen Herrscher Wilhelm von Preußen um den Preis des Verlustes Schlesiens zu behaupten.

Als nun schließlich das Heilige Römische Reich deutscher Nation nicht zuletzt durch das Aufkommen des Preußenkönigs und späteren Kaisers endgültig in Brüche ging, herrschte der Kaiser von Österreich über ein Gebiet, das, wie schon unter Karl VI., mehrere Nationen und etliche Länder umfaßte. Das mehrte den Ruhm des Herrscherhauses und stärkte auch den Ruf Österreichs, Wächter in einem Völkerkerker zu sein, in dessen Mauern der Prozeß der nationalen Bewußtwerdung gärte, die abstrakte Idee von der Größe des Reichs und dem heiligen Amt des Kaisers alle Emanzipationsregungen im Keime erstickte, und dessen unaufhaltsamer Zusammenbruch schließlich einen Weltkrieg heraufbeschwören sollte.

Es ist selbstverständlich und nicht anders möglich, daß die Geschichte des Herrscherhauses der Habsburger als die Geschichte Österreichs in allen Geschichts- und Lehrbüchern dargestellt wird. Tragisch ist es

aber und bezeichnend, daß die Interessen der Habsburger automatisch im Inneren wie Äußeren mit den Interessen der Bevölkerung der Erbländer gleichgesetzt werden und dementsprechend alle emanzipatorischen Ansätze beispielweise der unterdrückten Bauern ebenso wie die Gegenreformation, die sich gegen die überwiegende Mehrheit der österreichischen Bevölkerung mit Feuer und Schwert gerichtet hatte, heute noch, in der 2. Republik geschildert und dargestellt werden, als hätte es sich dabei darum gehandelt, das Wohl des Reiches und damit auch der Nation - beides gab es nur bedingt - zu schützen und zu fördern. Der Widerspruch, daß es dabei meistens darauf hinauslief, das Volk vor dessen Wohl zu schützen, fällt kaum auf und erklärt zum Teil die schizophrene Haltung breiter Teile der Bevölkerung noch heute, die vor den Begriffen Recht und Ordnung erstarren und sich so wenig imstande zeigen zu fragen, wem Recht und Ordnung nützt. Dazu ein Zitat: "Die neue Zeit (es handelt sich dabei um den Beginn des 16. Jahrhunderts) war voller Gärung auf allen Gebieten, nicht nur auf dem der Politik, auch in der Wirtschaft, im sozialen Leben, in der Religion. Der Frühkapitalismus macht sich durch die großen Handelsgesellschaften ('Monopole') geltend und verursacht Teuerung und Not, das städtische Proletariat, die Bergknappen und die Bauern ergeben sich und finden in der Lehre Luthers 'von der Freiheit eines Christenmenschen' das Recht auf ihrer Seite, der Kommunismus hat in den Wiedertäufern fanatische Verbreiter. Aus den österreichischen Vorlanden und aus dem Allgau springen die ersten zündenden Funken nach Tirol und Salzburg über. Als Ferdinand in Innsbruck seinen Sitz nahm, fand er das Land aufgewühlt. 'Auf den Straßen und bei den Städten wurden die Leute erstochen, erwürgt und erschlagen und niemand war dem anderen zu Fried. Die Edlen trauten den Bauern nicht, die Bauern den Pfaffen und Handwerkern nicht. Es war keine Ordnung', berichtete ein Zeitgenosse. Es lohnt sich, auf diesen Zeitabschnitt näher einzugehen: "Die landesfürstlichen Herrschaften, Bergwerke, Mauten, Gerichte waren in Tirol so wie in den übrigen Ländern verpfändet und die Inhaber suchten sich durch willkürliche Erhöhung der bäuerlichen Zinse und Dienst zu bereichern; die Grundherren litten freilich selbst unter der stetig steigenden Teuerung. Die Bauern fühlten sich aber noch mehr durch die neuen Steuern bedrückt, die infolge der andauernden Kriege stets wuchsen. Maximilians Behörden kosteten viel Geld und das Volk verstand die fiskalisch-bürokratische Verwaltung nicht, sie verstieß gegen das alte genossenschaftliche Prinzip und sie machte dort halt, wo sie am notwendigsten gewesen wäre: bei den Grundherrschaften, bei der schlechten lokalen Verwaltung. Das römische Amtsrecht stellte sich gegen das alte deutsche Volksrecht.

Auf der einen Seite Not und Elend, auf der anderen üppiges Prassen. 'Wären die Früchte so wohl gewachsen wie Hoffart, Zutrinken über die Maß, köstliche Kleidung, Essen, Trinken, so wäre es allhie ganz wohl gestanden'.

Der Adel war tief gekränkt, als der neue Landesfürst Fremde zu seinen Räten ernannte und ihnen die höchsten, reichbezahltesten Ämter verlieh. Der Spanier Gabriel Salamanca wurde Schatzmeistergeneral und konnte die große Kärntner Herrschaft Ortenburg kaufen. Als er sich mit einer Gräfin Eberstein vermählte, entfaltete er eine unerhörte Pracht, was die Abneigung noch steigerte.

So war also überall Zündstoff angehäuft. Wenn auch die Lage der Bauern in Tirol besser war als in anderen Ländern, sie fühlten sich auch hier durch das 'neue Wesen' bedrückt und erhoben sich vom Bodensee angefangen bis zum Wienerwald; dies war die äußerste Welle des großen deutschen Bauernkrieges von 1525.

Die Bauern der Umgebung von Brixen überfielen diese Stadt, verwüsteten die Häuser der Geistlichen und Adligen und plünderten das Kloster Neustift; auch im Pustertale, um Bozen und Meran sowie im Inntale erhoben sie sich. Führer der Aufständischen wurde Michael Gaismayr, der Sohn eines Knappen von Sterzing, zuletzt Schreiber des Bischofs von Brixen. Auf allen Seiten von dem Aufruhr umtobt, saß der Erzherzog in der Innsbrucker Burg.

Im Salzburgischen standen die Knappen im Gasteiner Tale und die Bauern auf und belagerten den Erzbischof Lang in der Feste Hohensalzburg. Dann griff der Aufstand nach den benachbarten Teilen Kärntens, nach Oberösterreich und Obersteier über. In Oberösterreich bildete die Unterdrückung der 'Freiengner', der Reste der alten Gemeinfreien, einen Grund der Unzufriedenheit.

Das Tiroler 'Bauernparlament' verlangt zu Meran in 106 Artikeln eine vollständige Umgestaltung der politischen, religiösen und sozialen Verhältnisse. Die Grafschaft Tirol mit ihren Bistümern, Klöstern und Schlössern sollte dem Landesherrn allein gehören, an die Stelle der verschiedenen Statuten sollte ein Recht für das ganze Land gelten, gleiches Maß und Gewicht sollte eingeführt, die Leibeigenschaft abgeschafft, Jagd und Fischerei freigegeben werden. Es wünschte ferner die Besetzung der Innsbrucker Regierung mit ehrlichen einheimischen Leuten; die Priester sollten das reine Evangelium verkünden, die Städte und Gerichte das Recht haben, ihre Pfarrer zu wählen und abzusetzen, die Einkünfte reicher Pfarrer sollten zur Gründung von Spitälern verwendet und die Klöster bis auf drei aufgehoben werden.

Über die Artikel wurde im Juni 1525 auf dem Innsbrucker Landtage beraten. Als der Erzherzog eine neue Landesordnung genehmigte, die manche Abgaben an die Grundherren und mehrere Roboten abschaffte, kam der deutsche Teil Tirols zur Ruhe, doch im Welschen wurde die Bewegung erst nach blutigen Kämpfen und furchtbaren Strafen unterdrückt.

Die Furcht, die Tiroler könnten sich den Schweizern anschließen, erklärt das Nachgeben; schon 1532 wurden einige Zugeständnisse aufgehoben. Wenn der Landesfürst die Forderungen des Bauernparlaments durchgeführt hätte - sie dünken uns ja durchaus maßvoll - so wäre seine Macht gewaltig gestiegen. Doch der Spanier konnte unmöglich auf der Seite der Revolution stehen!

Während der Verhandlungen in Innsbruck überfiel am 3. Juli ein Teil des salzburgischen Bauernheeres unter Michael Grueber den steirischen Landeshauptmann Siegmund von Dietrichstein, der den Aufstand in Obersteier bekämpfen sollte, in Schladming, dem Mittelpunkt eines großen Silberbergwerkes, und nahm ihn und das ganze ritterliche Aufgebot gefangen; die böhmischen und ungarischen Söldner wurden wegen ihrer Greultaten enthauptet; die deutschen Landsknechte hatten sich den Bauern angeschlossen.

Gegen Salzburg rückte inzwischen das Heer des Schwäbischen Bundes heran, an den sich der Erzbischof um Hilfe gewandt hatte, und brachte am 31. August eine Einigung zwischen diesem und seinen Belagerern zustande. Im Gebirge dauerte der Aufstand fort; die Bauern erklärten, 'sobald die Stauden grün werden', wollten sie alle Herrschaft vertilgen. Im März 1526 erhoben sie sich wirklich und belagerten Radstadt. Da erschienen vom Norden her Truppen des Schwäbischen Bundes und von Steiermark nahte Graf Niklas Salm, der ständischen Truppen Innerösterreichs und der landesfürstlichen Söldner. Er hatte im Oktober des vorhergegangenen Jahres die Stadt Schladming erstürmt und niedergebrannt und die umliegenden Ortschaften geplündert; jetzt schlug er bei Radstadt die Bauern und zersprengte sie. Auch im Salzburgischen

wurde nun mit großer Strenge vorgegangen: die Rädelsführer wurden hingerichtet, den übrigen eine Brandsteuer von vier Gulden auferlegt. Das zerstörte Schladming durfte wieder aufgebaut werden, weil es durch seinen Bergbau unentbehrlich war, erhielt aber nur Marktrecht. Die Beschwerden der Bauern wurden nicht erledigt, in ganz Innerösterreich blieben die alten Mißstände."

Und nun beginnt das darauffolgende Kapitel mit folgender Bemerkung:

"Die Härte der Regierung bei der Niederwerfung des Bauernaufstandes ist begreiflich: es mußte im Inneren Ordnung herrschen, denn die außenpolitische Lage war denkbar gespannt."

Das Wohl des Staates geht dem Wohl des Volkes voran, das ist die Quintessenz der österreichischen Geschichte, die allenthalben verzapft wurde, und heute noch im Innersten des autoritär ausgerichteten Durchschnittsbürgers nistet.

Es war aber nicht der erste Bauernaufstand in Österreich und auch nicht der letzte. Die Reformation wurde von der am meisten unterdrückten Schicht jener Zeit, den Bauern, freudig begrüßt. Der religiöse Eifer war ja adäquater Ausdruck der politischen Emanzipationsmöglichkeiten der Zeit. Die Gegenreformation, die unter der Patenschaft der Habsburger in Österreich ihren Lauf nahm, bedeutet den ersten großen Knacks, den die Völker Österreichs in ihrer politischen Entwicklung erhalten haben.

1567 beginnt die Gegenreformation, deren Hauptstützen die nach Österreich gerufenen Jesuiten waren, in Tirol, 1578 in den Ländern ob und unter der Enns unter Erzherzog Ernst, 1580 in Innerösterreich unter Erzherzog Karl, 1600 in Kärnten, 1612 in Salzburg. Es lohnt sich ein wenig näher darauf einzugehen, was hier in Form von Zitaten geschieht:

"Im März 1596 kehrte Ferdinand nach Graz zurück und erhielt vom Kaiser die Regierung nur einstweilen provisorisch, weil er noch nicht 18 Jahre alt war. Der Herzog von Bayern schickte ihm einen 'Regentenspiegel'. Er hätte dessen nicht bedurft, denn seine Gesinnung kennzeichnen die Worte, die er in Ingolstadt zu seinem Oheim sprach: 'Lieber würde ich Land und Leute fahren lassen und im bloßen Hemd davonziehen, als zu Bewilligungen mich verstehen, die der Religion nachteilig werden könnten'. Er war fest entschlossen, die protestantische Religion auszurotten, obgleich er die Schwierigkeiten wohl ermaß."

"Anfangs September erschien eine Reformationskommission mit Bischof Brenner und 300 Musketieren in Gmünd. In Oberkärnten dachten die Bauern an Gegenwehr, zuletzt scheuten sie doch vor dem Kampf zurück. Auch die Bürger der Stadt Klagenfurt, in welche die Stände 600 Landsknechte gelegt hatten, waren zum Widerstand bereit, öffneten aber schließlich die Tore. Die Predigt des Bischofs übte auf die in der Pfarrkirche versammelten Bürger keine Wirkung aus; sie weigerten sich, ihrem Glauben abzuschwören. Es wurden zwar katholische Geistliche eingesetzt und einige Bücher verbrannt, aber einen anderen Erfolg hatte die Kommission nicht. Erst nach einigen Jahren traten die meisten Bürger äußerlich zur katholischen Kirche über."

"Die Gegenreformation wurde in Innerösterreich zwar mit verschiedenen Zwangsmitteln und mit Waffengewalt, aber ohne Blutvergießen durchgeführt. Wohl wurden viele evangelischen Kirchen und Friedhöfe zerstört und eine Unzahl Bücher verbrannt. Man konnte von Ferdinand und seinen Räten keine Toleranz erwarten, weil die Zeit sie überhaupt nicht kannte."

"Im Jahre 1576 übertrug Rudolf die Regierung in Österreich seinem ältesten Bruder Ernst, einem eifrigen Katholiken, und bald darauf begann die

Gegenreformation in Wien. Dem Pastor wurde verboten, zu predigen, die Sakramente zu reichen, Kranke zu besuchen und die Jugend zu unterrichten, er wurde ausgewiesen, als er dem Verbote nicht nachkam."

"In Oberösterreich ging es langsamer. Die Prälaten sollten die protestantischen Prediger, welche die Stiftspfarrn versahen, durch katholische ersetzen, doch schon der Versuch erfuhr starken Widerstand. Als in Steyr der Prediger von der Stadtpfarrkirche entfernt und ein katholischer Priester eingesetzt wurde (1585), erhoben sich die Bürger dagegen und die Bewohner der Gebirgsgegenden gelobten, ihre Seelsorger selbst mit Waffen zu verteidigen. Die Bauern von Sierning vertrieben ihren Pfarrer, der sie katholisch machen wollte. Die Regierung wagte nicht einzuschreiten, und der Erzherzog gebot den Prälaten, nicht mit Gewalt, sondern nur langsam vorzugehen; aber 1593 befahl der Kaiser seinem Bruder Matthias, den er eben zum Stadthalter an Stelle Ernst's ernannt hatte, die Gegenreformation streng fortzusetzen.

Nach einiger Zeit brach eine neue Bewegung im Mühlviertel aus; die Bauern erzwangen die Abschaffung der Messe und die Einsetzung protestantischer Geistlicher, schlossen einen bewaffneten Bund und forderten die Bürger einiger Märkte und die katholischen Untertanen geistlicher Herrschaften zum Beitritt auf. Der Puerbacher Bund beklagte sich über die hohen Abgaben und bald war das ganze Hausruckviertel und dann auch das Traunviertel in Aufruhr; der Landobrist wurde mit seinem Aufgebot geschlagen. Der Kaiser ließ Vertreter der Grundherren und der Bauern nach Prag kommen, die Verhandlungen ergaben, daß die Lasten der Bauern sehr groß waren; der Kaiser versprach, die Fälle untersuchen zu lassen, und verlangte dafür, daß die Bauern die Waffen auslieferten, den Obrigkeiten Gehorsam leisten und die billigen Zinse entrichten sollten. Die jedenfalls bestochenen Kommissäre verzögerten die Entscheidung - 'wer schmiert, fährt', schrieb damals der Abt von Wilhering - und der Aufstand dauerte fort. Denn auch die niederösterreichischen Bauern hatten sich erhoben, das Schloß Persenbeug an der Donau erobert, das Kloster Melk belagert, Lilienfeld geplündert. Truppen des Erzherzogs Matthias besiegten die Bauern bei St. Pölten."

"Nachdem Erzherzog Ferdinand in Innerösterreich so große Erfolge errungen hatte, wollte kein kaiserlicher Vetter mehr zurückstehen. In Österreich wurden ältere Verordnungen erneuert, im Lande ob der Enns führte der Landeshauptmann die Gegenreformation durch; er verjagte die protestantischen Prediger und setzte katholische Geistliche ein. Als im Juli 1601 der kaiserliche Salzamtman die Patente in Ischl, Hallstatt und anderen Orten bekanntmachte, nach welchen alle, die sich nicht der katholischen Kirche zuwenden wollten, ihren Besitz verkaufen und auswandern sollten, rotteten sich die Salinenarbeiter, Knappen und Bauern in Hallstatt zusammen, vertrieben die katholischen Geistlichen, bestellten einen Prädikanten und schwuren, ihre Religion zu verteidigen. Als aber im Februar 1602 Truppen von Salzburg her anrückten, unterwarfen sie sich oder flohen; die Rädelsführer wurden gehenkt, ihre Häuser niedergebrannt. Hierauf wurden überall katholische Geistliche eingesetzt."

"Unterdessen war Ferdinand von mehreren Seiten unterstützt worden. Die katholische Kirche erblickte in der zentralistisch regierten habsburgischen Hausmacht ihr stärkstes Bollwerk, seitdem die protestantischen Ständemehrheiten eine förderative Einigung der österreichischen Länder anstrebten."

"Oberösterreich war dem Herzog von Bayern bis zur Rückerstattung der Kriegskosten verpfändet worden. Der Kaiser setzte zur Bestrafung jener, die sich gegen ihn vergangen hatten, eine Kommission ein; den im Land Gebliebenen verzieh er, sie mußten aber eine beträchtliche Strafsumme zahlen,

ihre Privilegien vorlegen und ihm die Entscheidung in Religionssachen überlassen. Die Prädikanten, die 'ewigen Hetzer des gemeinen Mannes und die Verbitterer der Gemüter', und die Schulmeister mußten innerhalb acht Tagen fort, eine Kommission setzte überall katholische Geistliche, Bürgermeister und Räte ein. Dabei kam es wiederholt zu Aufläufen. So rotteten sich über 5.000 Bayern zusammen und belagerten im Mai 1625 das Schloß Frankenburg. Da eilte Herbersdorf mit 1.200 Mann herbei und ließ alle Männer der Märkte Frankenburg und Völklemarkt sowie der benachbarten Pfarren zusammenkommen. Er sicherte zwar den Erschienenen Gnade zu, doch die Gemeindevorsteher und Ausschüsse mußten je zwei miteinander würfeln; wer den niederen Wurf tat, wurde gehenkt; es waren ihrer siebzehn (Frankenburger Würfelspiele)."

"Kein Wunder, wenn der stille Grimm eine Verschwörung hervorrief. Sie wollten die Bayern vertreiben und das Land dem Kaiser zurückgeben, der sich gegen die bayrische Methode verwahrt hatte. Von ihm erhofften sich die Bauernführer Stefan Fadinger und Christoph Zeller Glaubensfreiheit. Der Aufstand sollte am 31. Mai 1626, dem Pfingstsonntag, erfolgen. Aber er flammte schon am 17. auf, als die Bayern bei einer Rauferei im Markte Lembach sechs bayrische Soldaten erschlugen und die anderen verjagten. Sofort sammelten sich allenthalben Bauernscharen im Mühl- und Hausruckviertel."

"Herbersdorf erlitt bei Peuerbach durch einen von Zeller geführten Haufen eine vernichtende Niederlage und floh nach Linz. Die Sieger riefen Bauern und Bürger im ganzen Land zum Kampf auf, Zeller wurde Oberhauptmann im Mühlviertel und Machland, Fadinger im Hausruck- und Traunviertel. Seine Scharen bemächtigten sich der Städte Wels und Steyr, später auch der Freistadt, und plünderten die Klöster, hielten aber sonst Manneszucht. Schon zählten sie über 40.000 Streitbare. Obgleich sie den Städten und Schlössern die Waffen wegnahmen, war die Mehrzahl doch nur mit Handbeilen und Morgensternen ausgerüstet."

"Da rückten kaiserliche Truppen von Niederösterreich und Böhmen her in das Land ein, eroberten Freistadt und Wels, worauf die Bayern Ende August von Linz abzogen. Bei den kaiserlichen Kommissären, die mit den Bauernausschüssen in Enns unterhandelten, fanden sich nun ihre Abgeordneten ein und gelobten dem Kaiser und dem Kurfürsten von Bayern Gehorsam, obgleich sie bezüglich der Religion keine Zusage erhielten. Der Kaiser erklärte in dem 'Beglaubigungspatent', daß er sich in Bezug auf die Religion 'die völlige Disposition in allweg' vorbehalte, daß er sich 'gegen die Bauernschaft mit solcher väterlicher Güte und Manier halten und erzeigen werde, daß sie daraus seine Sanftmut und Milde wohl verspüren solle'. Sie sollten sie bald spüren!

Das Land schien beruhigt. Als aber im September neue bayrische Truppen erschienen und wie gewohnt raubten, sengten, schändeten und mordeten, erklärten die Bayern das als Bruch des Waffenstillstandes und trieb sie zurück. Die folgenden Kämpfe verwüsteten und entvölkerten das Land noch mehr. Der bayrische Reitergeneral Pappenheim besiegte im Verein mit den Kaiserlichen die Bayern bei Elferding, Gmunden und Wolfsegg trotz ihres verzweifelten Heldenmutes. Unerhört waren die Grausamkeiten, die jetzt begangen wurden."

"So stieg aus einem Meere von Elend der Absolutismus und die Gegenreformation ('die heilsame katholische Reformation') siegreich in den Erbländern hervor."

Mit dem Abschluß der Gegenreformation fällt das Ende des Dreißigjährigen Krieges zeitlich zusammen, dessen Folgen an Verheerungen, Tod, Verwüstung

und Verwilderung nicht grell genug geschildert werden können. Ganze Landstriche waren entvölkert, riesige Gebiete lagen brach. Das Zeitalter des aufgeklärten Absolutismus konnte so auf dem zerschundenen Rücken einer des innersten Marks, des Rückgrads beraubten und in unvorstellbarem Elend dahinvegetierenden Bauernschaft und eines wegen der wirtschaftlichen Schlamperie und Rückständigkeit des Reiches nie so richtig zu sich gekommenen Bürgertums errichtet werden.

Was in Frankreich zu dieser Zeit rapide vor sich ging und als die Grundlegung der Revolution bezeichnet werden kann, hatte in den Erbländern schon wegen der fehlenden Grundlagen in der Wirtschaft und Kultur von vornherein keine Chance. Es ist eine Ironie der Geschichte, aber durchaus typisch für die Entwicklung Österreichs, daß jene Ansätze einer revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft, die in Frankreich Ende des 18. Jahrhunderts von unten mit elementarer Gewalt verwirklicht wurden, in den Erbländern vom Herrscher persönlich, sehr zum Unbehagen seiner unmittelbaren Untergebenen und zum totalen Mißverständnis des niederen Volkes von oben versucht werden sollten. Es bedurfte nicht eigens des Eindrucks der Französischen Revolution und ihrer Auswirkungen, um die grundlegendsten Reformen Josefs unter seinem Nachfolger, seinem schwächlichen Bruder Leopold V. schlaunigst rückgängig zu machen.

Es lohnt sich auf die Erscheinung Josefs näher einzugehen. Betrachtet man die Summe seiner Verfügungen und deren Charakter, so erscheint es keineswegs abwegig, von einer Revolution von oben zu sprechen, wie es viele Geschichtsschreiber dieser Epoche tun. Dieser radikale Reformismus von oben, wie es richtiger heißen müßte, kam zu einem Zeitpunkt, da er, objektiv betrachtet, doppeltes Unheil anstiften mußte: in Frankreich gärt es, das Bürgertum regte sich allenthalben, was in Österreich durchaus registriert und zur Kenntnis genommen wurde. Ausgerechnet zu dem Zeitpunkt lockerte sich der Druck von oben, wird Vernunft gezeigt, schwere Versäumnisse der Vergangenheit sprunghaft nachgeholt, es wurde radikal reformiert:

1781 wird durch das 'Toleranzdelikt' den Bekennern der beiden protestantischen Konfessionen sowie der griechischen Kirche freie Religionsausübung und gleiche politische Rechte mit den Katholiken gewährt. In einem Brief Josefs II. heißt es: "Niemand soll mehr seines Glaubens wegen Drangsalen ausgesetzt sein ...". Auch die Juden, von der Mutter des Kaisers, Maria Theresia, zwar ausgenützt, aber auf vulgär-antisemitische Manier gehaßt - sie war im Gegensatz zu ihrem Sohn eine eifrige Katholikin, was manches erklärt -, auch die Juden erlangten die Zulassung zu den öffentlichen Schulen, Ämter usw. und wurden von den ärgsten Lasten befreit. Sie mußten ferner - oft gegen ihren Willen - deutsche Familiennamen annehmen, was dem Antisemitismus die günstige Gelegenheit bot, wenn jemand nicht zahlen oder nicht freiwillig einen Namen annehmen konnte oder wollte, durch die willkürliche Vergabe besonders lächerlicher Namen den Betroffenen für Generationen schlimmer als mit einem gelben Stern zu brandmarken. Im selben Jahr jedenfalls erließ Josef das 'Untertanenpatent' für die böhmischen Länder, was der Aufhebung der Leibeigenschaft gleichkam. 1782-1786 verfügte er die Aufhebung aller jener Klöster und Orden, die sich nicht mit Wissenschaft, Unterricht, Seelsorge und Krankenpflege beschäftigten. Von 2.163 Klöstern wurden 738 aufgehoben, die Zahl der Ordensleute um 36.000 vermindert. 1783 folgte das 'Ehepatent' für die deutschen und böhmischen Erbländer, durch das die Ehe zu einem bürgerlichen Vertrag gemacht und ihres sakralen Charakters entkleidet wurde, sowie Ehescheidung und Wiederverheiratung Geschiedener gestattet wurde. 1784 wurde das durch Josef errichtete Allgemeine Krankenhaus in Wien eröffnet, die damals modernste und größte Krankenanstalt der Welt. 1786: Veröffentlichung des

ersten Bandes des "Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches für Österreich (enthaltend das Personenrecht).

Im selben Jahr: Erstes Arbeiterschutzgesetz in Österreich mit strengen Vorschriften über die Heranziehung Jugendlicher zur Fabriksarbeit. 1787: Veröffentlichung des "Allgemeinen Gesetzbuches über Verbrechen und deren Bestrafung" (Strafgesetz) für Österreich. Danach wurde die Todesstrafe nur mehr bei Standrecht verhängt. Im selben Jahr: Einführung der josephinischen Gerichtsordnung in Österreich - vollständige Trennung von Justiz und Verwaltung, Aufhebung der Sondergerichte, Einrichtung eigener Kriminalgerichte.

Josef wurde - und nach der Aufzählung seiner Reformen nicht unverständlich - der "Volkskaiser" genannt. Seine Maßnahmen haben sich gewiß nicht nach taktischen Gesichtspunkten gerichtet, haben aber in ihrer bleibenden Auswirkung auf das Bewußtsein des Volkes die Idee des Reformismus, der friedlichen Umwälzung von oben und dergleichen mehr entscheidend geprägt und gestärkt.

Inzwischen, nach dem Tode Leopolds II., der wenigstens dem Geist nach die Politik seines Bruders, Josefs, fortzusetzen versucht hatte, und unter dem Eindruck der fortschreitenden Revolution in Frankreich, die alle Herrscherhäuser Europas, voran Österreichs, in helle Aufregung, ja Panik, versetzte, wurde unter Franz II., dem letzten römisch-deutschen Kaiser und späteren Kaiser von Österreich, König von Böhmen und Ungarn - Österreich zum Hort der Reaktion mit dem Fürsten Metternich, dem Symbol der Konterrevolution und Erzreaktion, an der Spitze. Nach der endgültigen Niederlage Napoleons, mit dem Wiener Kongreß, bei dem sich alle Herrscherhäuser Europas eingefunden hatten, um nach den Taktschlägen Metternichs, des "Kutschers Europas" Maßnahmen zu beschließen, die ein für allemal verhindern sollten, daß das französische Beispiel Schule macht, da wurde Österreich zum Mittelpunkt und Zentrum einer Reaktion, die ihresgleichen sucht. Der Wiener Kongreß, der trotz der Landung Napoleons in Frankreich und der berühmten "Hundert Tage" weiterging, obwohl beim Eintreffen dieser Nachricht die Potentaten zunächst wie verschreckte Hühner auseinanderstoben. Der Wiener Kongreß mündete in die "Heilige Allianz", in der sich die verbündeten Herrscher Kaiser Franz I. von Österreich, König Friedrich Wilhelm III. von Preußen und Zar Alexander I. von Rußland sich verpflichteten, die "Regierung ihrer Länder nach dem Grundsätzen der heiligen Religion zu führen und ein Reich des Friedens in Europa aufzurichten". Es war ein Reich des Kirchhoffriedens, den Metternich, Wächter nicht nur über "Ruhe und Ordnung" in Österreich, sondern weit über dessen Grenzen hinaus, mit allen Mitteln des Polizeistaates, gestützt auf seine Geheimpolizei, die alles und jedes kontrollierte, und mittels eines systematischen Denunziantentums aufrechtzuerhalten bestrebt war. Dieses sogenannte Metternich'sche System stellt wahrlich allen in den Schatten, was an Willkürherrschaft und Polizeistaat bis dahin bekannt war. Es ist kein Zweifel, daß diese finstere Periode der Geschichte Österreichs die zweite Zäsur darstellt, zu deren Aufhebung die Revolution von 1848 eine letzte Chance bot.

/Zsolt Patka/



Protokoll Nr. 1/c

Referat - Leopold Spira

I.TEIL - (Historische Wurzeln der Schwäche der Linken in  
Österreich - Periode bis 1914 )

Gründung der Sozialdemokratie  
und ihre Entwicklung bis zum 1. Weltkrieg

Darüber sprach im Rahmen der Sommerakademie der FÖJ  
(Juli - August 1970) Leopold Spira, ehem. Mitglied  
des Zentralkomitees der KPÖ.



## TENDENZEN DER BEWUSSTSEINSBILDUNG IN ÖSTERREICH, 1848 - 1914

Bei jedem Volk gibt es verschiedene, oft widersprüchliche Tendenzen, die im Nationalen Charakter zum Ausdruck kommen.

Bei einem Interview mit dem Bundespräsidenten der BRD, Heinemann, fragte der "Spiegel" (29. Juni 1970): "Andererseits haben Sie sich in Ihrem ersten Amtsjahr einmal für eine gewisse Revision des Geschichtsbewußtsein stark gemacht. Es sollten, so sagten Sie, die Ansätze zum Widerstand gegen die Obrigkeit, die es in unserer Geschichte immerhin auch gegeben hat, stärker hervorgehoben werden - nicht immer nur die Kriege, die Kaiser und Könige geführt haben, um ihre Macht zu erweitern. Dagegen hat es, wieder überwiegend aus konservativen Kreisen, Einwände gegeben: Es lasse sich nun mal generell keine obrigkeitsfeindliche Tradition in unsere Geschichte hineininterpretieren; und außerdem seien die Deutschen mit ihren Obrigkeiten um großen und ganzen doch offenbar ganz zufrieden gewesen; Akzeptieren Sie diese Einwände?"

Heinemann: Ich will nichts in die Geschichte hineininterpretieren, was nicht da ist. Mein Kummer ist der, daß in der Darstellung unserer Geschichte Vorgänge zu kurz kommen, die es verdienen, im Bewußtsein gehalten zu werden, eben die Tatsache, daß auch schon in früheren Generationen einige unserer Vorfahren dieses sich duckende Obrigkeitsbewußtsein nicht geteilt haben, sondern Leib und Leben und Freiheit eingesetzt haben, es aufzubrechen.

Spiegel: Fürchten Sie nicht, daß Sie viele deutsche Bürger mit solchen Einsichten überfordern? Wir haben jetzt zwar einen "Bürgerpräsidenten", aber haben wir auch Bürger, Citoyens?

Heinemann: Vielleicht kann jemand, der das Amt des Bundespräsidenten in einer weniger steif-zerimonieellen Weise wahrzunehmen versucht, dazu helfen, daß auch andere zu staatsbürgerlichem Selbstbewußtsein kommen..."

Unser Problem es etwas anderes. Gerade die Linke, die Antifaschisten, haben in den letzten Jahrzehnten im Kampf gegen den deutschen Faschismus und den Deutschnationalismus Anstrengungen gemacht, die positiven, progressiven Elemente in der österreichischen Geschichte herauszuarbeiten. Nun zeigt sich in zunehmendem Maße, daß Österreich bewußtseinsmäßig hinter den anderen vergleichbaren Ländern zurückbleibt. Wir stehen daher vor der Aufgabe, die historischen Wurzeln dieses Verhaltens bloßzulegen.

In einer nichtrevolutionären Situation besteht die Aufgabe der Linken in erster Linie darin, bewußtseinsverändernd zu wirken. (Über die Methoden können wir hier nichts aussagen). Um das wirksam tun zu können, muß man wissen, gegen welche Tendenzen man anzukämpfen hat.

Das moderne Bewußtsein wurde in erster Linie vom Charakter der bürgerlichen Revolution und der kapitalistischen Entwicklung und von der Arbeiterbewegung geprägt. Es soll nun kurz untersucht werden, worin die Problematik dieser beiden Kräfte in bezug auf die Herausbildung des Bewußtseins breiter Bevölkerungsschichten in der Periode von 1848 bis 1914 liegt.

Die eigentliche Aufgabe der bürgerlichen Revolution ist es, aus den Untertanen Bürger (Citoyens) zu machen, was mit der Herausbildung eines Nationalbewußtseins zusammenfällt. Die politische Ausdrucksform des Bewußtseins des Bürgers ist eine demokratische Grundhaltung. Eine weitere Aufgabe der bürgerlichen Revolution und der industriellen Entwicklung besteht darin, das vorwissenschaftliche (mittelalterlich-religiös geformte) Bewußtsein in eine wissenschaftliche Grundhaltung zu verwandeln.

Das Metternichsystem hatte die Österreicher durch die scharf geübte Zensur von den geistigen Strömungen Westeuropas abgeschnitten. Trotz der großen revolutionären Energien der Wiener Bevölkerung im Jahre 1848 fehlte weitgehend ein revolutionäres Konzept (es gab Ausnahmen wie Kudlich). Engels schrieb in "Revolution und Konterrevolution in Deutschland": "Die Bevölkerung Wiens, die an Betriebsamkeit und Gewerbefleiß vielleicht hinter keiner anderen in Deutschland zurücksteht, die an Geist Mut und revolutionärer Energie sich jeder anderen weit überlegen erwiesen, kannte sich dennoch in ihren wirklichen Interessen weniger aus und beging während der Revolution mehr Fehler als irgendwer sonst; und daran war größtenteils die fast völlige Unwissenheit in bezug auf die einfachsten politischen Fragen schuld, in der die Metternichregierung sie zu halten vermochte."

Zu dieser politischen Kurzsichtigkeit gehörte auch, daß sich die Revolutionäre in Wien darüber freuten, daß Radetzky im Sommer 1848 die italienischen Aufständischen schlug. Die weitgehende revolutionäre Perspektive, vertreten von Marx und Engels, war 1848 das Verschwinden aller vom Feudalismus gezogenen Grenzen, der revolutionäre Zusammenschluß zur deutschen Nation, mit Einschluß der Österreicher. In Wien schwärmte man für die deutsche Einheit, aber das Wort Republik ist so gut wie nie gefallen. Die bürgerlich-liberale Ideologie behielt in Österreich vielfach den Deutschnationalismus von 1848 bei, der allerdings Jahrzehnte später eine ganz andere objektive Rolle spielte.

Die Niederlage der Revolution zerstörte weitgehend die Ansätze einer demokratischen, antiautoritären Haltung. Das österreichische Bürgertum raffte sich niemals wieder zu einer oppositionellen, geschweige denn revolutionären Haltung auf, obwohl wichtige Probleme der bürgerlichen Revolution auf lange Zeit ungelöst blieben.

Die Habsburgermonarchie vermag sich zwar nach 1848 weitgehend im Inneren zu konsolidieren, bleibt aber im internationalen Wettbewerb immer mehr zurück (Niederlagen in Italien, im Krieg gegen Preußen usw.). Eine Reform, die eine Industrialisierung und allgemeine Modernisierung erleichtert, wird unumgänglich. Sie erfolgt 1867. Nun beginnt eine Etappe, in der bürgerlich-liberale Kräfte in Österreich tonangebend werden. Aber es ist ein kläglicher Liberalismus, der sich der feudalen Oberschichte fügt, gleichgültig bleibt gegenüber den sozialen Problemen, die durch die sich nun rasch entwickelnde kapitalistische Industrialisierung entstehen, keinen echten Ansatz zeigt, die nationalen Probleme (vor allem der Tschechen), die immer schwerwiegender werden, zu lösen und der niemals eine Massenbasis im Volk anstrebt. Mit dem Entstehen der Massenparteien (Sozialdemokratie, Christlichsoziale,

Deutschnationale) war der Liberalismus als politische Kraft erledigt.

Es ist bezeichnend, daß sich die FPÖ heute als "liberal" bezeichnen kann; Jahrzehntlang wurde der "Liberalismus" in Österreich mit dem bürgerlich-deutschnationalen Antiklerikalismus gleichgesetzt, der schließlich in den Nazifaschismus mündete. So finden sich heute in Österreich so gut wie keine Kräfte, die man echt liberal bezeichnen könnte (zum Unterschied z.B. von der Bundesrepublik). Das zeigt sich auch im österreichischen Pressewesen.

Die kapitalistische Industrialisierung setzte in Österreich relativ spät ein; sie vollzog sich in wenigen Jahrzehnten, wobei große Teile der Bevölkerung bewußtseinsmäßig auf diesen Prozeß nicht vorbereitet waren. Die Reaktion auf die Veränderung aller bisher gültigen Werte war ein kleinbürgerlicher Antikapitalismus, der den Kapitalismus nicht progressiv, sondern reaktionär kritisierte. Das führte zu einer Reihe von geistigen Grundeinstellungen, die meist gemeinsam auftraten und die bis heute wirksam sind:

1. eine gewisse Wissenschaftsfeindlichkeit, unterstützt von der Kirche, Daraus entspringt eine skeptische, manchmal auch feindselige Haltung gegenüber der Intelligenz;
2. eine gewisse Arbeiterfeindlichkeit und Verachtung des Proletariats (gemischt mit Angst, was dadurch erleichtert und verstärkt wurde, daß beträchtliche Teile der jungen österreichischen Arbeiterklasse fremdnational waren (Tschechen etc.)
3. Ein ausgeprägter Antisemitismus, der mehr war als eine bloße engstirnige Fremdenfeindlichkeit. Juden spielten in Österreich bei der Entwicklung einer kapitalistischen Gesellschaft eine relativ sehr große Rolle (geistig-kulturell, wissenschaftlich, ideologisch und finanziell). Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung einschließlich der Oberschichten waren auf den Kapitalismus nicht vorbereitet und mußte zuerst eine Reihe von Hemmungen (Kirchentreue etc.) überwinden, um sich auf die neue Lage umstellen zu können. Bei den Juden fielen diese Hemmnisse weg. Für sie bedeutete die kapitalistische Entwicklung die Möglichkeit zur Emanzipation. In einem Brief schrieb z.B. Sigmund Freud (lange erbittert bekämpft; wenn sich vor ein paar Monaten der damalige Bundeskanzler Klaus zur Ehrenvorsitzenden einer Sigmund-Freud-Gesellschaft wählen ließ, so widerspricht das seiner ganzen Tradition und war offenbar ein Zugeständnis an die Bedürfnisse des Fremdenverkehrs und anderer ähnlicher Momente). Freud schrieb also: "Da ich Jude war, fand ich mich frei von vielen Vorurteilen, die andere an der Benützung ihres Intellekts hinderten, als Jude war ich bereit, in Opposition zu stehen und auf die Übereinstimmung mit der 'kompakten Mehrheit' zu verzichten."

In einem 1938 erschienenen Buch "Rassenbiologie der Juden" schrieb Prof. O.v. Verschuer (1955 zum Ehrenmitglied der Anthropologischen Gesellschaft Wien ernannt) : "Der Jude ist ein spezifischer Typus des Stadtmenschen, d.h. eines Menschen, der keine innere Beziehung zu den natürlichen Grundlagen des Lebens mehr hat, der nicht mehr als dem Instinkt oder dem Unbewußten heraus lebt, sondern nur das glaubt und seine Welt ansieht, was er mit seinem Verstand erfassen

kann. In einer so entseelten Welt ist kein Raum mehr für wahre Gläubigkeit, für echte, selbstvergessene hingebende Liebe und für Ehrfurcht. Es gibt auch Stadtmenschen anderer Rassen; empfinden wir sie dann aber nicht leicht als 'jüdisch'?"

Mit anderen Worten: der Antisemitismus war eine irrealer Auflehnung sowohl gegen die tatsächlichen gesellschaftlichen Zersetzungerscheinungen und Widersprüche, die der Kapitalismus mit sich brachte, wie auch gegen seine fortschrittlichen Tendenzen, gegen die Urbanisierung. Daß dieser irrealer Antikapitalismus dazu demagogisch ausgenützt wurde, um die Herrschaft des Kapitalismus zu festigen, ist eine andere Sache.

4. Es gab eine Aufspaltung im kleinbürgerlichen Bewußtsein in den Jahrzehnten vor dem ersten Weltkrieg: einerseits in eine klerikal-monarchistische Richtung, andererseits in eine deutschnationale. Diese erhielt besonderen Auftrieb nach 1871. Der rasche Aufstieg des deutschen Imperialismus wirkte (verglichen mit dem müden Habsburgerstaat) anziehend; andererseits brauchten die "Deutschen in Österreich", die gegenüber den Slawen eine Minderheit waren, einen entsprechenden nationalen Rückhalt, wenn sie ihre führende Rolle behaupten wollten. Daher war auch der Deutschnationalismus in den gemischtnationalen oder Grenzgebieten besonders ausgeprägt (Sudentengebiet, Kärnten etc.). Deutschnationalismus war die österreichische Ausprägung einer imperialistischen Ideologie (Verachtung anderer Nationen, der Slawen, der "Katzelmacher" etc., und Glaube an die Berechtigung der eigenen Nation, eine beherrschende Rolle zu spielen).

Natürlich gab es auch progressive Strömung im österreichischen Bürgertum; aber die reaktionären hatten bei weitem das Übergewicht, "Reaktionär" ist hier nicht gemessen an sozialistischen Perspektiven, die ja das Bürgertum und Kleinbürgertum nicht entwickeln konnten, sondern an einer liberal-demokratischen bürgerlichen Haltung, die eigentlich dem Bürgertum in der Periode der sich entwickelnden Industrialisierung entsprechen würde. Das österreichische Bürgertum und natürlich erst recht das zahlreiche Kleinbürgertum) blieb weit hinter den Anforderungen der Epoche zurück. Das gab der österreichischen Arbeiterbewegung, die sich nach 1889 (Hainfelder Gründungsparteitag der Sozialdemokratie) rasch und mächtig entfaltet, große Chancen. Denn ihre Aufgabe bestand nicht nur darin, das Bewußtsein der Arbeiterklasse von der politischen zur sozialen Demokratie und vom bürgerlichen Internationalismus vorwärtszutreiben, sondern vieles nachzuholen und nachzuvollziehen, was das Bürgertum versäumt hatte.

Die österreichische Sozialdemokratie startete mit revolutionärem Schwung. Sie stand zu einem Zeitpunkt, als die deutsche Sozialdemokratie bereits nach rechts abgeruscht war, stark unter dem Einfluß marxistischer Ideen, wozu der persönliche enge Kontakt des Begründers der Sozialdemokratie, Viktor Adler, mit Friedrich Engels beitrug.

In der Hainfelder Prinzipienklärung von 1889 (wörtlich übernommen im Wiener Programm von 1901) findet sich auch der marxistische Grundgedanke "Das Proletariat zu organisieren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch

kampffähig zu machen und zu erhalten, ist das eigentliche Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich.."

Um das Proletariat geistig kampffähig zu machen und zu erhalten, mußte die Sozialdemokratie einen systematischen Kampf nicht nur um sozialistische Bewußtseinsinhalte sondern auch gegen die im Wesen noch vorindustriellen geistigen Strömungen führen, die typisch waren für die Ideologie des Kleinbürgertums, und die im Zeitalter des Imperialismus eine besonders gefährliche Form und Intensität annahmen. Dazu gehörte auch der Kampf um eine wissenschaftlich fundierte Politik, um theoretische Klarheit und Konsequenz, umso wichtiger in einem Staate, dessen Regierungsweisheit darin bestand, sich durchzusetzen.

Viktor Adlers Stärke war nicht die Theorie. In seinen gesammelten Werken gibt es beachtliche politische und sozialpolitische Artikel, aber praktisch keine einzige theoretische Auseinandersetzung. Sein Einfluß unterstützte nicht sondern dämpfte eher die grundsätzliche Diskussion in der Sozialdemokratie. Die Theoretiker des "Austromarxismus", der österreichischen Form des Sozialdemokratismus, waren überwiegend Intellektuelle, die in der Partei geachtet wurden, aber als "Spezialisten" galten, mit deren theoretischem Hobby man sich nicht besonders zu beschäftigen hatte.

Von entscheidender Bedeutung war, daß die Jahrzehnte zwischen der Gründung der Sozialdemokratie und dem Ersten Weltkrieg verhältnismäßig ruhig waren, einen - wenn auch gelegentlich durch Krisen gestörten - raschen Aufschwung der kapitalistischen Industrialisierung brachten, wodurch die Lage der österreichischen Arbeiterschaft verhältnismäßig leicht verbessert werden konnte.

Der österreichische sozialdemokratische Publizist Julius Braunthal, nach dem Zweiten Weltkrieg einige Zeit hindurch Sekretär der Sozialistischen Internationale, schrieb über diese Periode: "Der Ablauf der Geschichte seit 1871 hatte keine revolutionäre Situation erzeugt... So rückte die Vision der Revolution in immer weitere Fernen, sie verblaßte, sie verlor im Bewußtsein der Massen immer mehr an Realität (was von der Führung der Sozialdemokratie nicht bekämpft, sondern gefördert wurde, L.Sp.), sie wurde zu einer vagen Hoffnung. Die meisten verantwortlichen Partei- und Gewerkschaftsführer überschätzten die Stabilität der kapitalistischen Gesellschaft, in die sie hineingeboren waren, und unterschätzten sich im tief Innersten, an die Möglichkeit eines europäischen Krieges zu glauben. Daher verschlossen sie sich jeder ernsthaften Überlegung über die revolutionären Möglichkeiten im Gefolge eines Krieges. Indessen galt es, die Tagesforderungen der Arbeiter zu betreuen... Ein ungeheurer Bau der Arbeiterorganisationen erhob sich in den Jahrzehnten vor dem Weltkrieg... Würde dieser Bau nicht durch revolutionäre Erschütterungen ins Wanken geraten? Viele Partei- und Gewerkschaftsführer fühlten ein Unbehagen bei dem Gedanken an die Revolution..." Es versteht sich, daß diese Einstellung nicht dazu beitrug, auf marxistischer Grundlage, mit den Problemen der Zeit zu beschäftigen.

Von entscheidender Bedeutung war, daß sich die Sozialdemokratie nicht freihielt vom im Wesen bürgerlicher deutschnationalen Tendenzen.

Die meisten intellektuellen Führer der Sozialdemokratie, Viktor Adler eingeschlossen, brachten den Deutschnationalismus aus ihrer vorsozialdemokratischen Zeit mit. Diese Haltung machte einen erfolgreichen Kampf gegen nationalistische Tendenzen bei den übrigen Nationen der Monarchie nahezu unmöglich. Das führte dazu, daß die Sozialdemokratische Partei, aber auch die Gewerkschaften bei Beginn des Jahrhunderts in nationale Gruppen zerfielen, was den Einfluß bürgerlich-nationalistischer Ideen verstärkte.

Der Deutschnationalismus, die Vorstellung, daß die Deutschen eine höherwertige Nation sei, die zu bestimmen habe, wirkte sich auch auf die Haltung im Wahlrechtskampf (für das allgemeine, gleiche Wahlrecht, das für die Männer erst 1907 erobert wurde) aus. Manche sozialdemokratische Führer zerbrachen sich den Kopf darüber, was geschehen würde, wenn durch das allgemeine Wahlrecht notwendig die Deutschen in der Monarchie in der Minderheit blieben. Renner schlug 1901 allen Ernstes vor, man möge die Zahl der Abgeordneten nicht nach der Bevölkerungszahl sondern nach der Steuerleistung festlegen; dadurch würde sich im Parlament eine deutsche Mehrheit ergeben.

Die Sozialdemokratie blieb auch nicht frei von gewissen antisemitischen Tendenzen, die sich meist gegen die "jüdischen Intellektuellen" in der Partei richteten. Einen systematischen Kampf gegen den Antisemitismus führte die Sozialdemokratie nicht.

Diese Tendenzen der Grundsatzlosigkeit wurden vom Sohn Viktor Adlers, Friedrich, der 1916 aus Protest gegen den Krieg und das Versagen der eigenen Partei den österreichischen Ministerpräsidenten Stürgkh erschossen hatte, vor dem Ausnahmegesicht mit aller Schärfe charakterisiert. Er sagte, die Sozialdemokratie sei auf das "Niveau christlichsozialer Gesinnungsschlampelei herabgesunken", sie habe am Stumpfsinn, der das Erzübel aller österreichischen Parteien ist, auch ihr gut Teil zu tragen". Er sprach vom "Geist der biedereren Verlogenheit", der in die Sozialdemokratie Eingang gefunden habe und meinte, daß "der Geist der Prinzipienlosigkeit" vor allem von Karl Renner in die Partei gebracht worden sei.

Um den Stumpfsinn und die Prinzipienlosigkeit der Gesellschaft in der Habsburgmonarchie bekämpfen zu können, hätte die Arbeiterbewegung eine klare, grundsätzliche Orientierung gebraucht. Sie konnte manche Erfolge im Rahmen des bestehenden Systems erringen; das System selbst in Frage stellen konnte sie nicht.

Das hängt auch mit einer besonderen Haltung zusammen, die ein Grundproblem des Marxismus berührt, nämlich das Verhältnis zu den objektiven historischen Entwicklungsgesetzen und dem bewußten, also subjektiven Handeln der Menschen. Das ist das Grundproblem jeder revolutionären Strategie.

An zwei Beispielen soll gezeigt werden, wie problematisch die Haltung aller Richtungen der Sozialdemokratie in dieser Beziehung war. Beim Basler Sozialistenkongreß vom November 1912, in dem an und für sich revolutionäre Beschlüsse im Falle des Ausbruchs des Krieges gefaßt wurden (an die sich dann fast keine Partei hielt), erklärte Viktor Adler: "Wir brauchen Bildung, ein wenig Freiheit und ein ganz klein wenig Verstand bei den Obersten unseres Landes..."

Wenn Mord und Brand und Pestilenz durch das zivilisierte Europa ziehen - wir können nur mit Schauern daran denken und Empörung und Entrüstung ringt sich aus unserer Brust. Und wir fragen uns: sind denn die Menschen, sind denn die Proletarier wirklich noch heute Schafe, daß sie stumm zur Schlachtbank geführt werden können? Eine Antwort auf diese Frage können wir nicht geben." Damit überließ Adler alles dem "Schicksal".

Über den besten Kopf des Austromarxismus, Otto Bauer, schrieb Karl Czernetz, anlässlich Bauers 20. Todestag, im Juli 1958 in der "Zukunft":

"Wir finden in seinen zeitgeschichtlichen Studien immer wieder den Hinweis darauf, daß die Entwicklung gerade so verlaufen mußte, daß die Dinge zwangsläufig gerade so und nicht anders werden konnten, wie sie tatsächlich gekommen sind. Diese Theorie des mechanischen Umschlags von der Ökonomie auf die anderen gesellschaftlichen Bereiche, des Automatismus in der gesellschaftlichen Entwicklung wirkte sich in der ganzen politischen Methode Otto Bauers aus. Aus dieser theoretischen Einstellung erfolgte eine Unterschätzung des Willensfaktors, der subjektiven Elemente... Es hatte in der Rechnung ein Faktor gefehlt, wir selbst, die Arbeiterklasse, die Sozialdemokratie, unser Wille, unsere Kraft. So folgte aus der Bauerschen Zwangsläufigkeitstheorie eine Politik des Zögerns und der Passivität." Czernetz gebrauchte in diesem Zusammenhang das Wort vom "passiven Radikalismus".

Aus all diesen Überlegungen ergeben sich die Aufgaben einer revolutionären Bewegung in Österreich. Natürlich gab es mehr als einmal Schnittpunkte in der Geschichte der letzten Jahrzehnte, bei denen eine Wendung möglich gewesen wäre. Es gab immer wieder Versuche, den Gang der Entwicklung zu ändern, es gab immer wieder auch geistigen Widerstand gegen die vorherrschenden Tendenzen. Aber sie setzten sich nicht durch. Wir werden eine genaue kritische Betrachtung der Geschichte der KPÖ brauchen, die zweifellos in manchen Situationen den in Österreich vorherrschenden Tendenzen entgegengewirkt hat, aber in mancher Beziehung ihrer bewußtseinsverändernden Aufgabe nicht nachgekommen ist. (Das war in verschiedenen Etappen quantitativ verschieden)!

Die geistige Situation in Österreich von heute enthält natürlich eine Reihe von neuen Elementen, die sich aus der jüngsten Geschichte ergaben. Die Grundtendenzen aber wirken weiter. Sie müssen umgekehrt werden, wenn eine revolutionäre Bewegung Sinn haben soll. Das kann nicht nur von einer Seite her geschehen. Von größter Bedeutung sind alle Strömungen im österreichischen Katholizismus, die den bisherigen Traditionen zuwiderlaufen; von größter Bedeutung sind alle Bestrebungen innerhalb der SPÖ, der Integration in das spätkapitalistische System entgegenzuwirken. Jede revolutionäre Strategie muß auf die Zusammenarbeit aller Gruppierungen, die sich gegen die herkömmliche Geisteshaltung richten und nach links tendieren, abzielen.

(Leopold Spira)



Protokoll Nr. 2

Referat von Josef Hindels

I. TEIL - (Historische Wurzeln der Schwäche der Linken in  
Österreich - Zeitperiode 1914 bis 1933)

1914 Zerfall der Monarchie - Wesen des Austromarxismus -  
Gründung der KPÖ - die Machtergreifung Hitlers 1933

Darüber sprach Josef Hindels, der dem linken Flügel der  
SPÖ angehört.



Zur Arbeiterbewegung im alten Österreich ist zu sagen, daß diese geprägt war vom Hainfelder Parteitag. Dieser hat etwas für die österreichische Sozialdemokratie bedeutet, was bis zum heutigen Tag nachwirkt: eine Verherrlichung des Begriffes "Einheit der Arbeiterbewegung". Das gibt es in dieser profilierten Form in keiner anderen sozialdemokratischen Partei.

Ihr werdet Euch erinnern, daß in der Darstellung über den Hainfelder Parteitag darauf hingewiesen worden ist, daß die Arbeiterbewegung in Österreich zerfallen war in die Gruppierung der Radikalen und in die der Gemäßigten, daß es auf diesem Parteitag vor allem der starken Persönlichkeit Viktor Adlers gelungen ist, die Einheit herzustellen.

Nun ist es auch meine persönliche Meinung, daß die Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterbewegung notwendig ist, wenn man große soziale Errungenschaften erreichen und eine sozialistische Gesellschaft verwirklichen will. Was aber in der österreichischen Arbeiterbewegung geschehen ist - und wir werden uns dann mit den Auswirkungen auf die Linke zu beschäftigen haben - das war ein Einheitskult; der Begriff "Einheit" wurde losgelöst vom Inhalt der Politik, - vielleicht könnte man es philosophisch so ausdrücken: die österreichische Arbeiterbewegung hat die Einheit an sich, unabhängig von der jeweiligen politischen Linie, als etwas Erstrebenswertes angesehen.

Das zweite, wesentliche Merkmal der österreichischen Arbeiterbewegung, das weit hineingewirkt hat in die erste Republik und das auch heute noch eine gewisse Bedeutung hat, ist, was ich "das gestörte Verhältnis der österreichischen Arbeiterbewegung zur nationalen Frage" nennen möchte. Ihr alle wißt, daß es in der letzten Phase der Habsburger-Monarchie einen erbitterten Nationalitätenkampf gegeben hat, der auch wesentlich zum Zerfall der österr.-ungarischen Monarchie beigetragen hat. Und nun ist etwas eingetreten, was man in der offiziellen Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung gerne verwischt oder bagadellisiert: der Bazillus des Nationalismus hat auch die österreichische Arbeiterbewegung infiziert. Es ist zur Spaltung gekommen, zur Spaltung zwischen der deutschsprachigen und der tschechischen Arbeiterbewegung. Eine Spaltung, die sich auf die Gewerkschaften ausgewirkt hat. Innerhalb der deutschsprachigen Sozialdemokratie hat es zwei Konzeptionen in der nationalen Frage gegeben. Und diese beiden Konzeptionen sind von entscheidender Bedeutung für die geistige Entwicklung der österreichischen Linken. Grob skizziert, handelt es sich um eine großdeutsche Konzeption, deren bedeutendster Vertreter Otto Bauer gewesen ist.

Die großdeutsche Konzeption ging davon aus, daß es 1848 ein Unglück gewesen sei, daß nicht ein einheitliches, revolutionäres Deutschland entstanden ist. Diese Konzeption ging weiter davon aus, daß die Bildung eines Kleindeutschland, unter preußischer Vorherrschaft, eine historische Fehlentwicklung war und daß die österr.-ungarische Monarchie keine Existenzberechtigung habe; daß im Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung des Kapitalismus diese Monarchie zerfallen muß.

Und wenn sie zerfällt, wenn sie von den erwachenden Nationalitäten gesprengt wird, dann gibt es für die deutschsprachigen Österreicher nur eine Lösung: Anschluß an Deutschland, wobei immer hinzugefügt wurde, dieser Anschluß bedeutet den Anschluß an ein industriell hochentwickeltes Land mit einer starken Arbeiterbewegung, er kann also in geschichtlicher Perspektive ein Anschluß an den Sozialismus sein.

Im Gegensatz dazu hat Karl Renner die Auffassung vertreten, die österr.-ung.Monarchie ist ein historisch notwendiges Wirtschaftsgebiet, das unter allen Umständen erhalten werden muß. Eine Zerschlagung der österr.-ung.Monarchie wäre auch für die Arbeiterklasse ein Unglück. Die Sozialdemokratie müsse es sich daher zum Ziel machen, diese österr.ung. Monarchie umzubauen in eine Föderation autonomer Nationalitäten. Und im Nationalitätenprogramm der alten Sozialdemokratie, im sogenannten Brünner Programm sind diese Gedankengänge von Karl Renner auch stark ausgeprägt. Und nun kommt folgende Entwicklung:

Da Karl Renner in allen Fragen des Klassenkampfes eine sehr weit rechts stehende Haltung einnahm, da er ein Opportunist war, ein Mann, der in den theoretischen Fragen weitgehend übereinstimmte mit dem deutschen Sozialdemokraten Bernstein (Abkehr vom Marxismus, Versuch ein Arrangement mit dem Bürgertum innerhalb der bestehenden Gesellschaft), so hat es sich ergeben - und das bitte ich festzuhalten, weil es für die weitere Entwicklung nicht unwichtig ist -, daß alles, was in der österreichischen Sozialdemokratie links war, die großdeutsche Konzeption akzeptiert hat und sich im Gegensatz zu Karl Renner befand.

Wenn man vom Versagen der österreichischen Sozialdemokratie bei Kriegsausbruch 1914 spricht, so glaube ich, muß man zwei Bemerkungen machen:

1. daß dieses Versagen eine internationale Erscheinung war, es haben fast alle sozialdemokratischen Parteien damals versagt;
2. daß das Versagen sehr verschiedene Formen angenommen hat und in Österreich ganz anders in Erscheinung getreten ist als in anderen Ländern, besonders als in Deutschland.

In Deutschland hat es gleich zu Beginn des 1. Weltkrieges einen Karl Liebknecht gegeben. Einen Karl Liebknecht, der unter Bruch der Parteidisziplin bei der zweiten Abstimmung im Deutschen Reichstag gegen die Kriegskredite gestimmt hat, obwohl der Beschluß des Parteivorstandes lautete, daß alle sozialdemokratischen Abgeordneten für die Kriegskredite zu stimmen haben.

In Deutschland hat es eine Rosa Luxemburg gegeben, die unaufhörlich gegen den Krieg und gegen die Politik der deutschen Sozialdemokratie, die den Krieg bejahte, Stellung genommen hat. In Deutschland hat es gleich 1914, wenn auch noch sehr schwach, eine Linke gegeben, die in Erscheinung getreten ist; eine Linke, aus der sich dann später der Spartacus-Bund, und aus dem Spartacus-Bund die KPD entwickelt hat.

In Österreich war die Situation so, daß man sagen konnte: Von der Linken ist zunächst überhaupt nichts zu merken. Das hing einerseits damit zusammen, daß in Österreich gleich bei Kriegsausbruch das Parlament ausgeschaltet wurde, daß es ein absolutistisches Regime gegeben hat, sodaß eine Auseinandersetzung im Parlament nicht möglich war. Ob es allerdings unter den sozialdemokratischen Abgeordneten des damaligen Reichstages einen österreichischen Karl Liebknecht gegeben hätte, glaube ich bezweifeln zu müssen. Auf jeden Fall hat man zunächst von dieser Linken nichts gehört; man hatte den Eindruck, daß die österreichische Sozialdemokratie "einig und geschlossen" auf dem Boden der Vaterlandsverteidigung steht. Viele von Euch werden wissen, welche furchtbare Haltung damals die "Arbeiter-Zeitung" eingenommen hat. Es gibt einen Artikel von Friedrich Austerlitz, der die Überschrift trägt: "Der große Tag der Deutschen Nation", so er den Kriegseintritt Österreich feiert und erklärt, daß dieser Krieg mit einem Triumph der deutschen Nation in ganz Europa enden müsse. Und das wenige Wochen, nachdem die Sozialistische Internationale klare Beschlüsse gegen den Krieg gefaßt hat!

Und dann kommt es im Oktober 1916 zu dem Attentat von Friedrich Adler, dem Sohn Viktor Adlers, auf den Grafen Stürgkh. Wer die Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung und die Besonderheiten der österreichischen Linken studieren will, der kommt nicht um die Lektüre jenes Buches herum, das die Rede Friedrich Adlers vor dem Ausnahmegericht enthält. Meiner Ansicht nach ist diese Rede ein Schlüssel der Situation der Linken in Österreich! Man hat damals, als diese Rede gehalten wurde und ungeheures Aufsehen erregte, natürlich vor allem auf die Stellen geachtet, wo F. Adler den habsburgischen Absolutismus angeklagt hat, wo er über die Greuel des Krieges gesprochen hat, über die k.u.k. Zensur usw. Was für uns heute interessant ist und was meiner Ansicht nach in einer Arbeitsgemeinschaft gesondert durchgearbeitet werden sollte, das sind die Stellen, wo er sich mit der innerparteilichen Situation in der österreichischen Sozialdemokratie beschäftigt. Und man muß sich das Gespenstische dieser Situation vorstellen: ein Gerichtssaal mit einem Präsidenten, der ein ganz konservativer Mann ist, ein Rechtsanwalt, der F. Adler verteidigt - der bekannte Dr. Hartner - und der versucht, ihn vor der Todesstrafe zu retten, indem er immer wieder nachzuweisen versucht, daß der Mann geisteskrank ist, weil nur ein geisteskranker Sozialdemokrat so etwas machen kann; und auf der anderen Seite F. Adler, der diese Situation benützt, um im k.u.k. Gerichtssaal sich mit der innerparteilichen Situation der Sozialdemokratie auseinanderzusetzen. Da schildert F. Adler u.a. wie er versucht hat, auf einer ganzen Reihe von Parteikonferenzen mit einem linken Standpunkt durchzukommen, einem Standpunkt, der vor allem eine Kritik an der Kriegspolitik der Sozialdemokratie beinhaltet hat. Und es ist ihm nirgends gelungen. Er schildert anschaulich die Haltung der Delegierten: Bevor er noch geredet hat, waren sie fest entschlossen, gegen ihn zu sein. Erstens, weil sie seit Hainfeld gelernt haben, daß die Einheit über alles geht und zweitens, weil der Untertanengeist, der typisch gewesen ist für den österreichischen Staat,

tief eingedrungen ist in die Reihen der Arbeiterbewegung, weil für viele Arbeiterfunktionäre der Parteivorstand eine ähnliche Rolle spielte wie das Kaiserhaus: was von oben kommt, wird akzeptiert; als Untertan maß man sich nicht das Recht an, eine eigene Meinung zu haben.

Ich glaube, daß man aus dieser Rede F.Adlers die verzweifelte Situation der Linken erkennen konnte. Vor allem zeigt diese Rede, daß alle jene unrecht haben, die später behaupteten, F.Adler sei - zumindest vorübergehend - ein Anarchist geworden. Er habe geglaubt, daß der individuelle Terror die Massenaktion ersetzen könnte. Wer seine Rede im Original liest, wird eine Stelle finden, wo F. Adler gegen die anarchistische Theorie polemisiert, wo er sagt, daß er nie die Illusion gehabt hat, daß seine Tat eine Massenbewegung der arbeitenden Menschen ersetzen könnte, aber er sagt: "Ich mußte schießen, um endlich in dieser österreichischen Atmosphäre ein Signal zu geben!" Und es gibt dort einen schrecklichen Ausspruch von F.Adler, aber auch der soll nicht verschwiegen werden, nämlich den Ausspruch, daß er sich schämt, ein Österreicher zu sein, daß er mit den Psychiatern, die versucht haben, ihn für irrsinnig zu erklären, nur in einem Punkt übereinstimmt: daß er abnormal sei, was seinen Charakter anbelangt, denn er habe keinen österreichischen Untertanencharakter.

Wir wissen, daß es 1918 zum Zusammenbruch der österr.-ung. Monarchie kam, der die Folge einerseits der militärischen Niederlage, andererseits des Zerfalls des Nationalitätenstaates, der Auflehnung der slawischen und romanischen Nationalitäten gegen das Haus Habsburg, war. Am 11. November, einen Tag vor der Ausrufung der Republik, stirbt Adler und man kann sagen: mit V. Adler stirbt am 11. November 1918 ein Abschnitt der Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie.

F. Adler, der wohl zum Tode verurteilt war, aber man hat sich nicht getraut, ihn hinzurichten, wird aus dem Gefängnis entlassen. Am 12. November wird die Republik ausgerufen, wobei gewaltige revolutionäre Kämpfe vorausgingen, insbesondere der große Jännerstreik 1918.

#### Was war 1918 für eine Revolution ?

Ich kann darauf nur die Antwort geben, die mir persönlich richtig zu sein scheint: Die Revolution von 1918 war keine sozialistische Revolution, weil sie die Gesellschaft nicht grundlegend verändert, weil sie die Produktionsverhältnisse nicht revolutioniert hat. Es hat sich um eine bürgerliche Revolution gehandelt, die in Österreich niemals richtig stattgefunden hat. Um eine Revolution, die die noch immer vorhandenen und gar nicht so kleinen Reste des Absolutismus und Feudalismus beseitigt hat. Aber da in dieser bürgerlichen Revolution die Arbeiterklasse ein unerhört starker Faktor war, hat sie den arbeitenden Menschen soziale Errungenschaften gebracht, die weit über das hinausgehen, was jemals eine bürgerliche Revolution bringen konnte. In der Sozialdemokratie ist 1918 eine wesentliche Veränderung eingetreten. Alles was als links bekannt war,

ist in den Parteivorstand gekommen, aber im Parteivorstand ist auch viel zurückgeblieben vom rechten Flügel der Partei. Nur hat man jetzt die Linken in den Vordergrund gestellt. Im Vordergrund standen Otto Bauer, Friedrich Adler und im Vordergrund stand - das ist ein österreichisches Phänomen - Karl Renner, der sich noch jeder Situation, die es gegeben hat, anzupassen verstand, nicht immer in der nobelsten Weise.

Aber auf jeden Fall sind jetzt die Linken in der Sozialdemokratischen Partei an die Spitze gekommen, und sehr bald stellte sich heraus, daß die bedeutendste Persönlichkeit unter diesen Linken der damals noch junge Otto Bauer war, der aber in der Partei bereits einen Namen hatte. Nicht zuletzt wegen seiner Bücher über die Nationalitätenfrage.

Warum war die Revolution von 1918 keine sozialistische? Warum ist man an einer Grenze stehengeblieben, nämlich an der Grenze, die die bürgerliche von der sozialistischen Revolution trennt? Warum hat man die akut-revolutionäre Situation, die es damals gegeben hat, nicht ausgenutzt, um das Bürgertum, das sich in einem Zustand der Auflösung, der Konfusion befunden hat, der ökonomischen und der politischen Macht beraubt? Warum hat man damals in Österreich nicht die Diktatur des Proletariats errichtet - Diktatur des Proletariats nicht im entarteten Sinn dieses Begriffes, wie er später entstanden ist, sondern im ursprünglichen Sinn, wie ihn Marx und Engels in ihren Schriften verwendet haben? Warum ist das nicht geschehen? Oder anders ausgedrückt: Wer hat damals die sozialistische Revolution verhindert?

Darauf gibt es, gestützt auf die vorliegende zeitgeschichtliche Literatur, nur eine Antwort: Eine sozialistische Revolution ist 1918 in Österreich von der Sozialdemokratie verhindert worden, an deren Spitze Vertreter des linken Flügels standen.

Das muß man festhalten, das ist eine historische Tatsache. Und das ist von dem bedeutendsten Vertreter der damaligen Sozialdemokratie und dem Vertreter der Linken, Otto Bauer, niemals bestritten worden. Ich würde jedem, der sich eingehender mit diesen Fragen beschäftigen will, empfehlen, das Buch O. Bauers "Die österreichische Revolution" zu lesen. In diesem Buch hat Otto Bauer in erfrischender Offenheit dargelegt, warum die Sozialdemokratische Partei eine sozialistische Revolution unter Einsatz ihrer ganzen Kraft und Autorität verhindert hat. Ich kann natürlich jetzt nicht all das wiederholen, was O. Bauer schreibt; ich beschränke mich auf die wesentlichen Argumente:

O. Bauer ist der Meinung - und das war die Meinung der führenden Leute der Sozialdemokratischen Partei -, daß es im November 1918 möglich gewesen wäre, in Österreich eine sozialistische Revolution durchzuführen, möglich gewesen wäre, die Macht zu ergreifen.

Aber er ist fest überzeugt, daß auf diese Revolution die Gegenrevolution gefolgt wäre, und zwar deshalb, weil seiner Auffassung nach Österreich so abhängig war von den Siegermächten, daß diese und die sogenannten Nachfolgestaaten die Möglichkeit gehabt hätten, Österreich die Lebensmittelzufuhr zu sperren;

und weil seiner Meinung nach eine Intervention der Siegermächte keineswegs auszuschließen war. Otto Bauer war zutiefst davon überzeugt, daß Österreich als Staat nicht lebensfähig ist. Er hat daher den größten Wert darauf gelegt, daß in der Proklamation der Republik bereits gesagt wurde: Deutsch-Österreich - es hat damals nicht Österreich, sondern Deutsch-Österreich geheißen - ist ein Bestandteil der deutschen Republik. In das Programm der Sozialdemokratischen Partei kam der Passus hinein "die Partei erstrebt mit friedlichen Mitteln den Anschluß an die deutsche Republik". Der Grundgedanke Otto Bauers war: wir werden doch nicht in diesem kleinen, hungernden, vom Ausland abhängigen, nicht lebensfähigen Österreich das Experiment einer sozialistischen Revolution wagen. Viel klüger ist es, wenn wir darauf hinarbeiten, daß Österreich Deutschland angeschlossen wird und dieser Anschluß könnte auch ein Anschluß an den Sozialismus sein.

Nun komme ich zu einer sehr schwierigen Frage und möchte hier ausdrücklich betonen, daß das, was ich jetzt sage, natürlich nicht eine historische Erkenntnis ist, die sich dokumentarisch belegen läßt, sondern meine Meinung. Aber es lassen sich persönliche Meinungen nicht ganz ausschließen, wenn man eine geschichtliche Darstellung gibt. Ich bin der Auffassung - und werde es gut verstehen, wenn viele dieser Auffassung widersprechen sollten -, daß trotz der Verhinderung einer sozialistischen Revolution in Österreich durch die österreichische Sozialdemokratie, es nicht richtig ist, die österreichische Sozialdemokratie gleichzusetzen mit anderen sozialdemokratischen Parteien, die ebenfalls 1918 eine sozialistische Revolution verhindert haben, wie etwa die deutschen Sozialdemokraten. Worin bestand der Unterschied? Der Unterschied - und damit kommen wir zum Fragenkomplex "Was ist der Austromarxismus?" - bestand darin, daß die österreichische Sozialdemokratie zwar die Revolution verhindert hat, aus den von mir angeführten Gründen, daß sie aber weder auf eine sozialistische Sprache noch auf eine sozialistische Zielsetzung, noch auf eine gesellschaftskritische Geisteshaltung verzichtet hat. Es ist also die widerspruchsvolle Situation eingetreten, daß die Partei eine sozialistische Revolution verhindert hat, gleichzeitig aber erklärt: Wir stehen dem Kapitalismus in unversöhnlicher Opposition gegenüber, wir wollen ihn stürzen, wenn dazu die historischen Voraussetzungen gegeben sind. Meiner Meinung nach kann man die ganze weitere Entwicklung der österreichischen Sozialdemokratie nur verstehen, wenn man diesen eigenartigen Widerspruch begreift: Auf der einen Seite eine objektiv konterrevolutionäre Funktion, - konterrevolutionär jetzt nicht im Sinne des stalinistischen Schimpfwortes, sondern konterrevolutionär im sprachlich einwandfreien Sinn - gegen die Revolution; auf der anderen Seite das Beharren auf sozialistischen Grundsätzen, das sich-nicht-geistig-in-die-bestehende-Gesellschaft zu integrieren, wie das etwa die Sozialdemokraten in Deutschland, England, in den skandinavischen Ländern, getan haben.

Ich bin der Meinung, daß wir hier eine der wesentlichsten Eigenarten des Austromarxismus haben: Nichtrevolutionäre Praxis, aber revolutionäre Sprache.

Nun zur Frage der Gründung der KPÖ. Ich habe wenig übrig für Jahreszahlen. Aber bei der Gründung der KPÖ scheint mir die Jahreszahl nicht unwichtig zu sein: die KPÖ ist am 3. November 1918 gegründet worden. Also noch vor der Ausrufung der Republik; sie gehört damit zu den ältesten kommunistischen Parteien, die es in Europa gibt. Die Gründung der KPÖ ist aber unter völlig anderen Verhältnissen erfolgt als die Gründung anderer kommunistischer Parteien in europäischen Ländern. Das ist für die weitere Entwicklung der Arbeiterbewegung und für die der Kommunisten in Österreich von wesentlicher Bedeutung: Die kommunistischen Parteien in den anderen, vergleichbaren Ländern, also etwa in Deutschland, Frankreich, in der Tschechoslowakei, sind entstanden durch Spaltung der Sozialdemokratie, wobei diese Spaltung in der Regel so ausgesehen hat, daß der linke Flügel der Sozialdemokratie den Kern der neugegründeten KP gebildet hat. Typisches Beispiel Deutschland: Wer war auf dem Gründungskongreß der KP Deutschlands? Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, um nur zwei Namen zu nennen. Wer hat bei der Gründung der KPF eine wesentliche Rolle gespielt? Cachin, der schon vorher am linken Flügel der Sozialistischen Partei Frankreichs und der Sozialistischen Internationale eine Rolle gespielt hat. Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei: wer hat das große Wort geführt? Smeral, der schon in der österreichischen Sozialdemokratie eine linke Haltung bei den Tschechen eingenommen hat und bei den Deutschsprachigen sehen wir Kreibich, Neurath, den Kreis um den Reichenberger "Vorwärts", der ein wesentlicher Bestandteil des linken Flügels war.

Völlig anders die Situation in Österreich: In Österreich kommt es nicht zu einer wirklichen Spaltung der Sozialdemokratie, und zwar vor allem deshalb, weil F. Adler ablehnt, sich der KP anzuschließen. Die ganze inzwischen groß gewordene Gruppe der Linken, die ja jetzt in der Sozialdemokratischen Partei wesentlich an Boden gewonnen hat, bleibt in der Partei. Es ist sicherlich kein Zufall, daß die KPÖ als ihren ersten Obmann Steinhardt wählt, einen Mann, der am linken Flügel der Sozialdemokratischen Partei kaum eine Rolle gespielt hat. Es gibt in dieser Kommunistischen Partei bei ihrer Gründung eine auffallend große Anzahl von Menschen, die aus der russischen Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt sind und dort das Erlebnis der russischen Revolution hatten. Aber die Linke der Sozialdemokratie ist in der Kommunistischen Partei nicht vertreten. Und das zweite, nicht unwichtige Merkmal ist, daß die KP Österreichs nach ihrer Gründung in einen Konflikt mit Lenin kommt, und zwar deshalb, weil die Kommunistische Partei erklärt: Wir beteiligen uns nicht an Parlamentswahlen, wir halten den Parlamentarismus für einen Schwindel".

Die KPÖ hat diesen Standpunkt bald revidiert; es ist ein Brief von Lenin veröffentlicht worden, wo er diese Haltung kritisiert. Manche, die sich eingehend mit Lenins Werken beschäftigt haben, sagen, daß der Fehler der KPÖ Lenin inspiriert habe bei seiner Schrift über den "Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus". Damals ist eine Entscheidung gefallen, die bis zum Ende der ersten Republik nachgewirkt hat: es ist nämlich in Öster-

reich - und ich betone hier wieder: im Gegensatz zu den anderen europäischen Ländern - der Kommunistischen Partei niemals gelungen, einen entscheidenden Einfluß auf die Arbeiterbewegung auszuüben. es ist ihr niemals gelungen, auch nur einen Abgeordneten im Nationalrat der 1. Republik, auch nur einen Gemeinderat im Gemeinderat des roten Wien zu haben. Die Kommunistische Partei war also verurteilt zu einem Dasein an der Peripherie der Arbeiterbewegung.

Von 1918 bis 1920 hat es zwei Koalitionsregierungen gegeben. Es waren die Koalitionsregierungen, bei denen die Sozialdemokratie eine führende Rolle gespielt hat. In diesem Zeitraum sind bedeutende soziale Errungenschaften verwirklicht worden. 1920 wird die Koalition gesprengt. Wenn man die Literatur darüber nachliest, ich verweise wieder auf das Buch von Otto Bauer "Die österreichische Revolution" und auf ein soeben erschienenes Buch von Kreisler "Von der Revolution zur Annexion", wo mit vielen Dokumenten belegt wird, daß die Bürgerlichen in einer Beziehung recht gehabt haben, wenn sie nämlich später behauptet haben: nicht wir haben die Sozialdemokraten aus der Regierung hinausgeworfen, sondern die Sozialdemokraten haben die Koalition gesprengt. Das ist richtig.

Die Sozialdemokraten haben die Auseinandersetzungen über das Wehrgesetz dazu benützt, aus der Koalition auszuschneiden. Renner war dagegen, hat sich aber im Parteivorstand nicht durchsetzen können; Otto Bauer, der für das Ausscheiden der Partei aus der Koalition war, hat im Parteivorstand die große Mehrheit bekommen. Dafür waren zwei Gründe maßgeblich: erstens das Abebben der revolutionären Welle in Europa. Inzwischen hat in Ungarn Bela Kuhn eine Niederlage erlitten, ist das Horthy-Regime errichtet worden, in Deutschland haben die reaktionären Kräfte an Boden gewonnen usw. Das Abebben der revolutionären Welle hat bedeutet, daß die Sozialdemokraten in dieser Koalition das Bürgertum zu keinen wesentlichen Konzessionen mehr zwingen konnten, d.h. also die Koalition konnte den Arbeitern nicht mehr viel bringen. Aber es gibt noch eine zweite Ursache und auch die hat O. Bauer ehrlich und offen angeführt. Er sagt: Wir sind aus der Koalition deshalb ausgeschieden, weil wir die Stimmung in der Arbeiterschaft erkannten; die Arbeiter drängen nach links, sie wollen von der Koalition nichts mehr wissen. Da war es für uns entscheidend: Wir müssen mit der Arbeiterschaft zumindest einige Schritte nach links gehen, weil wir sonst die Einheit und Geschlossenheit der österreichischen Arbeiterbewegung, das kostbarste Gut, das uns Viktor Adler hinterlassen hat, gefährden. Diese Haltung Bauers zur Koalitionsfrage ist typisch austromarxistisch.

Ab 1920 bis zum Ende der 1. Republik hat es nur bürgerliche Regierungen gegeben. Die Sozialdemokratie, die stärkste Partei, ist während dieses ganzen Zeitraumes in Opposition gestanden, und hat gleichzeitig allein die Hauptstadt Wien verwaltet; es begann das Aufbauwerk des roten Wien, wo ohne Zweifel nicht wenig geleistet wurde. Die SP in Opposition zu den bürgerlichen Regierungen und das Aufbauwerk in Wien unter rein sozialdemokratischer Führung, das hat den austromarxistischen

Charakter noch stärker hervortreten lassen, nämlich das Betonen sozialistischer Grundsätze, die Anwendung einer sozialistischen Sprache.

Ich bin der Meinung, daß diese Haltung der Sozialdemokratie nicht nur negativ beurteilt werden kann, daß diese sozialistische Sprache nicht einfach Aneinanderreihen von Phrasen war, um von einer falschen Politik abzulenken sondern daß diese Bewußtseinsbildung doch auch positive Seiten gehabt hat, indem sie die österreichischen Arbeiter mit sozialistischem Ideengut erfüllte und den grundsätzlichen Gegensatz zur bürgerlichen kapitalistischen Gesellschaft aufrechterhielt.

Man kann sagen, daß von 1922 an eine Bedrohung der Demokratie in Österreich einsetzte. Ich nenne 1922 deshalb, weil damals in Italien der Faschismus an die Macht kam und sich dann der österreichische Faschismus sehr stark nach Italien orientiert hat. Das österreichische Bürgertum wird in dieser Zeit immer undemokratischer, immer reaktionärer: es werden faschistische Wehrorganisationen, wie die Heimwehr, aufgestellt, die Sozialdemokratische Partei beantwortet das mit der Bildung des Republikanischen Schutzbundes, den aber von Anfang an rein defensive Aufgaben gestellt werden. Es kommt ständig zu blutigen Zusammenstößen.

1926 gibt es einen der wichtigsten Parteitage der Sozialdemokratie, der in Linz stattfand. Dort wird das sogenannte Linzer Programm beschlossen. Ich glaube, daß dieses Linzer Programm zu den klassischen Dokumenten des Austromarxismus gehört, vor allem jene Stelle, die dann immer wieder von der bürgerlichen Seite den Sozialdemokraten vorgeworfen wurde, wo von der Gewalt und der Diktatur des Proletariats die Rede ist. Diese Stelle lautet sinngemäß: Wenn das Bürgertum den demokratischen Kampfboden der Arbeiterklasse entzieht, dann muß der Weg der Gewalt besritten und die Diktatur des Proletariats errichtet werden.

Das ist eine der entscheidenden Schwächen dieses austromarxistischen Programms gewesen. Nicht weil dort von der Diktatur des Proletariats die Rede war, sondern weil die eigene Politik abhängig gemacht wurde von der Haltung des Klassengegners: Nur wenn der Klassengegner den Boden der Demokratie verläßt, wenn er uns diesen Kampfboden entzieht, werden wir uns zur Wehr setzen. Es wurde dabei nicht bedacht, daß es sich bei dieser Entziehung des demokratischen Kampfbodens um einen längeren Prozeß handeln wird und es notwendig werden kann, gleich zu Beginn sich zur Wehr zu setzen.

Wie ernst die Situation war, sieht man ein Jahr nach dem Beschluß über das Linzer Programm: am 15. Juli 1927 gibt es große, spontane Demonstrationen in Wien, gegen das sogenannte Schattendorfer Urteil, wo Faschisten, die in dem burgenländischen Ort Schattendorf Arbeiter erschossen haben, wieder einmal freigesprochen wurden. Ohne Beschluß des Parteivorstandes, ohne Beschluß der gewerkschaftlichen Körperschaften, ziehen die Arbeiter auf die Ringstraße; die Polizei beginnt zu schießen, obwohl die Menge völlig unbewaffnet war, da der Schutzbund nicht bereit

gewesen ist, Waffen auszugeben. Es gibt über 10 Tote, der Justizpalast brennt.

1932 kommt Engelbert Dollfuß an die Spitze der Regierung. Gleich nach der Übernahme des Bundeskanzleramtes war es ziemlich klar, daß nun eine Periode des Abbaues der Demokratie beginnen wird. Ich möchte hier ausnahmsweise ein persönliches Erlebnis einfügen, weil es so charakteristisch für die damalige Situation ist: Bei den ersten Demonstrationen gegen Dollfuß hat die SAJ, die Sozialistische Arbeiterjugend, im Sprechchor gerufen: "Dollfuß, kleiner Mann, schau dir diese Masse an!" Eine vielleicht nicht sehr geschmackvolle Anspielung auf die körperliche Kleinheit Dollfuß's. Wir haben später erkannt, daß dieser "kleine Dollfuß" sich die großen Massen, die gegen ihn demonstriert haben, sehr genau angesehen hat. Und er hat daraus von seinem Standpunkt aus die einzig richtige Konsequenz gezogen: Daß gegen diese Massen ein Frontalangriff, eine Errichtung der faschistischen Diktatur in der Form eines einmaligen Aktes, nicht möglich ist. Dollfuß hat eine andere Politik gewählt, die man später mit dem Namen belegt hat: Salamitaktik: Eine Scheibe nach der anderen abzuschneiden, nicht von heute auf morgen die Demokratie zu zerstören, sondern immer ein Stück vom demokratischen Kampfboden wegzunehmen.

Das Parlament wurde ausgeschaltet. Nun gab es in der Führung der Sozialdemokratischen Partei eine erregte Diskussion. Es waren damals Ellenbogen, Gabriele Proft und andere der Meinung, die Ausschaltung des Parlaments - das ist das Signal, daß uns, wie es im Linzer Parteiprogramm von 1926 heißt, der demokratische Kampfboden entzogen wird, jetzt heißt es kämpfen, In den Massen der Arbeiterschaft war trotz Arbeitslosigkeit eine wirkliche Kampfbereitschaft vorhanden. Der Parteivorstand hat sich dazu nicht entschlossen und hat etwas getan, was später von den meisten als verhängnisvoller Fehler betrachtet wurde: er hat ein Punkteprogramm beschlossen, was geschehen mußte, um sich zum Kampf zu stellen. Es mußte die Sozialdemokratische Partei aufgelöst werden, es mußten die freien Gewerkschaften verboten und deren Vermögen beschlagnahmt werden, es mußte die sozialdemokratische Führung der Gemeinde Wien ihres Amtes enthoben werden, und es hat noch einige solcher Punkte gegeben. Diejenigen, die damals in der Partei eine sich nicht durchsetzende Linke gebildet haben, sagten: Diese Liste ist für Dollfuß von unschätzbarem Wert ! Er wird uns umbringen, aber die Punkte, die wir aufgezeigt haben, die hebt er sich zum Schluß auf. Und genauso ist es gekommen. Dollfuß hat 1933 die SP nicht aufgelöst, ebenso hat er die Gewerkschaften nicht aufgelöst, er hat auch nicht die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung abgesetzt. Aber er hat lauter Dinge getan, die nicht in diesen Punkten enthalten waren: Auflösung des Parlaments, Einführung der Vorzensur; das bedeutete, daß die "Arbeiter-Zeitung" nur mehr mit riesigen weißen Flecken erscheinen konnte, und schließlich das Schlimmste von allem: Die Auflösung des Republikanischen Schutzbundes, bei gleichzeitigem Weiterbestand der faschistischen Wehrverbände.

Es hat damals der letzte Parteitag stattgefunden, wo Otto Bauer seine berühmt gewordene Rede gehalten hat, wo er gesagt hat, wir

können vor den "Müttern des Landes" einen Bürgerkrieg nicht verantworten, solange noch die geringste Aussicht besteht, ihn verhindern zu können.

Nun muß man natürlich um der Objektivität willen zwei Dinge berücksichtigen: Das eine ist die ungemein ungünstige außenpolitische Situation, in der sich Österreich befunden hat, vor allem seit März 1933: Faschistisches Italien, das in engster Verbindung mit Dollfuß stand, Ungarn - ein reaktionäres Regime an der Macht, Jugoslawien - ein reaktionäres Regime an der Macht, und in Deutschland siegte 1933 Hitler ohne Widerstand von Seiten der großen deutschen Arbeiterbewegung. Hinzu kam - und das hat jetzt eine eigenartige Situation geschaffen - die Bedrohung durch den Nazismus, wobei Dollfuß in einen Konflikt mit den Nazis kam, sich schließlich sogar entschlossen hat, die NSDAP aufzulösen. Die NSDAP ist also in die Illegalität gegangen. Das hat zu dieser einzigartigen Situation geführt, daß in den Gefängnissen, z.B. in dem Polizeigefängnis auf der Elisabethpromenade, der sogenannten Lisl, Kommunisten, Sozialisten und Nazis gemeinsam eingesperrt waren; daß Kommunisten, Sozialisten und Nazis gemeinsam ins Anhaltelager nach Wöllersdorf gekommen sind. Die Nazis sind dann mit Unterstützung Deutschlands zu allen möglichen Kampfaktionen, auch zu terroristischen Aktionen, übergegangen. Im Parteivorstand hat es noch die Illusion gegeben, d.h. heute kann man sagen, daß es eine Illusion war, daß es vielleicht doch möglich wäre, sich mit Dollfuß zu einigen.

Ich möchte noch ein paar Worte sagen über die Situation, in der sich damals, also in dieser kritischen Lage, die Linke befunden hat, denn Otto Bauer wurde ja kaum mehr als Linker betrachtet, er war ja der offizielle Führer der Partei. Es gab Kräfte links von Otto Bauer, die die Gefahr gesehen, die das ständige Zurückweichen kritisiert haben, und die vor allem der Meinung waren: sicherlich hat Otto Bauer recht, wenn er mit dem Hinweis auf die "Mütter des Landes" erklärt wir wollen einen Bürgerkrieg vermeiden. Aber alles deutet darauf hin, so sagen die Linken, daß wir ihn gar nicht vermeiden können. Und daher dürfen wir uns den Zeitpunkt der Auseinandersetzung nicht vom Gegner aufzwingen lassen, das Hauptargument der Linken, das durch die Entwicklung bestätigt wurde, war: Das ständige Zurückweichen demoralisiert, und wenn es dann zur großen Auseinandersetzung kommt, werden beträchtliche Teile der Arbeiterschaft nicht mehr bereit sein, zu kämpfen.

Und obwohl der Zeitabschnitt, über den ich zu referieren habe, mit 1933 endet, ich möchte mich auch daran halten, will ich bemerken, daß die Ereignisse im Februar 1934, diese Befürchtungen bestätigt haben. Es ist kein Zufall, daß damals der Generalstreik nicht gelungen ist, und daß unter anderem - was für die Entwicklung der Kampfhandlungen von katastrophaler Folge war - die Eisenbahner nicht gestreikt und daher die Militärtransporte der Austrofaschisten befördert haben. Aber das kann man nur verstehen, wenn man weiß, daß es unter Dollfuß einen Eisenbahnerstreik gegeben hat, daß dieser abgewürgt wurde, daß damals Eisenbahner entlassen, gemäßregelt wurden, und daß die Partei-

führung dennoch der Meinung war, wir müssen auch diesen Schlag hinnehmen.

Da ist es selbstverständlich, daß dann ein Jahr später die Eisenbahner nicht mehr bereit waren, das große Risiko eines Streiks in Kauf zu nehmen. Wenn man jetzt fragt, wer waren eigentlich die Linken, die in der Zeit von 1930-34 in der Partei versucht haben, eine andere Politik durchzusetzen, so muß ich sagen, daß es nicht leicht fällt, Namen zu nennen. Aber einige möchte ich dennoch nennen. - In Wien war einer der profiliertesten der Linken Ernst Fischer. Ernst Fischer, der damals in einer ganzen Reihe von Referaten, insbesondere vor sozialistischen Jugendorganisationen auf diese Gefahr des ständigen Zurückweichens hingewiesen hat; innerhalb des Schutzbundes und Wehrturner war es vor allem der noch sehr junge Georg Weisel, der in der ganzen Reihe von Konferenzen einen linken Standpunkt vertreten hat, und der dann im Februar 1934 hingerichtet wurde. Unter den Theoretikern und Ideologen der Partei waren es vor allem zwei Persönlichkeiten, die einen linken Standpunkt vertraten: Das war Max Adler, der auch als Denker des Austromarxismus eine große Rolle gespielt hat, und Käthe Leichter, die eine Reihe von Artikeln veröffentlichte, die eine linke Kritik an der Politik der sozialdemokratischen Partei zum Inhalt hatten. Wie so oft in der Geschichte der Sozialdemokratie hat sich auch in dieser Situation die Linke nicht durchsetzen können. Dennoch bin ich der Meinung, daß ihre Tätigkeit nicht vergeblich war.

Ich glaube, das Bild, das ich über diesen Zeitraum gegeben habe, ist ein realistisches Bild. Ich habe versucht, das nicht zu tun, was heute auch oft von linken Sozialisten getan wird: nämlich die Vergangenheit mit einem Glorienschein zu umgeben. Das ist psychologisch verständlich, weil die rechte Haltung der SP von heute dazu führt, daß linke Sozialisten dazu verleitet werden, die Vergangenheit im vergoldeten Licht zu sehen. Aber wir sollen die Vergangenheit so sehen, wie sie tatsächlich gewesen ist.

Es kommt darauf an, aus dieser Vergangenheit die Lehren für die Zukunft zu ziehen. Aber das ist der Diskussion überlassen.

/Josef Hindels/

Protokoll Nummer 3 a  
Referat Dr. W. Fischer

I. TEIL -- (Historische Wurzeln der Schwäche der Linken in  
Österreich - Periode bis 1938)

Faschismus in Österreich 1933 bis 1938

Darüber sprach im Rahmen der Sommerakademie der FÖJ  
(Juli - August 1970) Dr. Walter Fischer, ehemaliges  
Mitglied des Zentralkomitees der KPÖ.



Der Genosse Hindels hat zwar das letzte Mal schon über das dreiunddreißiger Jahr gesprochen, aber ich glaube, wenn man die Ereignisse und die Entwicklung der Arbeiterbewegung um das vierunddreißiger Jahr verstehen will, muß ich doch noch einiges an Voraussetzungen ganz knapp nachtragen. Zunächst einmal: Wir haben von 1930 an die Weltwirtschaftskrise gehabt - die Weltwirtschaftskrise, die sich in Österreich schärfer und tiefer ausgewirkt hat als in den anderen kapitalistischen Ländern, weil in Österreich der Zustand so war, daß die entscheidende Industrie, vor allem die Schwerindustrie, in deutschen Händen war und dort, wo Betriebseinschränkungen durchgeführt worden sind, zuerst in Österreich zugesperrt worden ist und dann erst in Deutschland. Die deutsche Infiltration in die österreichische Industrie hat also zur Steigerung der Arbeitslosigkeit, zur Steigerung der Not geführt. Diese Arbeitslosigkeit, diese langandauernde Massenarbeitslosigkeit, hat verschiedene Wirkungen gehabt. Sie hat auf der einen Seite - unter anderem auch im Zusammenhang mit dem verschärften reaktionären Verhalten der Regierung - zu einer Radikalisierung der Arbeiterschaft geführt, wobei wir uns bewußt sein müssen, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft damals ideologisch etwas anderes war als die sozialistische Arbeiterschaft heute. Sie war wirklich zum großen Teil durchdrungen von dem nicht ganz richtigen Bewußtsein, einer revolutionären Partei anzugehören, und von einem wirklichen Willen zum Sozialismus. Es hat also eine gewisse Radikalisierung stattgefunden, ein Drängen darauf, Änderungen der bestehenden Verhältnisse herbeizuführen. Auf der anderen Seite hat die Arbeitslosigkeit die Möglichkeit von Erpressungsmanövern gegen die Arbeiterschaft gegeben. Ich erwähne als konkretes Beispiel die Alpine Montan Gesellschaft, wo man folgendes gemacht hat: Man hat einfach zugesperrt, die Arbeiter entlassen; und wenn nach einiger Zeit der Betrieb wieder aufgenommen wurde, hat man gesagt: Wiederaufgenommen wird nur, wer der steirischen Heimwehr beitrifft. Wer der steirischen Heimwehr nicht beitrifft, wird nicht mehr in den Betrieb aufgenommen, der fliegt mitsamt seiner Familie aus der Werkswohnung, der ist nicht nur arbeitslos, sondern auch wohnungslos. Das ist nur eine der Formen, wie die Erpressung durchgeführt wurde, wobei ich bemerken möchte, daß die steirische Heimwehr damals schon das Hakenkreuz in ihrer weiß-grünen Fahne geführt hat, und von Pabst, dem Mörder von Liebnecht, organisiert worden war.

Neben dieser Radikalisierung auf der einen Seite, den Erpressungsmanövern auf der anderen Seite hat aber in der Arbeiterschaft auch die Demoralisierung um sich gegriffen. Die Existenzlosigkeit, das Fehlen jeder Perspektive hat die Arbeiterschaft - zumindest den weniger klassenbewußten Teil der Arbeiterschaft - zugänglich gemacht für die Korruption. Wenn man zum Beispiel so einem ausgehungerten Arbeitslosen fünf Schilling dafür gegeben hat, dann ist so mancher eben bei einer Heimwehrdemonstration mitmarschiert. Die Heimwehrlaute haben damals bei der Arbeiterschaft die 5-Schilling-Manderln geheißen, weil jeder, der auf einem Heimwehraufmarsch mitmarschiert ist, 5 Schilling, ein Krügerl

Bier und ein Paar Würstel bekommen hat. Wir müssen uns darüber klar sein, daß die Heimwehr, die sozusagen der tragende Faktor des Austro-Faschismus gewesen ist, etwas wesentlich anderes war als die nationalsozialistische Bewegung, als die SS und die SA, weil die Heimwehr, weil die austrofaschistische Bewegung in Österreich in Wirklichkeit niemals eine Volksbewegung gewesen ist, im Volke nie verwurzelt war, sondern praktisch getragen, das heißt, finanziert wurde von Mussolini, unterstützt von Horthy aus außenpolitischen Kombinationen heraus, und verwendet von der Reaktion als Werkzeug, das man auf Grund der besonderen Situation der Wirtschaftskrise leicht einsetzen konnte.

Gleichzeitig mit der Heimwehr, die damals aufgezüchtet worden ist schon mit der Perspektive, die Arbeiterschaft endgültig niederzuwerfen und eine Diktatur in Österreich aufzurichten, hat sich aber auch schon damals die nationalsozialistische Bewegung in Österreich entfaltet. Auch die nationalsozialistische Bewegung hat in mancher Hinsicht etwas andere Aspekte gehabt als in Deutschland. Wir sehen z.B., daß bei einem Teil der Arbeiterschaft, - ich greife jetzt vor, - nach den Ereignissen des Februar 1934 die Einstellung bestand: Wenn man gegen die Schwarzen, gegen diese Banditen, was machen will, na da bleibt uns nichts anderes übrig; die Roten sind erledigt, jetzt muß man zu den braunen Bolschewiken gehen -. Und ich kann mich sehr gut daran erinnern: Wie ich damals, Ende 1934, aus dem Lager in Wöllersdorf bedingt entlassen, mit einigen anderen über die Haide nach Wiener Neustadt gegangen bin, sind uns ein paar Leute im Schlossergewand entgegengekommen und haben uns gefragt: Was seid ihr? Seids ihr rote oder braune Bolschewiken? - Ich hab gesagt, wir sind rote, und sie haben gesagt: Wir sind braune, aber wir wollen eh das Gleiche, wir wollen, daß die schwarze Brut wegkommt. -D.h. die Nazibewegung war in Österreich nicht nur eine nationalsozialistische Bewegung, sondern war im Bewußtsein eines beträchtlichen Teils derer, die sich ihr angeschlossen haben, eine antiklerikale, eine antischwarze, eine antikvaterländische Frontbewegung. Und zwar sowohl innerhalb der Arbeiterschaft als auch innerhalb der Bauernschaft.

Nun ein paar Worte über die Situation bei den Bauern. Die Wirtschaftskrise hat nicht nur in der Arbeiterschaft tiefgreifende Wirkungen gehabt, sondern auch in der Bauernschaft. Es war die Zeit eines beispiellosen Bauernelends in Österreich, was dazu geführt hat, daß selbst Bauernhöfe, die bis zu 20 Stück Vieh gehabt haben, einfach deswegen, weil sie ihre Produkte nicht verkaufen konnten, buchstäblich keinen Groschen Geld hatten. Die Arbeitslosen haben weder Butter, noch Eier und Fleisch kaufen können, und die Bauern sind dagestanden, weil sie ihre Produkte nicht verkaufen konnten. Die Geldnot war außerordentlich groß. Es ist zu massenhaften Exekutionen gekommen, weil die Steuern nicht bezahlt wurden oder weil die Krankenkassenbeiträge für die Krankenkassa der Landarbeiter von den Bauern nicht bezahlt werden konnten.

Damals hat die Sozialdemokratie zu dieser Bewegung, die unter den Bauern entstanden ist und die sich gegen das Regime gerichtet hat, in der Form Stellung genommen, daß sie erklärt hat, in der Krise kann man nicht kämpfen, In der Krise ist das einzige,

daß man schauen muß, die Wirtschaft nicht zu schädigen, damit man dann, wenn die Wirtschaft sich wieder erholt, wieder bessere Löhne herausholen kann. - Ich kann mich sogar erinnern, daß obersteirische Bauern eine Delegation zum Landespartei Vorstand der Sozialdemokratischen Partei geschickt haben, die im Auftrag von tausenden obersteirischen Bauern der Sozialdemokratie folgendes vorgeschlagen haben: "Wir sind gegen das Regime, ihr seid gegen das Regime, so geht es nicht weiter, das System muß gestürzt werden, gehen wir miteinander?" Der sozialdemokratische Landespartei Vorstand hat sie hinausgeschmissen, hat erklärt, "ihr wollt ein Wirtschaftschao herbeiführen, das letzten Endes zur Schädigung der Arbeiterschaft führt". Ich erwähne das nur als Beispiel, wie hier in einer Situation, wo die Bauern einen gewissen revolutionären Auftrieb gehabt haben, die Sozialdemokratie sie faktisch ins Lager der Reaktion, ins Lager der Nazi zurückgestoßen hat.

In dieser Zeit, im Jahre 1933, wo es dann, wie Hindels es schon darstellte, zur Auflösung des Parlaments kam und zum Verbot des Republikanischen Schutzbundes, zum Verbot der Kommunistischen Partei usw., ist die Frage des akuten Kampfes gegen den Faschismus, dessen endgültige Machtergreifung für jeden klar vor der Tür gestanden, ist die Frage der Einheitsfront, die Frage der Kampf-tätigkeit der österreichischen Arbeiterschaft im Vordergrund des ganzen Interesses gestanden.

Welche Voraussetzungen für eine Einheitsfront, für ein einheitliches kämpferisches Vorgehen der österreichischen Arbeiterschaft gegen den drohenden Faschismus, hat es gegeben. Wir sehen, wenn wir uns die Sozialdemokratie anschauen, der ich damals auch angehört habe, daß die Sozialdemokratie im wesentlichen auf den Standpunkt gestanden ist: Um Gottes Willen keinen Kampf, kein Blutvergießen, schauen, daß wir über diese Zeit hinwegkommen, selbst auf Kosten von großen Konzessionen, man war bestrebt, das Äußerste zu verhindern. Man kann die Verantwortung für einen wirklichen Kampf nicht übernehmen. Auf den Vorschlag der Linken, an die Regierung die ultimative Forderung zu stellen: binnen 3 Tagen Wiedereinberufung des Parlaments, Entwaffnung und Auflösung der faschistischen Verbände, Wiederherstellung der demokratischen Rechte, war die Antwort: Genossen, das können wir nicht verantworten, denn das bedeutet Blutvergießen. Auf die Gegenfrage: Und was ist, wenn wir jetzt nicht den Kampf führen, wenn wir keinen Generalstreik machen, jetzt zu einer Zeit, wo die Arbeiterschaft noch kampfbereit ist -, was wird dann sein? Dann wird es erst recht zum Faschismus und zum Blutvergießen kommen, - war die Antwort: Ja, das stimmt, aber dann sind wir nicht schuld, sondern die anderen. Also die Einstellung: Jeder Kampf gegen den Faschismus bedeutet die Möglichkeit von Blutvergießen, bedeutet den Bürgerkrieg, bedeutet die Wahrscheinlichkeit ausländischer Intervention usw., dafür kann man die Verantwortung nicht übernehmen. Die Parole war daher: Gewehr bei Fuß! Wartet auf Weisung!

Nun hat sich in der Sozialdemokratie eine immer stärker werdende Opposition gegen diese Einstellung entwickelt, eine Opposition, die zunächst ihren Ausgang nahm von jungen Sozialisten in der Obersteiermark, die dann sehr rasch auf Wien und das übrige

Österreich übergegriffen hat. Zuerst war es eine Gruppe Jungsozialisten in Donawitz, die sich Jusos genannt hat. Dann, als österreichische Bewegung Jungfront genannt, nahm sie einen stürmischen Aufschwung, wobei der sozialdemokratische Parteivorstand rasch die zentrale Führung dieser Organisation an sich riß, aber nicht verhindern konnte, daß diese Jungfront, die faktisch die jungen Sozialdemokraten so ungefähr von 18 bis 30 Jahren in ihren Reihen gehabt hat, also den aktivsten Teil der Sozialdemokratie, - daß ein großer Teil dieser Jungfront sich immer mehr und mehr zu einer bewußten politischen Opposition entwickelt hat, zu einer Linksoption, die sich nach der Aulösung des Parlaments im dreiunddreißiger Jahr als Fraktion organisierte und leidenschaftlich dafür eintrat, daß die Sozialdemokratie den Kampf gegen den Faschismus aufnimmt. Nun, es ist, wie Hindels schon gesagt hat, schon klar, daß die Chancen, daß die Sozialdemokratie den Kampf aufnimmt, sehr gering gewesen sind, aber man darf nicht übersehen, daß damals die Sozialdemokratie in der Arbeiterschaft bedingungsloses Ansehen hatte und daß die Kommunistische Partei faktisch außerhalb der Arbeiterschaft stand.

Mit verschwindenden Ausnahmen waren ein paar tausend Mitglieder, die die Kommunistische Partei gehabt hat, Arbeitslose, zum großen Teil Arbeitslose, die überhaupt noch nie in Arbeit gestanden sind. D.h., mit den Betrieben, von zwei bis drei Ausnahmen abgesehen, hat die KPÖ überhaupt keinen Kontakt gehabt. Die Einstellung der Masse zur Arbeiterschaft war infolge der sozialdemokratischen Verhetzung gegen die Kommunisten ungefähr so: Wenn ein Kommunist kommt, ihm den Prügel auf den Schädel hauen. Der Schutzbund wurde nicht selten eingesetzt, um Kommunisten aus sozialdemokratischen Versammlungen herauszuprügeln.

Wie hat sich nun die Kommunistische Partei zur Frage des Kampfes verhalten? Die KPÖ hat die Parole der Einheitsfront ausgegeben, hat die Parole des antifaschistischen Zusammenschlusses ausgegeben, hat eine Bewegung ins Leben gerufen, die Antifa genannt wurde und der auch eine Reihe junger Sozialisten beitraten. Aber bei Verhandlungen, die zwischen der Leitung der Linksoption und der Führung der Kommunistischen Partei aufgenommen worden sind, hat sich sehr bald herausgestellt, daß die KPÖ den Standpunkt vertrat: Es ist eine reine Illusion zu glauben, daß es überhaupt zu einem Kampf kommen wird. Bei dieser Sozialdemokratie kann es zu keinem Kampf kommen, daher ist es nicht die Aufgabe, auf der Basis einer Linksoption Kampffaktionen der Betriebe in die Wege zu leiten, sondern die einzige Aufgabe ist es, möglichst viele Sozialdemokraten aus der Sozialdemokratischen Partei heraus in die Kommunistische Partei hereinzuholen, die Sozialdemokratie sozusagen zu beerben und ihr die Kader wegzunehmen. Nun ist die Situation so gewesen, daß jeder, der aus der Sozialdemokratie zur KPÖ übergetreten ist, in demselben Augenblick von der Arbeiterschaft isoliert war, in keiner Versammlung mehr sprechen konnte, zu keinem Betrieb mehr Zutritt gehabt hat, d.h. in einer Situation wo die Fragen des Kampfes gegen den Faschismus auf der Tagesordnung gestanden ist, faktisch zur Inaktivität, zur völligen Passivität, zur reinen Deklaration außerhalb jeder Aktionsmöglichkeit verurteilt war. Es hat damals schon in der Kommunistischen Partei und in der Führung der KPÖ

Verschiedenheiten in der Einstellung gegeben. Ich erinnere mich zum Beispiel, daß der Genosse Klahr, (mit dem wir uns später noch befassen müssen, er ist letzten Endes der Autor der theoretischen Arbeiten über die österreichische Nation), mit dem ich damals als einer der Führer der Linksopposition Kontakt hatte, unseren Standpunkt vertrat als wir erklärten: Wir stehen auf dem Standpunkt, daß prinzipiell die kommunistische Linie richtig ist, aber daß es in diesem Augenblick falsch wäre, der Kommunistischen Partei beizutreten, weil man dann zwar "seine eigene Seele gerettet", aber praktisch darauf verzichtet hat, den Kampf zu organisieren. Die Passivität der sozialdemokratischen Führung hat zu einer immer weitergehenden Demoralisierung der österreichischen Arbeiterschaft geführt, der Glaube an die Möglichkeit zu kämpfen ist immer mehr geschwunden. Nur bei einem kleinen Rest, vor allem bei der Jugend, in der Jungfront, bei den Sturmabteilungen des Schutzbundes, die zum größten Teil aus jungen Arbeitslosen bestanden, ist der Kampfgeist noch erhalten geblieben, während die große Masse der Arbeiterschaft immer mehr in Passivität verfallen ist, in der Überzeugung: Wir haben ohnehin schon alles verloren, die Partei hat ohnehin schon alles preisgegeben, es nützt eh nichts, es kommt ohnehin zu nichts.

Tatsächlich war es dann so, daß die Auseinandersetzung im Februar 1934 zu einem großen Fiasko der Arbeiterschaft und der Arbeiterbewegung geführt hat. Auf Grund des Vorgehens der Heimwehrlere, die die Waffenlager des Schutzbundes beschlagnahmt und zum letzten bewaffneten Streich gegen die Arbeiterschaft ausgeholt haben, war die sozialdemokratische Organisation von Linz entschlossen, sich das nicht mehr bieten zu lassen. Sie verständigte den Parteivorstand in Wien: Wenn die Polizei oder die Heimwehr kommt um im "Hotel Schiff" - das war das Waffenlager und die Schutzbundzentrale von Linz - die Waffen zu beschlagnahmen, dann schießen wir. Und tatsächlich: Am 12. Februar ist es zu diesem Eingreifen der Polizei und der Heimwehr gekommen. Die Linzer haben geschossen, das Linzer E-Werk hat abgeschaltet. In Wien hat ein Vertrauensmann der Linken, der im E-Werk die entscheidende Position hatte, veranlaßt, das E-Werk ebenfalls abzuschalten, so daß die Tramway, die Betriebe usw. ohne Strom gestanden sind. Wie hat die Sozialdemokratische Partei, wie der Gewerkschaftsbund zu dieser Situation Stellung genommen? Zunächst der Gewerkschaftsbund, d.h. der Bund der Freien Gewerkschaften. Die Zentralleitung hat in einer Sitzung mit einer Stimme Mehrheit den Generalstreik beschlossen. Wenn aber von den Betrieben die Gewerkschaftszentrale angerufen wurde: Was ist? Kein Strom. Wir haben gehört, es geht los, - Seids teppert worden?, Machts, was ihr wollt's! Das war die Antwort, die sie von den Gewerkschaften bekommen haben. Ihr könnt Euch vorstellen, wie der Generalstreik auf diese Weise organisiert wurde. Wie der größte Teil der Leitungen der Sozialdemokratischen Partei reagiert haben, möchte ich euch an einem konkreten Beispiel, das ich persönlich erlebt habe, schildern.

Im 10. Bezirk waren am 10. Februar, also 2 Tage bevor es losgegangen ist, die Führer der Linksopposition von Favoriten im Bezirkssekretariat und haben dem Bezirksparteivorstand gesagt: Wir wissen, es geht los, wir haben am Laaerberg oben die stärkste

Position, wir können in dem Moment, wo es losgeht, in den Bezirk herunter marschieren. Wir vereinbarten ein Losungswort, wenn wir das Losungswort erhalten haben, marschieren wir. Dieses Losungswort wurde vereinbart. Wie zwei Tage später die Tramway stillstand, der Strom ausfiel, da haben wir vom Laaerberg an die Bezirksleitung telefoniert. Der Bezirkssekretär war am Telefon und hat wörtlich gesagt: Laßt's mich in Ruh, das geht mich einen Dreck an, das ist die Sache des Schutzbundes. Gleichzeitig hat ein großer Teil der führenden Funktionäre des Schutzbundes die Waffenlager ausgeliefert oder ist verschwunden mitsamt den Schlüsseln des Waffenlagers oder hat - wie der Führer des Kreises West - offiziell für die Vaterländische Front aufgerufen, kurz und gut, es konnten überhaupt nur Reste des Schutzbundes in Aktion treten. Eine relativ kleine Gruppe in Ottakring, eine auch nicht sehr große Gruppe im Marx-Hof, kleinere Gruppen in Simmering und einigen anderen Bezirken. Der einzige Bezirk, der einigermaßen geschlossen aufgetreten ist, war Floridsdorf. In Favoriten waren es faktisch nur die beiden Schutzbundbataillone des Gebietes östlich der Favoritenstraße, die anderen haben keine Waffen gehabt, weil alle anderen Schutzbundkommandanten weg waren, sodaß die Leute nicht zu den Waffen konnten. Der Bezirksleiter des Favoritner Schutzbundes hatte die Waffen im Arbeiterheim der Polizei ausgeliefert. Dort, wo es am 12. Februar zum Kampf gekommen ist, kam es zum ersten Mal zu einem wirklich einheitlichen Auftreten von Sozialisten und Kommunisten. Die Kommunisten haben sich, soweit ich es beurteilen konnte, dem Schutzbund angeschlossen und sind mitgegangen. Aber unter den gegebenen Bedingungen war der Zusammenbruch unvermeidlich. Nach dem Zusammenbruch war es dann so, daß der größte Teil der linksstehenden sozialdemokratischen Funktionäre erklärten: Die Sozialdemokratie ist tot - man muß etwas Neues machen. Aber nun stellte sich heraus, daß über dieses Neue, das man machen sollte, sehr verschiedenartige Vorstellungen bestanden. Eine Reihe von sozialdemokratischen Vertrauensleuten trat der KPÖ bei. Ein großer Teil wollte aber um keinen Preis zu den Kommunisten gehen, sondern wollte eine unabhängige revolutionäre Organisation haben, Dieser Teil hat die RS, die Revolutionären Sozialisten, als Nachfolgeorganisation der Sozialdemokratie gegründet. Ein anderer Teil, vor allem eine Gruppe in Wien von hunderten sozialdemokratischen Vertrauensleuten, hat sich zu einer "Roten Front" zusammengeschlossen, und ist ebenfalls zunächst nicht der KP beigetreten. Es hat einige Monate gedauert, bis es gelungen ist, die "Rote Front" zum geschlossenen Übertritt zur KPÖ zu bewegen und schließlich ihre Eingliederung in die Kommunistische Partei durchzuführen. Ganz ohne Schwierigkeiten ist das bei den lang vorher bestehenden Differenzen und Vorurteilen natürlich nicht vor sich gegangen, und wenn auch formell die Unterschiede zwischen ehemaligen Sozialdemokraten und Altkommunisten aus der Welt geschaffen wurden, haben sie praktisch, vielfach - ich möchte sagen, bis auf den heutigen Tag, - in irgendeiner Form fortbestanden.

Nach dem Februar 1934, nach dem Zusammenbruch, nachdem die Sozialdemokratie faktisch aufhörte zu existieren, die RS auf der einen Seite, die Kommunisten auf der anderen Seite gearbeitet haben, wurden ernste Schritte in Richtung einer Einheitsfront unternommen. Schritte, die nicht wie bisher auf der

Basis erfolgt sind: Einheitsfront heißt, den anderen zu demaskieren und selbst stärker zu werden; denn das war praktisch die Einheitsfrontpolitik bis zum 7. Weltkongreß, der 1935 stattfand und wo Genosse Dimitroff dem Gedanken der ehrlichen, echten Einheitsfront Bahn gebrochen hat. Tatsache ist, daß dieser Beginn einer wirklichen, ehrlichen Einheitsfrontpolitik innerhalb der Arbeiterbewegung dazu führte, auch die Arbeiterbewegung im Kampf gegen den Faschismus auch Anziehungskraft auf Teile außerhalb der bisherigen Parteien geübt hat, und daß es in einer Reihe von Ländern zur Volksfront, d.h. zur Bildung eines Zusammenschlusses von linksbürgerlichen, sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien im Kampf gegen den Faschismus gekommen ist, der in Frankreich und in Spanien, zumindest für eine gewisse Zeit, große Erfolge erzielte. In Österreich ist es zu einer Volksfront in dieser Form nicht gekommen, obwohl es auch in der Zeit der austrofaschistischen Diktatur gewisse Kontakte mit demokratischen Gruppen innerhalb der katholischen Arbeiterbewegung gegeben hat. Diese Einheitsfront hat auch ihren Ausdruck in der Schaffung einer gemeinsamen Organisation gefunden. So wurde ein gemeinsamer illegaler Gewerkschaftsbund, ein illegaler Schutzbund geschaffen. Zweifellos hat das Erlebnis des 12. Februar 1934, die Konsequenzen, die auf dem 7. Weltkongreß gezogen wurden, dazu beigetragen, Voraussetzungen für ein besseres Verständnis innerhalb der antifaschistischen und innerhalb der Arbeiterbewegung zu schaffen.

Eine Frage von großer Bedeutung, die ich noch knapp streifen möchte ist, daß in dieser Zeit, wie ich schon erwähnt habe, von der Kommunistischen Partei die nationale Frage aufgerollt wurde. Eine Frage, die gerade für Österreich in der damaligen Zeit eine enorme Rolle spielte, weil der Deutschnationalismus in Österreich zum gefährlichsten Verbündeten des Nationalsozialismus, des Faschismus wurde. Der Nachweis, den Genosse Klahr führte, daß die Österreicher trotz gemeinsamer Sprache mit den Deutschen, eine eigene Nation sind, daß es verschiedene Nationen gibt, die dieselbe Sprache haben, hat wesentlich dazu beigetragen, die Voraussetzungen für einen Aktiven Widerstand gegen den Nationalsozialismus zu schaffen.

Daß bei der selben Sprache verschiedene Nationen bestehen können und bestehen, möchte ich nur an einigen wenigen Beispielen zeigen: Engländer und Amerikaner: wenn man den Engländern sagt, daß sie Amerikaner sind oder umgekehrt, dann wird man etwas erleben. Oder nehmen wir Norweger und Dänen. Sie haben dieselbe Sprache. Bis zu Beginn des Jahrhunderts hat das Norwegische als dänische Mundart gegolten. Trotzdem haben sie sich als verschiedene Nationen konstituiert. Oder nehmen wir Serben und Kroaten: weitestgehend dieselbe Sprache, aber auf Grund einer anderen historischen Entwicklung zwei verschiedene Nationen. Diese Klarstellung der nationalen Frage hat sehr viel geholfen im Kampf gegen den Faschismus. Er war aber einer der trennenden Punkte zwischen den Kommunisten und der Revolutionären Sozialisten. Die RS und ihre Emigrationsleitung ist fast bis zum Ende des Weltkrieges auf dem Standpunkt gestanden, daß die Österreicher Deutsche sind, daß die Lösung der österreichischen Frage nur in einer gesamtdeutschen Revolution erfolgen kann und daß ein öster-

reichisches Nationalbewußtsein die Züchtung einer Kirchturm-  
politik bedeutet und auf das schärfste abgelehnt werden muß,  
als unmarxistisch, konterrevolutionär und ich weiß nicht was.  
In dieser Frage ist erst gegen Ende des Weltkrieges eine  
Änderung eingetreten.

Walter Fischer

Protokoll Nr. 3 b  
Referat - Josef Meisel

I. TEIL - (2. Weltkrieg - Zerschlagung des Faschismus -  
Befreiung 1945)

Darüber sprach im Rahmen der Sommerakademie der F Ö J  
(Juli - August 1970) Josef Meisel, ehemaliges Mitglied  
des Zentralkomitees der KPÖ.



## 2. Weltkrieg - Zerschlagung des Faschismus - Befreiung 1945

---

Ich versuche auf einige Fragen der damaligen Periode einzugehen, die für die Linke heute zur Klärung mancher historischer Ursachen von besonderen Entwicklungsschwierigkeiten der linken Bewegung in Österreich nach dem 2. Weltkrieg notwendig ist.

Es hat in der Periode 1934 bis 1938 eine Zeit gegeben, in welcher es zu einer echten Einheitsfront zwischen Sozialisten und Kommunisten gekommen ist. Das war die Periode bis 1935/36, wo ein echtes Einheitsfrontverhältnis zwischen der Führung der KP und der Führung der Revolutionären Sozialisten bestanden hat. Nachher waren nur mehr wenige Ansätze zur Einheitsfront vorhanden. Das ist nicht ohne Bedeutung, weil mit Recht heute die Frage gestellt werden muss, wie war es möglich, dass in Österreich der Hitlerfaschismus das Land okkupieren konnte, ohne dass ein Schuss Gegenwehr geleistet worden ist und wie ist es erklärlich, dass in der Periode von 1938 bis 1945 es nicht möglich war, eine wirkliche Massenbewegung, einen Massenkampf im Widerstand gegen den Hitlerfaschismus zur Beendigung des Krieges zustandezubringen? Es wird mit Recht oft die Frage gestellt, wie kann erklärt werden, dass in Frankreich, in Italien oder in anderen Ländern die KP die starke Arbeiterpartei ist und bei uns in Österreich sich die KPÖ in einer solchen Isolierung befindet und bis zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken ist. Das hängt nicht nur mit der Politik der KPÖ in letzter Zeit zusammen und auch nicht mit den Besonderheiten (Hindels) der Gründung. Natürlich spielt dies eine gewisse Rolle, aber es gab in Österreich spezifische Bedingungen, die man versuchen muss, einigermaßen zu erklären und verständlich zu machen.

In dieser schwierigen geschichtlichen Periode Österreichs, nach der Besetzung durch den Hitlerfaschismus, rächte sich bitter die falsche Orientierung der österreichischen Linken, die Uneinigkeit und Zerrissenheit, grossdeutsche und sogar antsemitische Auffassungen, denen nicht oder nur ungenügend entgegengewirkt wurde.

Es hat wohl bestimmte Verbindungen zwischen den Gruppen der beiden Parteien und auch fallweise einheitliche Aktionen gegeben. Es gab unmittelbar vor der Besetzung Österreichs noch Kontaktgespräche, sogar auf höchster Ebene, den Widerstand gegen die Bedrohung des Hitlerfaschismus auf eine breitere Grundlage zu stellen usw., aber eine echte Einheitsfront kam nicht zustande.

Warum war es in Österreich nicht möglich, einen breiteren Widerstandskampf zu organisieren? Wir behaupten immer, dass nach dem Februar 1934 die KPÖ zur Massenpartei der österreichischen Arbeiterklasse wurde und die Sozialdemokratische Partei an Bedeutung verlor. Mir erscheint dies sehr problematisch. Vom Gesichtspunkt der Aktivität nach aussen hin, scheint dies richtig zu sein und scheint uns, die wir damals diese Auffassungen vertreten haben, Recht zu geben. Aber in Wirklichkeit war es offenkundig so, dass

der ideologische Einfluss der von der Sozialdemokratischen Partei nachgewirkt hat, nach wie vor der entscheidende Einfluss in der Arbeiterschaft war und der Einfluss der Kommunisten sich doch nur auf einige Teile der Arbeiterfunktionäre beschränkte - allerdings des aktivsten und bewusstesten Teils. Natürlich hat es nicht wenige SPÖ-Funktionäre gegeben, die zur NSDAP gegangen sind, aber man darf nicht vergessen, dass die Nazi ja auch illegal waren und schon deshalb ein Massenzustrom von ehemaligen Sozialdemokraten und Schutzbündlern zur NSDAP und zur SA kaum möglich gewesen wäre.

Tatsache ist, dass damals das Gros der aktiven Schutzbündler, der Funktionäre und ein beträchtlicher Teil von sozialdemokratischen Vertrauensleuten zur KPÖ gestossen sind, obwohl dies auch unterschiedlich war. In Wien wahrscheinlich anders als in manchen Teilen der Steiermark usw. Trotzdem war es dann so, obwohl sich die Rote Front mit der KP vereinigte, dass es der SP möglich war, die Revolutionären Sozialisten zu gründen, die sich vielleicht doch nicht so konsolidieren konnten wie die KP, die schon mehr als zwei Jahrzehnte bestanden hat. Immerhin verfügten sie doch über eine Organisation, eine eigene Zeitung, die AZ usw., sodass die Revolutionären Sozialisten zu einer echten Kraft wurden, die allerdings nicht imstande war, die grosse Masse der passiven Sozialdemokraten zu erfassen. Deshalb glaube ich, dass es problematisch ist, wenn wir gesagt haben und heute noch sagen, dass die KP damals zu der Partei der österreichischen Arbeiterklasse geworden ist.

Anders wäre es nicht erklärlich, dass dann letzten Endes die KP in der Periode nach 1938 nicht imstande war, die Arbeitermasse wirklich in Bewegung zu bringen. Wir waren zwar die einzige Partei, die 1938 ein klares Bekenntnis zu Österreich und zum Wiedererstehen eines unabhängigen Österreichs abgegeben hat. Das war vor allem durch unsere Haltung in der nationalen Frage begründet - durch die Erkenntnis, welche wir uns damals bereits erarbeitet haben und die zur Grundlage unserer Politik wurde - dass Österreich eine eigene Nation und nicht ein Teil der deutschen Nation ist. Mit dieser Auffassung sind wir Kommunisten allerdings isoliert geblieben und im Verlaufe des Widerstandkampfes hat sich gezeigt, dass eigentlich nur kleine Gruppen, Monarchisten - welche nicht sehr stark waren - und katholische Kreise, sich diesen Gedanken eines selbständigen, unabhängigen Österreichs, zu eigen machten. Das ist daher so bedeutungsvoll, weil daraus ersichtlich wird, wie sehr die falsche Orientierung der Vergangenheit, dass Österreich eben ein Teil Deutschlands ist, war und wie schädlich sich jetzt diese Theorie auszuwirken begann.

Übrigens eine Orientierung, welche alle Parteien der 1. Republik und nicht zuletzt auch die KPÖ erfasst hat. Wir haben uns ja nicht durch Zufall KP Deutsch-Österreich genannt, haben sogar die Losung "Anschluss eines Sowjetösterreichs an Sowjetdeutschland" gehabt. Allerdings haben wir dann nach 1934/35, auf Grund der Erkenntnisse der nationalen Frage, uns eine Grundlage erarbeitet, die es uns

ermöglichte, eine richtige Haltung einzunehmen und diese Haltung hat sich letzten Endes auch durchgesetzt. In der SPÖ hat diese falsche Einstellung zur nationalen Frage bis zum Ende des 2. Weltkrieges angedauert. Einige führende Exponenten der Sozialdemokratie sind aus der Emigration noch mit der Auffassung zurückgekommen, dass es ein Unsinn ist von einem selbständigen Österreich zu reden oder zu träumen. Vor allem Oskar Pollak und Czernetz waren Hauptvertreter solcher Auffassungen. Und damit wurde auch der Kampf der österreichischen Linken gegen den Hitlerfaschismus, für ein selbständiges Österreich, unerhört erschwert.

Diese unterschiedlichen Auffassungen in der Grundorientierung hat nicht nur in der nationalen Frage ihren Ausdruck gefunden, sondern auch in anderen, entscheidenderen Problemen, z. B. in der Einschätzung des Faschismus. Das war ein Problem, mit dem sich die Arbeiterbewegung jahrzehntelang herumschlug. Wie soll man den Faschismus überhaupt einschätzen? Was ist der Faschismus eigentlich? Welche gesellschaftliche Erscheinung bringt er zum Ausdruck? Otto Bauer beispielsweise vertrat zeitweise die Auffassung, dass es sich beim Faschismus um die Klassenherrschaft des Kleinbürgertums handelt. Aus einer solchen Auffassung ergeben sich aber dann entsprechende politische Schlussfolgerungen. Es gab damals Auffassungen - bis in die kommunistische Weltbewegung hinein - dass es sich beim Faschismus um eine Herrschaftsform des Bonapartismus handelt, d.h. ein Herrschaftssystem, das über den Klassen steht. Es ist klar, dass sich daraus keine Erleichterung, sondern eine unerhörte Komplizierung im Kampf gegen den Faschismus ergab. Bis dann, meiner Meinung nach, die richtige Einschätzung der Klassenherrschaft des Faschismus durch die Deklaration des VII. Weltkongresses der "KOM INTERN" gegeben wurde, wo klar herausgearbeitet wurde, dass es sich um die Klassenherrschaft des reaktionärsten Teiles der Grossbourgeoisie handelt. Diese Erkenntnis ist ausserordentlich wichtig gewesen für den Kampf, den wir führten. Dadurch, dass wir uns nicht die richtige Erkenntnis über den Klassencharakter des Faschismus erarbeiteten und auch nicht richtig erkannten, mit welcher Demagogie der Faschismus seine Herrschaft ausübt, sind wir auch zu falschen Schlussfolgerungen in bezug auf seine Massenbasis gelangt. Wir haben nicht erkannt, dass es dem Faschismus, besonders dem deutschen Faschismus, gelungen ist, eine wirklich breite Basis zu schaffen, die wesentlich für den langen Bestand seiner Herrschaft war.

Grosse Schwierigkeiten ergaben sich in der Einschätzung des Charakters des Krieges. Es war eine schwierige, komplizierte Situation und wir mussten im Verlaufe des Krieges einige Male unsere Einschätzungen ändern, weil sich auch im Charakter des Krieges Veränderungen ergaben. Es gab z.B. Auseinandersetzungen zwischen Sozialisten und Kommunisten, als es 1939 zur Kriegserklärung kam und die Frage gestellt wurde, um welchen Krieg es sich dabei handelt. Ist dies ein imperialistischer Krieg, der vom deutschen Faschismus zur Neuaufteilung der Welt begonnen wurde und der erst scheinbar gegen die imperialistischen Westmächte gerichtet war?

War es also vom Anfang an ein imperialistischer Krieg? Oder hat der Krieg bereits von Anfang an einen antifaschistischen Charakter gehabt? Ist es unrichtig davon zu sprechen, wie wir es dann später taten, dass erst mit dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion im Jahre 1941 diese Wandlung des Charakters des Krieges erfolgt ist. Dass erst ab diesem Zeitpunkt davon gesprochen werden kann, dass es sich um einen antifaschistischen oder nationalen Befreiungskrieg handeln kann. All diese Fragen haben damals eine ungeheure Rolle gespielt und haben sicherlich mit dazu beigetragen, die Unklarheiten zwischen den Linken zu verstärken und die Verständigungsmöglichkeiten zu erschweren. Dazu kommt die besondere Problematik, die sich aus der Haltung gegenüber der SU ergeben hat. Es war schon immer eines der grossen Probleme der Arbeiterbewegung nach der Oktoberrevolution, welche Haltung soll man zur SU einnehmen? Dies hat bereits in der Zeit der 1. Republik mit der Sozialdemokratischen Partei eine grosse Rolle gespielt. Es ist klar, dass dies ab 1935/36 durch die Erscheinungen, die es in der SU gab, nicht erleichtert wurde. Besonders die grossen Prozesse gegen führende Funktionäre der KPdSU, gegen Menschen, die einen bedeutenden Ruf und grosses Ansehen in der internationalen Arbeiterbewegung hatten, wie Bucharin, Sinowjew u.a. Die engsten Mitarbeiter Lenins, die auf einmal als Volksverräter angeklagt und als schuldig befunden, zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden. Das hat eine ungeheure Wirkung in der internationalen Arbeiterbewegung - auch auf jeden einzelnen Kommunisten - gehabt und jeder einzelne von uns hat sich gefragt, wie das möglich ist, wie so etwas erklärt werden kann. Natürlich ist damit die Haltung zur SU nicht gestärkt worden, sondern die Unsicherheit wurde grösser. Noch schlimmer war es dann später, im Verlaufe der weiteren Entwicklung, als es bekanntlich zum Abschluss eines Faktes zwischen SU und Hitlerdeutschland kam, der wie ein Schock auf uns alle wirkte. Faktisch wurde damals festgelegt, aber nicht offiziell bekanntgegeben, dass zwischen Deutschland und der SU die Teilung Polens und des Baltikums vereinbart wurde. Damals waren wir Kommunisten vollkommen durcheinander. Jene, welche keine Kommunisten waren und eine skeptische Haltung gegenüber der SU einnahmen, wurden natürlich in ihren Auffassungen bestärkt. Dadurch wurde die Unsicherheit über den Charakter des Krieges wieder mit aller Heftigkeit aufgerollt und noch schlimmer war es dann, als Erklärungen abgegeben wurden, die für uns überhaupt nicht verständlich waren, z.B. eine Rede Molotow's, in welcher er davon sprach, dass es bei dem Vertrag um Vereinbarungen zwischen zwei proletarischen Staaten geht, die gemeinsame Interessen haben. Wie konnte man das in Einklang bringen mit unserer Einschätzung des Hitlerfaschismus? Und mit der Notwendigkeit des Kampfes gegen den Faschismus bis zu seiner Niederlage? Es haben sich also äusserst komplizierte Situationen ergeben, in denen es nicht leicht war, sich zurechtzufinden. Es wurde auch nicht leichter als Hitlerdeutschland die SU überfiel.

Die ungeheuren Rückschläge 1941/42, der Blitzeinmarsch der Hitlertruppen, die innerhalb weniger Wochen tief in die SU einbrachen, ohne auf einen wirklichen Widerstand zu stossen. Damals fragte man sich natürlich, ob es richtig war, solche Leute wie Tuchaschewski u.a. 1936/37 zu verurteilen und hinzurichten. Ob die ganze Politik der SU richtig war usw. Mit einem Wort, eine unerhört schwierige Situation, die natürlich nicht dazu beitrug, die Meinungsverschiedenheiten, die über die Möglichkeiten und Notwendigkeiten des Widerstandskampfes bestanden, zu klären.

Heute klingt eine solche Frage: ob es überhaupt richtig ist, einen Widerstandskampf zu organisieren, eine illegale Organisation zu bilden, einfach unverständlich. Aber damals war dies keine solche Selbstverständlichkeit.

Die Kommunisten haben sofort nach der Besetzung Österreichs die Losung ausgegeben, sich auf den illegalen Kampf zu orientieren und den Kampf so lange zu führen, bis er zur Niederlage des Faschismus und zum Wiedererstehen eines unabhängigen, freien Österreichs führt. Die Revolutionären Sozialisten haben eine andere Losung ausgegeben, und zwar, dass man die Organisation liquidieren muss und dass es unrichtig wäre, einen aktiven Widerstandskampf zu leisten, der nur unnötige Opfer mit sich bringt und dass man abwarten muss, wie die weitere Entwicklung vor sich geht. Wir haben damals natürlich auch entsprechende Schlussfolgerungen in bezug auf die ganze Tätigkeit der Partei zu ziehen begonnen. Wir haben in der damaligen Periode anhand bitterer Erfahrungen aufgehört, eine zentralistisch geführte Partei im Land aufrechtzuerhalten. Wir versuchten die bestehenden Gruppen nur einzeln zusammenzufassen und untereinander keine direkte Verbindung aufrechtzuerhalten, da es sich im Verlaufe der Zeit zeigte, dass es der Gestapo damit immer wieder möglich war, grössere Teile der illegalen Organisation aufzurollen und zu zerschlagen. Für uns war es eine Selbstverständlichkeit, dass unsere Orientierung darauf ausgerichtet sein müsste, den Widerstandskampf aufrechtzuerhalten und zu forcieren. Das führte dazu, dass die KP im Verlaufe dieser Periode unerhörte Opfer zu verzeichnen hatte. Es wäre unrichtig die Dinge so darzustellen, dass andere politische Orientierungen und Kräfte nichts für den Widerstandskampf geleistet haben oder keine Opfer gebracht haben. Aber als Partei haben wir ohne Zweifel die grössten Opfer zu verzeichnen, zumindest in der Relation zu anderen Parteien. Ich glaube, dass es auch richtig war, dass wir eine solche Haltung im Widerstandskampf eingenommen haben. Es taucht natürlich die Frage auf, ob es richtig war, in einer solchen Periode, wie sie 1938 bis 1945 bestand, unter solch schwierigen Bedingungen, eine solche Orientierung beizubehalten oder ob es richtiger gewesen wäre, eine sogenannte Politik des Kadenschutzes zu machen, sich für die Zeit nach der Beendigung des Krieges und nach der Herrschaft des Faschismus, zu erhalten und abzuwarten. Solche Diskussionen gab es, solche Meinungsverschiedenheiten sind ganz offiziell vorhanden gewesen, nicht nur mit den SP-lern, sondern auch innerhalb der

kommunistischen Bewegung. Beispielsweise hatten wir während des Krieges eine solche Diskussion in Frankreich, als wir daran gingen den Widerstandskampf zu organisieren. Leitende Genossen der Kommunistischen Partei Deutschlands haben es damals abgelehnt sich am Kampf zu beteiligen, mit der Begründung, dass es die Hauptaufgabe ist die Kader aufzuheben für die Zeit nach der Niederlage des Faschismus, um nicht unnötige Opfer zu bringen. Mit einer solchen Haltung stünde auch zwangsläufig die Frage, ob es richtig war sich am Widerstandskampf des spanischen Volkes in den Interbrigaden zu beteiligen. Es haben bekanntlich ungefähr 2000 Österreicher in den Interbrigaden gekämpft. Wir hatten dabei sehr grosse Verluste zu verzeichnen. Das gleiche gilt auch für die Teilnahme der Österreicher in Jugoslawien usw.

Ähnlich problematisch und bis heute eigentlich nie diskutiert und geklärt, ist unsere Haltung während des Krieges, als wir unmittelbar nach der Niederlage Hitlers vor Stalingrad begonnen haben, aus der Widerstandsbewegung in Frankreich und Belgien dutzende Genossen, getarnt als französische Freiwillige, nach Österreich einzuschleusen, die die Aufgabe hatten, eine illegale Organisation aufzubauen. Diese Organisation sollte im Zuge des Zusammenbruchs des Hitlerfaschismus entsprechend reagieren. Es zeigte sich bald, dass die Einschätzung der Lebensdauer des deutschen Faschismus, trotz Stalingrad und laufenden Niederlagen, unrichtig war, dass die zentralistisch aufgebaute und geführte illegale Organisation sich nicht bewähren konnte -- hunderte Verhaftungen und Hinrichtungen erfolgten -- und nur ein Teil der eingesetzten Funktionäre überlebte. Es hat keinen Sinn über diese Dinge einen Mantel des Schweigens zu breiten. Solche Dinge müssen offen aufgerollt und diskutiert werden, weil sie sonst eine ständige Belastung der Linken darstellen und eine Verständigung erschweren. Das gilt auch für die Verhaftungen von Österreichern in der SU, im Zusammenhang mit den Prozessen 1936 bis 1938 und während des Krieges. Auch darüber gab es bis jetzt ein Tabu, das nicht aufrechterhalten werden darf.

Gerade die österreichischen Kommunisten haben alle Ursache mit Stolz und Genugtuung auf diese Periode ihrer Geschichte zurückblicken zu können und brauchen deshalb nicht der Meinung sein, nicht auch jene Dinge aufzurollen, die vielleicht einen Stein des Anstosses darstellen könnten und die eine Erschwernis für die Verständigung unter den linken Kräften in Österreich bilden könnten.

Das gilt auch für die Dinge, die es im Zusammenhang mit der Befreiung 1945 und in der Periode unmittelbar nachher gegeben hat -- Warum soll man nicht offen aussprechen, dass die Nominierung Renner's 1945 nicht nur ohne Zustimmung, sondern eigentlich gegen den Willen der Führung der KPÖ war?

Warum sollen wir uns nicht offen von manchen Begleiterscheinungen der Befreiung und in der späteren Periode distanzieren, die sicherlich nicht dazu beitrugen, das Ansehen der Kommunisten zu stärken? Es gäbe noch eine Reihe Probleme, doch reicht die Zeit nicht aus, sie in diesem Rahmen aufzurollen und zu diskutieren.

Josef Meisel

Protokoll Nr. 3 c  
Referat - Hella Altmann

I. Teil - ( Die ersten Jahre der 2. Republik bis 1949 )

Darüber sprach im Rahmen der Sommerakademie der FÖJ (Juli-August 1970) Hella Altmann, ehem. Mitglied des Zentralkomitees der KPÖ.



## Die ersten Jahre der 2. Republik bis 1949

---

### Die Situation 1945

---

Der Faschismus war militärisch zerschlagen, ebenso der staatliche Machtapparat, viele Betriebe, der österreichische Kapitalismus waren zerbrochen. Die großen Betriebe wie VÖEST, DONAWITZ und andere waren praktisch anfangs herrenlos. Auf Beschluß der Potsdamer Konferenz wurden sie als deutsches Eigentum erklärt. Die Menschen waren kriegsmüde, viele Nationalsozialisten enttäuscht. Illegale Nationalsozialisten haben die Fremdherrschaft unter Hitler kennengelernt und abgelehnt. Die durch ihr Verhalten belasteten Nationalsozialisten und Kriegsverbrecher waren versteckt oder nach dem Westen geflüchtet. Es war eine günstige Situation für den Aufbau und die Entwicklung einer demokratischen, fortschrittlichen österreichischen Republik. Allerdings fehlten dazu zwei Faktoren: Eine breite Widerstandsbewegung gegen den Hitlerfaschismus in Österreich und genügend kommunistische Kader.

### Die Provisorische Regierung.

---

Österreich wurde in vier Besatzungszonen geteilt. In Niederösterreich, Burgenland und dem Mühlviertel (Teil Oberösterreichs) war die Rote Armee, in der Steiermark und in Kärnten die britische Armee, in Oberösterreich (ohne Mühlviertel) und Salzburg die amerikanische Armee, in Tirol und Vorarlberg die französische Armee. Wien wurde von einer alliierten Kommandantur aller vier Besatzungsmächte besetzt. Über diese Teilung wurde allerdings erst am 9. Juli 1945 ein Abkommen erzielt. Entscheidend für die Bildung der provisorischen Regierung war unter anderem, daß zur Zeit ihrer Bildung die sowjetische Besatzungsmacht in ganz Wien wirkte. Das bedeutete, daß sich die Regierungsbildung praktisch in Wien abspielte, daß die sowjetische Kommandantur bei der Bildung Wesentliches mitzureden hatte, somit auch Moskau und Stalin. Zum übrigen Teil Österreichs, bestand für Österreicher nur eine unzureichende oder gar keine Verbindung.

Grundsätzlich war die Art der Regierung bereits durch die "Moskauer Deklaration" und die Krimkonferenz festgelegt. Im Oktober 1943 kamen in Moskau die Generalstäbe und Außenminister der SU, USA und GB zusammen. Der Zweck war eine militärische Beratung und die Absicht, in Österreich eine Widerstandsbewegung zu entfachen.

Die Moskauer Deklaration besagt im Wesentlichen:

- "Die Regierungen der SU, USA und GB kommen überein, daß Österreich, das erste freie Land, das der Hitler-Aggression zum Opfer gefallen ist, von der Deutschen Herrschaft befreit werden muß ..."
- Sie geben dem Wunsch Ausdruck, ein freies und unabhängiges Österreich wiederhergestellt zu sehen und dadurch dem österreichischen Volk selbst die Möglichkeit zu geben, diejenige wirtschaftliche und politische Sicherheit zu finden, die die einzige Grundlage eines dauerhaften Friedens ist.

"Österreich wird jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß es für die Beteiligung am Kriege auf Seiten Hitler Deutschlands die Verantwortung trägt, der es nicht entgehen kann und daß bei der endgültigen Regelung unvermeidlich sein eigener Beitrag zu seiner Befreiung berücksichtigt werden wird."

Die Krimkonferenz fand im Feber 1945 auf Jalta statt. An ihr nahmen teil: Stalin als Vorsitzender des Ministerrates, der amerikanische Präsident Roosevelt und der englische Ministerpräsident Churchill. In einer Verlautbarung darüber heißt es:

"...provisorische Regierungsbehörden zu bilden, die auf breiter Grundlage alle demokratischen Elemente der Bevölkerung vertreten und die verpflichtet sind, so bald als möglich auf Grund freier Wahlen eine dem Willen des Volkes entsprechende Regierung zu schaffen;"

In einem Manifest der KPÖ vom 10. Juni 1944 beschlossen auf einer illegalen Konferenz der Kommunisten Österreichs wird erklärt, die Konferenz stehe auf dem Boden der Moskauer Deklaration. Zur Bildung einer österreichischen Regierung wird im Manifest gesagt, daß im Zusammenwirken der österreichischen Freiheitskämpfer mit den Befreiungsarmeen, die den militärischen Machtapparat Hitlerdeutschlands zertrümmern, Österreich wiedererstehen und eine provisorische Regierung der freien, demokratischen Volksrepublik gebildet wird auf breitester demokratischer Grundlage.

Was geschah ?

Als die Rote Armee ins südliche Niederösterreich einzog, erkannte Dr. Karl Renner sofort die Chance für sich und die Sozialistische Partei. Es ist - entgegen anderen Versionen - erwiesen, daß Dr. Renner, der in Gloggnitz wohnte, den sowjetischen Truppen entgegen gegangen ist, sich der Roten Armee zur Verfügung stellte, und sich als letzter Präsident des ordentlich gewählten Palaments angeboten hat, die Regierung zu bilden. Die Sowjetische Besatzungsmacht hat ihm diesen Auftrag erteilt. Dr. Renner war hochaktiv, ehe noch führende Männer der Kommunistischen Partei Österreichs österreichischen Boden betreten hatten. So kamen zum Beispiel Johann Koplenig und Ernst Fischer aus der Sowjetunion nach Österreich, ohne über die augenblickliche Situation informiert zu sein. Während Dr. Renner bereits in Wr. Neustadt auf der Kommandantur die Regierungsbildung konkret vorbereitete, wußten sie nichts vom Auftrag der sowjetischen Besatzungsmacht an Dr. Renner, die österreichische Provisorische Regierung zu bilden.

Noch ehe Dr. Renner den ersten Kontakt zu den kommunistischen Funktionären aufnahm, schrieb er bereits am 17. April einen Brief an Dr. Schärf und an den ÖVP-Mann Kollmann, worin er mitteilte, daß er durch die Rote Armee mit Moskau in Verbindung getreten ist und sich bereithalte, die zweite Republik Österreichs zu organisieren. Dr. Renner sandte etwas später einen Proklamationsentwurf für die österreichische Regierung an Dr. Schärf, worin er Dr. Schärf mitteilte, daß er einen Kommunisten ins Kabinett und einen Kommunisten als Verbindungsmann genommen habe, womit er glaubte, in dieser Richtung

genug getan zu haben. Erst später kam es zum ersten Kontaktgespräch mit den Kommunisten. Dieser Plan Dr. Renners scheiterte an der Zustimmung der russischen Kommandantur. Die Parteienvereinbarungen ergaben schließlich folgende Zusammensetzung der Regierung:

Einen Politischen Kabinetttstab mit Staatskanzler Dr. Renner und je einem Vertreter der drei demokratischen Parteien als Stellvertreter und 10 Staatssekretäre (Ministerrang) davon 2 SPÖ, 4 ÖVP, 2 KPÖ und zwei Parteilose.

Ihnen waren zugeordnet jeweils Vertreter der anderen demokratischen Parteien und zwar insgesamt 8 SPÖ, 11 ÖVP, 7 KPÖ und ein Beamter.

Außer im politischen Kabinettt, wo die Sozialisten die stärkere Position hatten, ergab sich ein Übergewicht der ÖVP. Dafür revanchierten sich die ÖVPLer mit einer engen Zusammenarbeit mit den Sozialisten, was immer wieder zu sachlichen Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen mit den Kommunisten führte. \*)

Diese Zusammensetzung der Regierung mit Dr. Renner als Staatskanzler hat zu einer reaktionären Entwicklung unserer Republik geführt, als unter den gegebenen objektiven Verhältnissen möglich gewesen wäre.

Die Kommunistische Partei hat ihre Bedenken, Dr. Renner zum Staatskanzler zu machen, Moskau bekanntgegeben.

Sie erhielt von Stalin als Antwort: "Man kann ihm vertrauen." Das war ein Vertrauensbeweis für Dr. Renner von Stalin persönlich. Damit war an Dr. Renner als Staatskanzler nicht mehr zu rütteln, da die Westmächte selbstverständlich für Dr. Renner waren. Nur die SU hätte die Wahl Dr. Renners verhindern können, wenn sie sich auf seine Haltung während der Hitlerzeit gestützt hätte.

Eine kommunistische Regierung hätte allerdings auch nicht gebildet werden können, da sie am Einspruch der drei Westmächte gescheitert wäre. Die Rote Armee war an die Vereinbarungen von Moskau und Jalta gebunden. Eine kommunistische Regierung trotzdem in der russischen Zone zu bilden, hätte zur Zerreißung Österreichs geführt. Aber es hätte meiner Meinung nach die Möglichkeit gegeben, z.B. einen Mann wie Professor Dobretsberger zum Staatskanzler zu machen, einen fähigen, demokratischen, fortschrittlichen Politiker. Unter seiner Leitung wäre es sicher möglich gewesen, die Zusammenarbeit von Arbeitern, Angestellten, Bauern, Handwerkern und Intellektuellen zu organisieren auf wirklich demokratischer Grundlage und Mitbestimmung. Professor Dobretsberger war zur in Betracht kommenden Zeit in Kairo, seine Rückkehr nach Österreich hätte von der SU durchgesetzt werden müssen.

Am 29. April konstituierte sich die Provisorische Regierung im Rathaus und zog dann über den Ring zum Parlament, umjubelt von der Bevölkerung. Ihre Wirksamkeit erstreckte sich aber nur auf das Gebiet der russischen Besatzungsmacht. Die westlichen Besatzungsmächte anerkannten die Re-

---

\*) Wir verwenden einfachheitshalber die jetzige Bezeichnung der Parteien SPÖ und ÖVP, obwohl zur Zeit der Regierungsbildung sie noch andere Bezeichnungen trugen.

rung nicht und bildeten eigene Militärregierungen in ihren Zonen. Die sowjetische Besatzungsmacht ließ die Regierung gewähren, ließ die von ihr gemachten Gesetze - mit ganz wenigen Ausnahmen - gelten. Ähnliches galt auch für die Landesregierungen. In Wien und Niederösterreich bildeten sich bereits im Mai selbständige Landesregierungen. In der Steiermark billigte die britische Militärregierung erst im August die Bildung einer provisorischen Landesregierung, in Kärnten im Juli; in Oberösterreich im Oktober, im Juli in Salzburg, in Tirol und Vorarlberg wurden die provisorischen Landesverwaltungen im Mai von den Besatzungstruppen "bestellt".

Die österreichische Provisorische Regierung wurde durch eine Länderkonferenz am 27. 9. in Wien erweitert. Erst am 20. Oktober fand sie die Anerkennung durch die vier Hochkommissare. Somit wurde die provisorische Regierung ermächtigt, Gesetze zu beschließen, die sich auf ganz Österreich anwenden ließen, vorausgesetzt, daß sie vorher dem alliierten Rat zur Zustimmung unterbreitet wurden. Das freie Gesetzgebungsrecht, das die provisorische Regierung in der Russenzone besessen hatte, wurde hiemit beseitigt. Die Regierung Renner war eine sehr autoritäre Regierung. Die Regierungssitzungen waren geheim, es gab keinerlei öffentliche Kontrolle. Renner plante anfangs ein Parlament einzuberufen auf der Basis von 1933. Die Kommunisten sollten die Mandate der Großdeutschen bekommen, das heißt, keinen Einfluß auf das parlamentarische Geschehen haben. Der Fehler war, daß es überhaupt keine Institutionen gegeben hat, die zu den Maßnahmen der Regierung hätte Stellung nehmen können. Erst im August 1945 hat eine kommunistische Konferenz in Wien vorgeschlagen, einen Zentralrat der drei demokratischen Parteien zu bilden, der über Regierungsmaßnahmen beraten, sie kontrollieren, sie unterstützen sollte. In ihm sollten alle Volksschichten vertreten sein. Eine solche oder ähnliche Institution hätte in die Tätigkeit der Regierung Einblick bekommen und sie vor die Öffentlichkeit gebracht. Im August 1945 aber waren die Parteien bereits fest organisiert, die Regierungsgewalt fest in den Händen der Sozialisten und ÖVP und daher eine solche Institution nicht mehr durchsetzbar. Die Kommunisten in der Regierung kämpften oft schwer gegen gemeinsame Beschlüsse der SPÖ und ÖVP, die ihr für die österreichische Bevölkerung oder für die Arbeiterklasse nicht gut erschienen an. Aber das blieb im Rahmen der Regierungssitzungen und in der Tätigkeit der Staatsämter. In die Öffentlichkeit wurden die Auseinandersetzungen nicht hinausgetragen und blieben daher unbekannt. So beschränkten sich die Erfahrungen der Volksmassen auf äußere Umstände oder lokale Erfahrungen mit Kommunisten, die sehr positiv waren, manchmal jedoch auch negativ.

Ein großes innerpolitisches Problem war, daß ein sozialistisches Land im Krieg sich als Besatzungsmacht installierte. Alles, was eine russische Kommandantur oder auch nur einzelne russische Soldaten schlecht machten, wurde - gestützt von heftiger Antikommunisten-Hetze - dem sozialistischen Land und der mit ihm sympathisierenden KPÖ angelastet. Daß die deutsche Wehrmacht, in der auch Österreicher dienten, in der SU schwerste Verbrechen begangen haben, wurde von der österreichischen Bevölkerung nicht akzeptiert.

Die Tatsache, daß von den in der SU kriegsgefangenen Österreichern keine Post kam und nur wenige Kriegsgefangene während der Zeit der

provisorischen Regierung aus der russischen Gefangenschaft nach Hause kamen, trug ihr Teil zu antikommunistischen Stimmungen bei. Dazu kamen nach dem Potsdamer Abkommen vom August 1945, daß in Betrieben, die deutsches Eigentum waren, Maschinen von den Russen abmontiert wurden. Die Arbeiter sahen die Abmontierung ihres Arbeitsplatzes durch die Russen als eine gegen sie gerichtete Maßnahme an.

Die österreichische Bevölkerung erwartete von den Kommunisten, daß sie gegen solche Maßnahmen, gegen Übergriffe von Kommandanturen und russischen Soldaten usw. auftreten und sie - auf Grund ihrer Sympathien zu den russischen Stellen - abstellen sollte. Die Kommunisten haben zwar an vielen lokalen Stellen, in Betrieben und Gemeinden in gutem Einvernehmen mit Kommandanturen sehr viel positives für die österreichische Bevölkerung geleistet. Die Wirkung war aber lokal beschränkt und wirkte sich lokal auch positiv aus. In anderen Gemeinden herrschten anfangs schlechte Elemente oder aber Handlanger der russischen Kommandanturen. Sie bezeichneten sich als Kommunisten, was wieder gegen die Kommunistische Partei wirkte. Im großen und ganzen aber hat die KPÖ die Maßnahmen der sowjetischen Kommandanturen und der Sowjetmacht verteidigt und sich praktisch gegen das gestellt, was das österreichische Volk als recht, richtig und gut gefunden hat, das war eines der schwersten Hemmnisse für die Entwicklung der KPÖ und hat ihr sehr geschadet.

#### Die Parteien :

Von Seite der Besatzungsmächte erfuhren die Parteien dieselbe Behandlung wie die Landesverwaltungen. Sie konnten sich in der russischen Zone sofort konstituieren und ihre Tätigkeit ungehindert entfalten. In den anderen Zonen wurden sie erst viel später zugelassen und in ihrer Tätigkeit gehemmt.

Am schwersten hatten es die Parteien in der amerikanischen Zone. Sie wurden dort erst im Oktober 1945 offiziell anerkannt. Die Sozialistische Partei baute auf ihrer alten Tradition von 1934 auf und viele ihrer kleinen und mittleren Kader standen ihr in den Orten und Städten für den Aufbau zur Verfügung. Die Österreichische Volkspartei wurde 1945 aus den Überresten der Christlichsozialen Partei, der Heimwehren und der Vaterländischen Front gebildet. Alte Demokraten wie Kollmann und Kuntschak wurden zwar als Fahne für die neue Partei benutzt, tatsächlich ab. haben die Neugründung Männer wie Dr. Hurdes und Lois Weinberger initiiert und organisiert, Männer, die aus dem Konzentrationslager kamen. Das waren echte Demokraten und weniger antikommunistisch, Neuerungen mehr zugänglich als die alte Führung der Sozialdemokraten. Allerdings wurde die ÖVP mit dem Einrücken der westlichen Besatzungsmächte in Wien und dem leichteren Einfluß der Politiker aus dem Westen immer reaktionärer.

Die Kommunistische Partei entwickelte zwar sofort eine große Aktivität, ihr fehlten aber für eine breitere Wirkung in der österreichischen Bevölkerung die Massenbasis vor dem Verbot. Vor allem aber mangelte es an kommunistischen Kadern. Viele Kommunisten waren in Kerkern hingerichtet, in Konzentrationslagern zugrundegegangen oder sonstwie ermordet worden. Im Verhältnis zu ihrer Zahl vor der Hitlerherrschaft waren die Verluste der Kommunistischen Partei außer-

ordentlich hoch, andere entscheidende Kader fehlten gerade in den ersten Tagen und Wochen des Aufbaus der Republik und der Kommunistischen Partei, an einer Einheitspolitik der Arbeiterparteien.

#### Einheit der Arbeiterschaft

In der ersten Zeit nach Beendigung des Krieges gab es Ansätze zu gemeinsamen Massenorganisationen und eine Bereitschaft zum Zusammengehen von Sozialisten und Kommunisten. Männer wie Honey, Speiser und Böhm (Präsident des Gewerkschaftsbundes) waren zu einem Zusammengehen grundsätzlich bereit.

Der ÖVP-Führer der christlichen Arbeiterbewegung Louis Weinberger gab offen zu, daß er im Konzentrationslager Überlegungen angestellt hat darüber, ob nicht die christliche Arbeiterschaft auch in eine Einheitspartei der Arbeiter gehen sollte.

Viele Funktionäre der sozialistischen Partei erklärten sich in persönlichen Gesprächen zur Zusammenarbeit auf verschiedensten Gebieten bereit. Diese Bereitschaft wurde durch führende Männer wie Dr. Schöpf und Helmer niedergekämpft.

In der SPÖ-Führung haben revolutionäre Sozialisten wie Erwin Scharf und vor allem die Genossin Krones sich heftig für eine gemeinsame Organisation eingesetzt. Allerdings haben die revolutionären Sozialisten später auf die Bildung einer eigenen Partei verzichtet um die Einheit der Arbeiterpartei in der Sozialistischen Partei zu verwirklichen. Diese Illusion konnten sie nicht verwirklichen. Ideologisch wären die revolutionären Sozialisten zu einer Einheitspartei bereit gewesen.

Im Jahre 1935 hatten die RS einen Bündnisantrag an die Kommunisten gestellt in dem die "marxistische Einheitspartei" als politisches Ziel der RS in Österreich bezeichnet wurde. Im April 1936 kam ein Übereinkommen beider illegalen Parteien zur Bildung einer Aktionsgemeinschaft zustande.

Im Mai 1945 haben Wiener Bezirksleiter der Sozialistischen Partei beschlossen ein Kontaktkomitee zu bilden, das die Verhandlungen mit den Kommunisten führen sollte und mehr Diskussionen über Fragen der Einheitsfront und der Einheitspartei.

Die Lokalorganisation Inzersdorf der SPÖ und die Sektionsleitung der KPÖ arbeiteten zusammen und verlangten in einem Brief an die Parteiobmänner Seitz (SPÖ) und Koplenig (KPÖ) als Grundlage für einen Zusammenschluß beider Parteien die Bildung eines Aktionsausschusses mit gleich starker Vertretung. Gestützt auf Bezirkskonferenzen und Aussprachen mit Kommunisten wandte sich der oberösterreichische Landespartei Vorstand in einem offenen Brief an alle Sozialisten, Versuche der Vereinigung beider Arbeiterparteien zu unterstützen. Neben einer Reihe von Programmpunkten wurde verlangt, daß sowohl die Sozialdemokratische Partei als auch die Kommunistische Partei auf ihren alten Namen verzichten soll. In dieser Aktion wandte sich die oberösterreichische Landespartei der SPÖ an die Führungsspitzen der SPÖ und KPÖ.

Die Führung der SPÖ verlangte die Einheit in der Sozialistischen Partei. Die Kommunistische Partei stand auf dem Standpunkt:

Zuerst Aktionseinheit, dann Einheitspartei. Sie hoffte in der Aktionseinheit stärker zu werden um dann in der Einheitspartei die führende Rolle zu übernehmen. Wären in den April- und Maityagen die beiden Arbeiterparteien zusammengegangen, hätte die KPÖ die führende Rolle nicht gehabt.

Ich persönlich bin der Meinung, daß ein Zusammenschluß zwar problematisch, aber richtig gewesen wäre. Vielleicht wäre es später wieder zu einer Spaltung gekommen, aber sicher wäre eine Basis für eine linke Bewegung geschaffen worden. Vielleicht hätten in diesem Prozeß Sozialisten und Kommunisten gelernt besser miteinander zu reden. Faktisch wurde nur eine gemeinsame überparteiliche Organisation der Arbeiterschaft geschaffen, der Österreichische Gewerkschaftsbund.

Allerdings wurde die Gemeinsamkeit durch die Bildung der Fraktionen im Sommer 1945 auf die von der Führung der Sozialisten im Parteivorstand gedrängt wurde, wesentlich beeinträchtigt. Andere überparteiliche Organisationen scheiterten ebenfalls am Widerstand der beiden anderen Parteien und sind nie zu wirklich breiten Organisationen geworden.

Die Lösung des nationalsozialistischen Problems.

Es gab in Österreich zur Zeit des Hitlerfaschismus ca. 600.000 eingeschriebene Mitglieder der nationalsozialistischen Partei. 525.000 Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei ließen sich auf Grund des nationalsozialistischen Gesetzes registrieren. Das brachte ihnen politische und wirtschaftliche Nachteile. Das nationalsozialistische Gesetz war meiner Meinung nach ein Fehler. Obwohl Dr. Schörf einer der schärfsten Kämpfer für dieses Gesetz gewesen ist, hat die SPÖ bald ihren Standpunkt geändert und die Kommunisten sind als die Naziverfolger schlechthin übrig geblieben. Sicher war die Bestrafung der belasteten Nationalsozialisten richtig, aber auch die kleinen Anhänger zu schlagen war falsch. Meiner Meinung nach hätte man einen Keil zwischen belastete Nazi und kleine Anhänger der Partei treiben müssen durch eine klare Haltung im Gesetz, und Praxis in der Agitation. Statt dessen wurden sie - trotz grundsätzlich anderer Erklärungen praktisch politisch zusammengeschweißt. Das nationalsozialistische Problem wurde zwar juristisch, aber nicht politisch gelöst. Wir haben einmal in einer Diskussion mit italienischen Kommunisten gefragt, was sie mit ihren Mussolini-Anhängern gemacht haben. Die Antwort war: Gar nichts! Es sind ja fast alle dabei gewesen. Mit einer Maßnahme gegen sie hätten wir das ganze italienische Volk gegen uns aufgebracht. Bei uns war zwar nicht das ganze Volk bei den Nationalsozialisten aber immerhin mehr als 500.000, oft kleine Leute, von den Maßnahmen gegen sie betroffen. Mit allen ihren Verwandten und Freunden eine ansehnliche Zahl von Menschen, die vor allem die Kommunisten abgestoßen haben, was sich bei den Wahlen auch auswirkte.

Die Wahlen 1945

Im November 1945 wurde der Nationalrat gewählt. Auch hier bestimmten

Beschlüsse der SU, USA und GB den Termin, der viel zu früh angesetzt war, um es der Kommunistischen Partei zu ermöglichen, die Partei aufzubauen und sich in ihren Positionen zu bewähren. Schon auf der Krimkonferenz (Feber 1945) und in Potsdam (Sommer 1945) wurde beschlossen, die Wahlen bald, bzw. spätestens bis Dezember 1945 durchzuführen. Wieder hat die Kommunistische Partei versucht, den Wahltermin hinauszuschieben und erhielt von Molotow die Antwort:

Wir haben dem österreichischen Volk nur Gutes getan, wir brauchen die Wahlen nicht zu fürchten. Das Ergebnis war:

174.257 Stimmen bei 100.000 Mitgliedern, für die Kommunistische Partei (5,42 % aller Wählerstimmen) und 4 Mandate,

1,434.898 Stimmen und 76 Mandate für die Sozialistische Partei,

1,602,227 Stimmen und 85 Mandate für die ÖVP.

Die Sozialisten mußten den Bundeskanzler an die ÖVP abtreten. Der Antikommunismus und die anfängliche Haltung der SPÖ zur nationalsozialistischen Frage haben sich auch gegen die SPÖ ausgewirkt.

Das Ergebnis wirft die Frage des Wahlrechts auf.

---

In der Provisorischen Regierung wurde das Wahlrecht beschlossen, wonach zur Erlangung eines Nationalratsmandats ein Grundmandat erforderlich ist und die Zahl der Mandate in den Ländern von der Bewohnerzahl abhängt. Die Kommunisten haben diesem Wahlrecht zugestimmt, vor allem auch der Notwendigkeit eines Grundmandats für Mandate im Nationalrat. Die Zustimmung beruhte erstens auf Grund einer Fehleinschätzung des Einflusses der Kommunistischen Partei in der Bevölkerung und zweitens auf der Absicht, kleineren Gruppen nicht zu ermöglichen, in den Nationalrat zu kommen, wobei an diese Möglichkeit für getarnte Nationalsozialisten gedacht wurde. Dieses Wahlrecht hat sich in Zukunft vor allem gegen die Kommunisten gewandt. Die Nationalsozialisten fanden schon 1949 in der Wahlpartei der Unabhängigen Unterkunft. Sie hatte stark faschistische Züge, sammelte aber auch Oppositionelle in ihren Reihen, die in Opposition zu den drei anderen Parteien standen. Die Wahlpartei der Unabhängigen war die Siegerin in den Wahlen 1949. Die Kommunisten hatten einen Linksblock von Kommunisten und Linksozialisten gebildet.

Das Ergebnis war:

213.066 Stimmen, 5 Mandate und 5,08% für den Linksblock, Plus 1 Mandat

1,623.524 Stimmen, 67 Mandate, 38,7 % für SPÖ, minus 9 Mandate

1,846,581 Stimmen, 77 Mandate, 44 % für ÖVP, minus 8 Mandate

489.273 Stimmen, 16 Mandate, 11,7 % für WdU. plus 16 Mandate.

Die ÖVP verlor die Mehrheit der Mandate. Es wurde wieder eine Koalitionsregierung zwischen ÖVP und SPÖ gebildet. Der Zuwachs an der Gesamtwählerzahl ist auf die Rückkehr der Kriegsgefangenen und anderer geflüchteter Heimkehrer zurückzuführen.

Dadurch, daß die Kommunistische Partei allzuoft die Maßnahmen der russischen Kommandanturen und der Sowjetmacht verteidigt hat, den

Ratschlägen und Meinungen der Parteiführung der SU keinen öffentlichen Widerstand entgegengesetzt hat, wurde sie zur russischen Partei gestempelt und von den Österreichern abgelehnt. NR Migsch von der SPÖ hat offen erklärt:

Die Kommunisten mußten im österreichischen Parlament die Rolle der Verteidigung der russischen Besatzungsmacht und der russischen Politik gegenüber Österreich übernehmen und wir machten sie in allen Auseinandersetzungen zum Demonstrationsobjekt unseres Kampfes um Österreich.

Natürlich ist es ein Problem für Kommunisten, sich gegen die Sowjetunion in gewissen Fragen zu stellen und Maßnahmen ihrer Organe zu kritisieren oder wie die Frage bei den russischen Kommandanturen stand, sogar zu bekämpfen. Es ist richtig, daß eine Stellungnahme gegen Maßnahmen russischer Kommandanturen und politische Beschlüsse der SU vorübergehend dem Antikommunismus Nahrung gegeben hätte, letzten Endes aber hätte eine solche Politik der Kommunistischen Partei Österreichs Ansehen bei den Österreichern gebracht und ihr Wort hätte in positiven Stellungnahmen zu richtigen Maßnahmen der SU, ihrer Entwicklung und Bedeutung für die internationale Arbeiterschaft mehr Glaubwürdigkeit und Gewicht gebracht.

Das deutsche Eigentum :

Auf Grund des Potsdamer Abkommens wurde das deutsche Eigentum den Alliierten je nach Zone zugesprochen. Die Sowjetregierung richtete in den ihr zugefallenen Betrieben sowjetische Verwaltungen mit russischen Direktoren ein, die sogenannten USIA-Betriebe. Die Westmächte haben im Juli 1946 das deutsche Eigentum Österreich übergeben. Die Regierung setzte in diesen Betrieben öffentliche Verwalter ein. Die Amerikaner haben den Goldschatz Österreichs in amerikanische Banken zur Aufbewahrung gebracht.

Die politische Entwicklung - auch die wirtschaftliche - war sehr verschieden. Von der USIA-Verwaltung wurden Personalreferenten und Kulturreferenten eingesetzt, die als Kommunisten auftraten. Ihr Auftreten, gut oder schlecht im Rahmen der Belegschaft - war gut oder schlecht für die Kommunistische Partei. Russische Generaldirektoren, die es verstanden auf die österreichischen Verhältnisse einzugehen, wirkten positiv für die Beurteilung sozialistischer Verwaltung. Russische Generaldirektoren, die kommandierten bewirkten das Gegenteil. Auch hier stand die KPÖ wieder vor dem Problem der Bekämpfung von Vertretern eines sozialistischen Landes. In Betrieben, wo kommunistische Betriebsräte stark genug waren sich gegen unrichtige Maßnahmen von russischen Generaldirektoren die Arbeit oder Arbeiterschaft betreffend durchzusetzen, oder wo sie bei ihnen Verständnis fand, gewann die Kommunistische Partei viele Möglichkeiten politischer Arbeit. Dort wo kommunistische Funktionäre nicht verstanden, richtig zu arbeiten, krachte nach dem Staatsvertrag politisch alles zusammen. In den USIA Betrieben gab es fast 47.000 Beschäftigte, 30 % der Produktion in der russischen Zone stammte aus den USIA Betrieben.

## Die wirtschaftliche amerikanische Hilfe :

Für Österreich hat die amerikanische Hilfe fast 1 Milliarde Dollar betragen. Das amerikanische Großkapital hat viel Geld investiert um in Österreich eine politische Barriere gegen Österreich's sozialistische Nachbarn aufzubauen und sich wirtschaftliche Positionen, sowie politischen Einfluß in Österreich zu schaffen. Die Marshal - Hilfe war eine große Hilfe für den Aufbau der österreichischen Industrie nach dem Kriege und hat geholfen, die Grundlage für ein besseres Leben der Österreicher zu schaffen. Politisch hat die amerikanische Hilfe die reaktionäre Entwicklung in Österreich gefördert und die Differenz zur Lebenshaltung in den benachbarten sozialistischen Ländern noch verschärft, was sich ebenfalls politisch auswirkte.

1948 wurde in der Tschechoslowakei die Koalitionsregierung gestürzt und die Arbeitermacht, praktisch die Macht der Kommunistischen Partei aufgerichtet. Die Vorgänge in der Tschechoslowakei haben die Kommunisten, aber auch sozialistische Arbeiter anfangs begeistert, weil sie in den Vorgängen die Niederringung der Konterrevolution sahen. Für Kommunisten war es ein weiterer Schritt zur Förderung des österreichischen Weges zum Sozialismus, ein Weg, zu dem sich damals die KPÖ rücksichtslos bekannte.

Bei anderen Kreisen wuchs mit der Zeit immer mehr das Mißtrauen gegen eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten. Sie sahen in den Ereignissen in der CSSR und in anderen Volksdemokratien eine Politik der Zusammenarbeit am Anfang von Arbeitern, Bauern, Klein-gewerbetreibenden unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu einer demokratischen Vereinigung, dem dann der Umbruch folgte, der praktisch nur den Kommunisten die Macht in die Hände gibt.

Hella Altmann

Protokoll Nummer 4

Referent - Leopold SPIRA

II. TEIL - Österreich von 1949 bis 1955 - Auswirkungen des  
Kalten Krieges - Aspekte der internationalen  
Politik.

Darüber sprach im Rahmen der Sommerakademie der F Ö J  
(Juli-August 1970) Leopold Spira, ehemaliges Mitglied  
des Zentralkomitees der KPÖ.



## Österreich 1949 bis 1955 - Auswirkungen des Kalten Krieges, Aspekte der internationalen Politik -

Diese Periode wird von drei miteinander zusammenhängenden Erscheinungen gekennzeichnet:

1. Es war die Periode mit dem Höhepunkt des Kalten Krieges und der unmittelbar drohenden Gefahr eines dritten Weltkrieges; in dieselbe Periode fällt der Sieg der chinesischen Revolution, der das Kräfteverhältnis in der Welt veränderte und die Entwicklung der kolonialen Befreiungsbewegung wesentlich beschleunigte. Die Antwort des amerikanischen Imperialismus auf die veränderte Lage in China war der Krieg in Korea (1950-1953), in dem die USA ihr Kriegsziel nicht erreichen konnte. Von entscheidender Bedeutung war die Niederlage des französischen Imperialismus in Indochina; das Genfer Indochinaabkommen von 1954 deutete eine Wendung der weltpolitischen Lage an. Der österreichische Staatsvertrag vom Frühjahr 1955 war ein Ausdruck dieser Wendung.

2. Für die kommunistische Bewegung war diese Periode - wenigstens bis zu Stalins Tod 1953 - gekennzeichnet durch einen Rückfall in schon überwundene dogmatische Positionen und die völlige Unterordnung unter die Innen- und Außenpolitik der Sowjetunion. Die in der Sowjetunion durchgeführten Repressionsmaßnahmen wurden auch auf die Volksdemokratien übertragen. Die Umstellung dieser Länder auf wirtschaftlichem, politischem und ideologischem Gebiet war begleitet von einer Serie von Prozessen, Urteilen und Hinrichtungen von führenden Kommunisten; diese Prozesse folgten auf den Bruch mit Jugoslawien. Einerseits wurde das neue System in den Volksdemokratien gefestigt, in der Sowjetunion wurden die schweren Kriegsfolgen relativ rasch überwunden, andererseits kam es zu inneren Spannungen und Deformationen, die 1953 in der DDR und in den folgenden Jahren vor allem in Polen und Ungarn ernste Krisenerscheinungen auslösten.

3. Innenpolitisch war diese Periode charakterisiert durch die sich beschleunigende Festigung des kapitalistischen Systems auf der Grundlage einer verschärften Ausbeutung aber auch unterstützt vom amerikanischen Imperialismus (Marschall-Plan), der damals den Höhepunkt seiner Machtposition erreicht hatte (nahezu alle anderen kapitalistischen Länder waren noch geschwächt oder faktisch ausgeschaltet). Die Klassenkämpfe in Österreich, die im Oktoberstreik ihren Höhepunkt fanden, waren verzerrt durch die vierfache Besetzung des Landes, wodurch jede innenpolitische Frage unmittelbar zu einem Teil der weltpolitischen Auseinandersetzung wurde. Die zugespitzte Konfrontation der USA und der Sowjetunion wurde auch auf österreichischem Boden ausgetragen und beherrschte das gesamte politische Leben. Das hatte schwerwiegende Auswirkungen auf die gesamte Arbeiterbewegung, die auch nach der Veränderung der Situation durch den Staatsvertrag nur sehr langsam überwunden wurde und bis heute nachwirkt.

Zu Punkt 1: 1948/49 war es bereits klar, daß die Nachkriegsentwicklung in großen Teilen der Welt anders verlief als die Imperialisten im Zweiten Weltkrieg geplant hatten. Der Sowjet-

union gelang es, ihren Einfluß auszudehnen. Die antikoloniale Revolution begann, das alte Kolonialsystem zu zerschlagen. Gestützt auf die kurzfristige atomare Überlegenheit entwickelte der US-Außenminister Dulles seine Politik des "roll-back", der "Zurückdrängung des Kommunismus". Beide Seiten testeten die Stärke bzw. Kriegsbereitschaft der anderen (Berlin-Krise, "Luftbrücke", Korea usw.). Alle politischen Überlegungen wurden zu militärischen. Das beginnende Wettrüsten lastete schwer auf der Sowjetunion, deren innere und internationale Politik dadurch verhärtet wurde. Dasselbe galt auch für die Volksdemokratien, deren wirtschaftliche Entwicklung weitgehend militärischen Überlegungen (die sich nicht immer als sinnvoll erwiesen) unterworfen wurde. Weltweit wurden in diesen Jahren Kampagnen gegen die Atomgefahr durchgeführt, bei denen auch in Österreich hunderttausende Unterschriften gesammelt werden konnten. Große Teile der Bevölkerung standen aber diesen Kampagnen mißtrauisch gegenüber. Mitte der fünfziger Jahre trat eine Änderung ein, die Dulles-Orientierung erwies sich als unrealistisch, (Sputnik I, 1957, veränderte abermals die strategisch-politische Situation, vom Imperialismus mit der Methode des "special war" beantwortet, die heute offensichtlich auch als gescheitert angesehen werden muß; es zeichnet sich eine Periode weltweiter Übereinkommen zwischen den USA und der Sowjetunion ab.)

Zu Punkt 2: Der Bruch mit Jugoslawien 1948, der nicht zum erwarteten Sturz Titos führte, hatte weitreichende Folgen für die gesamte kommunistische Bewegung. Gomulka hat am 20. Oktober 1956 diese Folgen (sehr zurückhaltend) folgendermaßen beschrieben: "Im System des Personenkults konnte die Partei als Ganzes selbständig nur handeln, wenn sie sich dem obersten Kult unterordnete. Versuchte jemand, diesen Rahmen zu überschreiten, dann drohte ihm die Verbannung durch seine Genossen. Wenn sich eine ganze Partei dem entziehen wollte, dann wurde sie von den übrigen kommunistischen Parteien in Acht und Bann getan. Konnten sich unter solchen Verhältnissen die gegenseitigen Beziehungen der Parteien und der Länder der Volksdemokratie zur KPdSU und zur Sowjetunion nach dem Prinzip der Gleichberechtigung gestalten? Das war natürlich nicht möglich." Das galt natürlich für alle kommunistischen Parteien. Diese Erscheinungen (vor allem die Prozesse, deren Opfer später rehabilitiert werden mußten) trugen wesentlich zur Isolierung der Kommunisten bei und erleichterten die Argumentation des Antikommunismus. Das führte zu einer defensiven Grundhaltung der einzelnen kommunistischen Parteien (was auch durch ein aggressives Auftreten und manche offensive Aktionen nicht verändert werden konnte). Die Kommunisten waren ständig gezwungen, Erscheinungen in der eigenen Bewegung zu verteidigen, die nicht zu rechtfertigen waren. Umgekehrt konnte die imperialistische Propaganda von der "freien Welt" Erfolge erzielen, die unter anderen Umständen nicht so leicht möglich gewesen wären. Auf machtpolitischem Gebiet konnten in dieser Periode eine Reihe von Erfolgen erzielt werden. Ideologisch und moralisch lebte man von der Substanz des siegreichen Kampfes gegen den Faschismus und des Kampfes gegen die Atomgefahr; diese Substanz wurde langsam verbraucht.

Der 20. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 brachte eine entscheidende Wendung. Da aber eine marxistische Analyse der Ursachen dessen, was als "Personenkult" bezeichnet wurde, ausblieb, wurde eine Neuorientierung erschwert und verzögert, blieb manche Änderung nur an der Oberfläche, wurde ein neuerlicher Rückfall, gekennzeichnet durch den 21. August 1968, erleichtert.

Zu Punkt 3: Die "antifaschistische Zusammenarbeit der drei demokratischen Parteien" war in Österreich bereits zerfallen und wurde von einer neuen Konstellation - der ÖVP-SPÖ-Koalition - abgelöst. Die Kommunisten standen dazu in grundsätzlicher Opposition. Den stärksten Schlag gegen die Koalitionspolitik konnte die Opposition im Oktoberstreik 1950 führen, dem weitaus größten Streikkampf in den letzten 50 Jahren. Seine Ursachen lagen in den schlechten, sich nur langsam bessernden Lebensbedingungen breiter Schichten, während die kapitalistischen Profite sprunghaft stiegen. Die ersten Streikaktionen erfolgten weitgehend spontan (Steyr, Linz). Die Ausbreitung des Streiks wurde durch die uneinheitlichen Bedingungen (private, verstaatlichte, sowjetisch verwaltete Betriebe, verschiedene Besatzungsmächte) erschwert. Zunächst gab es kein den Streik leitendes Organ. Das alles führte dazu, daß der Streik abgebrochen und einige Tage später von einer Betriebsrätekonferenz wieder ausgerufen wurde. Die Unterbrechung gab der Regierung Gelegenheit, durch die Darstellung des Streiks als "kommunistischen Putsch" beträchtliche Teile der Arbeiterschaft irrezuführen. In der zweiten Phase des Streiks kam es auch zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen sozialistischen und kommunistischen Arbeitern (z.B. Ternitz), was zu einer Vertiefung der bestehenden Gegensätze führte. In der Bekämpfung des Streiks spielte der SP-Innenminister Helmer, der in der Nazizeit eine zweifelhafte Rolle gespielt hatte, und der Bauarbeitersekretär Olah eine entscheidende Rolle. Olah war 1948 in den USA gewesen, wo er, laut "Arbeiter-Zeitung" vom 20.11.1948 "von den maßgebenden Männern des amerikanischen Gewerkschaftsbundes Zusicherungen einer erweiterten Hilfe für die österreichische Gewerkschaftsbewegung erhielt". Diese "maßgebenden Männer" handelten, wie später nachgewiesen wurde, im Auftrag des amerikanischen Geheimdienstes. Olah zog nach dem Oktoberstreik eine geheime militärische anti-sowjetische "Sonderaktion" auf, der beträchtliche Geldmittel und auch die Unterstützung maßgebender Stellen zur Verfügung standen. Sein Aufstieg zum ÖGB-Präsidenten und zum Innenminister (Helmer war nach Abschluß des Staatsvertrages nicht mehr zu halten) kennzeichnet die Entwicklung entscheidender Teile der SP-Führung in dieser Periode.

Der Oktoberstreik, scheinbar ein Fehlschlag, bedingte eine vorsichtige Ausbeutungspolitik und brachte in der Folge gewisse Zugeständnisse für die Arbeiterschaft. Politisch führte er zu einer Verschärfung der Isolierung der KPÖ, obwohl bei der Präsidentenwahl 1951 die höchste Stimmenzahl (220.000) und bei den Betriebsratswahlen im gleichen Jahr sehr gute Ergebnisse erzielt werden konnten. Diese Isolierung wurde dadurch verschärft, daß die weltpolitische Orientierung in Österreich gleichbedeutend mit der Orientierung auf die jeweilige Besatzungsmacht war und es durch bestimmte objektive Umstände, nicht zuletzt aber durch die systematische Fortsetzung der in der Nazizeit betriebenen

sowjetfeindlichen Propaganda gelang, bei der großen Mehrheit eine sowjetfeindliche, US-verherrlichende Einstellung zu erreichen. Die SPÖ gab sich den Anstrich, eine Vorkämpferin der nationalen Interessen des österreichischen Volks zu sein, wodurch allerdings im wesentlichen nur die einseitige Stellungnahme zugunsten der USA kaschiert wurde. Die Orientierung auf die Sowjetunion fiel für nicht wenige Kommunisten mit ihren persönlichen Interessen zusammen (Posten in einem sowjetisch verwalteten Betrieb etc.). Daß eine kleine, damals allerdings noch sehr schlagkräftige Partei durch die Rückendeckung einer Besatzungsmacht ein relativ großes Gewicht erhielt, führte zu einer gewissen Deformation des politischen Bewußtseins. Probleme, die politisch nicht lösbar erschienen, weil man die Unterstützung der entscheidenden Teile des Volks nicht gewinnen konnte, schienen mit "anderen Mitteln" lösbar zu sein.

Jahrelang beherrschte die Auseinandersetzung um den Staatsvertrag die politische Szene in Österreich. Die KPÖ entwickelte 1953 die Parole von der Neutralität als einzige Möglichkeit für den Staatsvertrag, die anderen Parteien lehnten das zunächst entschieden ab. Im Herbst 1954 zog die KPÖ die Neutralitätsparole über sowjetischen Wunsch zurück, nahm sie aber einige Monate später wieder auf. Ähnliche Episoden, daß kurzfristige diplomatische Interessen der Sowjetunion zu Veränderungen in der politischen Haltung der KPÖ führten, gab es mehrere. Die KPÖ war auf den Staatsvertrag, der alle politischen Bedingungen grundlegend veränderte, ungenügend vorbereitet. Innerhalb der Partei gab es Verwirrung, vor allem ausgelöst durch die Übergabe der sowjetisch-verwalteten Betriebe und den damit verbundenen Verlust von tausenden Mitgliedern. Der Prozeß der "Normalisierung" des politischen Lebens, der durch den Staatsvertrag eingeleitet wurde, und zu dem auch eine Umorientierung der Kommunisten gehörte, wurde dann durch die ungarischen Ereignisse im Herbst 1956 gestört und unterbrochen.

Zusammenfassung: Die Periode des zugespitzten Kalten Krieges, die sich in Österreich durch die vierfache Besatzung besonders stark und deformierend auswirkte, formte bestimmte politische Vorstellungen und Gewohnheiten. Diese überlebten zu einem nicht geringem Teil die 1954-1956 eingetretenen Veränderungen. Bei der Herausbildung neuer, zeitgemäßer Kampfformen, die entsprechende ideologische Prozesse voraussetzen, ist Österreich stark zurückgeblieben.

Leopold SPIRA

Protokoll Nr. 5

Referat - Zsolt Patka

## II. TEIL - (Perspektiven der Linken in Österreich)

Gegenwärtige Situation der Linken in Österreich.

Darüber sprach im Rahmen der Sommerakademie der FÖJ (Juli - August 1970)  
Genosse Zsolt Patka, Vorsitzender des Österreichischen Vietnambüros.

Co-Referate: Peter Hallstein, Gruppe Revolte;  
Roman Wiche, Sozialistische Jugend.



## "Zur Situation der Linken in Österreich"

Ein einleitendes Referat zum Thema "Die gegenwärtige Situation der Linken in Österreich" wird sich, da es sich nur als einen einleitenden Beitrag zur Diskussion verstehen kann, vor allem durch seine Mängel bestimmen lassen. Selbstverständlich habe ich versucht, möglichst objektiv zu bleiben. Die Sicht der Dinge, die ich hier biete, ist trotzdem meine persönliche Sicht der Dinge, das möchte ich betonen. Die vielen objektiven und subjektiven Faktoren, die verschiedenen organischen, ideologischen Konzeptionen linker Strategie und Taktik allein aufzuzählen und zu analysieren würde den Rahmen meines Beitrages sprengen. Eine bedeutende Schwierigkeit stellt weiters die Tatsache dar, welche gleichzeitig bereits einen Wesenszug der heimischen Linken markiert: die mangelhafte gegenseitige Information und die daraus resultierende Unkenntnis über Charakter und Vorstellungen der einzelnen Gruppen untereinander. Durch die Arbeit im Vietnam-Büro vor allem, aber auch deswegen, weil ich bis vor kurzem keiner einzelnen linken Gruppierung angehört habe, glaube ich von diesem Manko etwas weniger betroffen zu sein.

Da heute viele Genossen anwesend sind, die bei den vergangenen Abenden nicht dabei waren, muß ich schließlich noch betonen, daß in meinem Beitrag keine theoretisch-analytischen Untersuchungen über die Ursachen und Gründe für die Lage der Linken enthalten sind, weil ich die Erfahrungen und Erkenntnisse der vergangenen Abende als selbstverständlich voraussetze. Ich betrachte es auch nicht als meine Aufgabe, die Zusammenhänge zwischen Basis und Überbau unserer Gesellschaft aufzuzeigen, obwohl dies sicher viel zum Verständnis unserer eigenen Schwierigkeiten beitragen würde. Diese Fragen, vor allem die Wirtschaft betreffend, werden programmatischer Gegenstand der zukünftigen theoretischen Arbeiten im Rahmen der FÖJ werden.

Nun zur Sache selbst:

Zum Selbstverständnis der Linken sollte eine Sache unbedingt gehören, die gleichzeitig meine Ausgangsposition ist, nämlich, daß die objektiven gesellschaftlichen Faktoren und Bedingungen unmittelbar auf die Möglichkeiten und Perspektiven jeder politischen, revolutionären Arbeit und deren Träger sich auswirken – eine Binsenwahrheit an sich, die aber leicht vergessen wird. Ich meine selbstverständlich nicht nur die Entwicklung der letzten zwanzig Jahre, sondern vielmehr die Berücksichtigung jener Tendenzen der längst vergangenen Geschichte, welche das Bewußtsein breiter Schichten nach wie vor prägen oder – wenn der Ausdruck erlaubt ist – bis zu einem gewissen Grad vorherbestimmen. Ich betone es, weil der erste programmatische Teil der Sommerakademie sich dieser Frage gewidmet hat, eben aus der Überlegung heraus, daß ohne die Kenntnis der eigenen Geschichte, zum mindesten ihrer Haupttendenzen in bezug auf Herausbildung des emanzipatorischen Bewußtseins, einer gewissen selbstverständlichen antiautoritären Haltung bzw. deren Scheitern in einer Gesellschaft das Verständnis der Gegenwart wesentlich erschwert wird. Wenn man sich dies nicht oft genug ins Gedächtnis ruft, kann sich etwas einstellen, was die erschöpfende Ausnützung selbst der minimalsten vorhandenen Möglichkeiten und revolutionären Potenzen von vornherein vereitelt: das Fehlen von realistischer Einschätzung der Lage.

Nur in diesem Zusammenhang kann der atemberaubende Dilettantismus der ersten stürmischen Periode der "Neuen Linken" in Österreich, d.h. in Wien verstanden werden. Dies festzustellen erscheint mir wichtig, weil ich trotz aller Fehler der unternommenen Versuche, auch in Österreich eine neue, im wesentlichen durch ihre parteipolitische Ungebundenheit zu definierende, linkspolitische, revolutionäre Bewegung ins Leben zu rufen, als den Auftakt einer politischen Neubesinnung und Neuformierung betrachte.

Ich glaube nämlich wirklich, daß die alte Linke tot ist, ob sie nun von der KPÖ oder SPÖ verkörpert wird. Sie sind, ob so klein und bedeutungslos wie die KPÖ, oder mächtig wie die SPÖ, an der zukünftigen Perspektive der gesellschaftlichen

Forderung gemessen, gleich hoffnungslos veraltet, sowohl in ihrer organisatorischen wie in ihrer ideologischen Substanz. Diese Linke, Produkt des 19. Jahrhunderts, hat die Erfahrungen des 2. Weltkrieges und der daraus entspringenden Konsequenz nicht nur in keiner Weise begriffen, sie hat deren Bedeutung bewußt ignoriert. Man ging nach 1945 frohgemut ans Werk, als gelte es, die Arbeit wieder dort aufzunehmen, wo sie durch eine bedauerliche Panne unterbrochen worden war. In Wirklichkeit stellt der 2. Weltkrieg bzw. dessen internationaler Erlebnisgehalt eine Zäsur dar, vergleichbar nur mit dem Oktober 1917 in Rußland. Es mußten 20 Jahre vergehen, bis den Vätern dieser Katastrophe das Licht aufgegangen ist, d.h. aufgesteckt wurde von ihren Kindern, die plötzlich entdeckten, daß sie mit Problemen im Weltmaßstab konfrontiert sind, deren Lösung genau vor zwanzig Jahren hätten in Angriff genommen werden müssen, um das Ärgste zu verhüten. Das besonders Bedauerliche in Österreich ist die Tatsache, daß hier unter den besonderen Bedingungen alles dem recht zu geben schien, der sich unbeirrbar an den Weg der halben Lösungen und ganzen Kompromisse gehalten hat.

Wie in keinem anderen Land läßt sich in Österreich kaum etwas davon ahnen, daß Krisen ganz neuer und besonderer Qualitäten der Welt bevorstehen, die alle Idyllen neokapitalistischer, wie putzelig sozialdemokratischer Natur umso gründlicher und grausamer zerstören werden, je tiefer die einzelnen Gesellschaften in ihnen schlummern.

Daß die Sozialdemokratie nach und nach durch systematischen politischen Ausverkauf aller Grundsätze und Prinzipien in solche Niederungen geraten ist, trotzdem sie eine Regierung stellt, ist an sich nicht verwunderlich: noch vor zehn Jahren vielleicht alarmierend, heute einfach belanglos erscheint dagegen das totale, nicht nur äußere, sondern auch innere, substantielle Scheitern der KPÖ.

Der äußere Verlust jeder politischen Relevanz findet seine Ergänzung in den innersten Strukturen der Partei selbst. Ihre Substanz ist rettungslos dem Verfall anheimgegeben. Die Kette von verhängnisvollen Fehlern, Irrungen und Wirrungen haben wir an den letzten drei Abenden einigermaßen studieren können. Ihre heutige negative Existenz, die jeweils in der Relation zum Gegner noch eine letzte Berechtigung bietet, verpflichtet den politischen Akteur, den Nekrolog, den Nachruf aufzuschieben. Dieser Nekrolog sollte jedoch, wie ich hoffe, eines Tages, der nicht allzu fern liegen dürfte, der Prolog einer neu organisierten Kraft in Österreich werden.

Aus dem vorher Gesagten läßt sich schon heraushören, daß der gegenwärtige Konflikt der Generationen – und mit dieser Feststellung nehme ich das Thema einer der kommenden Abende vorweg – der Konflikt zwischen Jung und Alt nicht herkömmlicher, sondern wie nie zuvor ideologischer Art ist. Einer Ideologie allerdings, die bei den meisten Vertretern der jungen Generation nicht einmal im Ansatz formuliert ist, sondern sich mehr im Gefühlsmäßigen, in der instinktiven Ablehnung aller hergebrachten Lebensformen und vor allem Lebensideale äußert. Eine noch amorphe Masse, die aber heute schon ganz gewiß das eigentliche revolutionäre Potential darstellt.

Uns interessiert die Linke, in erster Linie die neue, deren Einteilung einfachheitshalber nach dem Schema der alten erfolgen soll: jene, die ihren traditionellen Ursprung in der Sozialdemokratie haben, also VSStÖ, VSM, SJ, und zum Großteil die Gewerkschaftsjugend, und auf der anderen Seite VDS, FÖJ, auch die FNL soweit es sie noch gibt, die Sektion 6, MLPÖ und selbst solche Gruppierungen, die zwar aus indirekter, sozusagen aus einer negativen Bestimmung zur KP als Teil einer internationalen Fehlentwicklung sich bestimmen lassen, die Trotzlisten, ihre starke Differenzierung untereinander vorausgesetzt. Die ursprüngliche, teils ideologische, teils auch organisatorisch beibehaltene Bindung ist nicht uninteressant.

Mich erinnert beispielweise der Widerspruch beim VSStÖ zwischen Theorie und

Praxis (auf dem Umschlag ihres theoretischen Organs ist die Praxis sinnigerweise auf den Kopf gestellt) sehr stark an den Widerspruch des Austromarxismus unter Otto Bauer und Friedrich Adler: radikal im Verbalen und theoriebesessen zeigen sie eine Unfähigkeit und einen Dilettantismus im praktischen Handeln, die durch die antiautoritäre Kaschierung höchstens den Hinweis auf das unüberwundene Elternhaus bestätigen. Der VSM, die einzige Schülerbewegung von politischer Relevanz, leidet an einem Bürokratismus, der sich in erster Linie nicht in der ideologischen Standortbestimmung, sondern in den Organisationsstrukturen äußert. Wie der VSStÖ ist er zuguterletzt den Ordnungsrufen bzw. Erpressungsversuchen seiner Geldgeber, der SPÖ, ausgesetzt. Solcherart wird Taktik unversehens zur Strategie und umgekehrt. Was bei der SJ lediglich als Symptom der ideologischen Entfremdung der Massen der Jugendlichen niederschlägt, wird bei der Gewerkschaftsjugend zur bitteren Ernte jener systematischen, bewußt betriebenen Entpolitisierung der jungen Arbeiter und Angestellten, die nicht auf ideologische Gleichgültigkeit, sondern auf die Übernahme kleinbürgerlicher Idyllen mit potenzieller Faschisierungstendenzen hinausläuft.

Ich möchte hier einflechten, daß ich bei der knappen Streifung der einzelnen Gruppen keineswegs Noten austeilen möchte, noch ihre spezifische Situation, ihre ureigenen Bedingungen vollkommen in Rechnung stelle, sozusagen subjektiv reflektiere. Ihre objektive Lage und Situation versuche ich von meiner Sicht aus zu umreißen.

Zum Beispiel weiß ich über die Chinesische Fraktion in Wien reichlich wenig. Ich weiß nur, daß sie bisher unfähig war, die bei der politisch interessierten Jugend mit großer Spannung verfolgte und diskutierte Entwicklung in China, die Fragen der Kulturrevolution, der eigentlichen Differenzen zwischen China und der SU für sich auszunützen; was wir von China heute objektiv erfahren, stammt zum Großteil von bürgerlichen Soziologen und Sinologen, sowie einigen Politologen ohne parteipolitische Zugehörigkeit. In diesem Zusammenhang möchte ich vermerken, daß die Auseinandersetzung mit dem Komplex China für die Linke in Zukunft eine unerläßliche Forderung werden wird. Wer sich nur ein bißchen mit diesem Stoff beschäftigt hat, weiß, daß der chinesisch-sowjetische Konflikt weit über seine tagespolitische Bedeutung hinaus eine Tragweite prinzipieller ideologischer Fragestellungen hat, die weit in die Vergangenheit zurückreichen und die Zukunft entscheidend beeinflussen werden. Allerdings muß eines gleich angemerkt werden: bis vor kurzem zeigte die chinesische Führung unter MAO eine ähnliche Ahnungslosigkeit bzw. Intransigenz gegenüber den qualitativ verschiedenen Bedingungen und Verhältnissen in der Ersten Welt, vor allem, was die Arbeiterbewegung, revolutionäre Strategie und Taktik betrifft, wie die SJ in der finsternen Zeit der Komintern. Das scheint sich heute zu ändern, zum mindesten werden Differenzierungen wahrnehmbar - in der Tagespolitik nicht immer ohne einen leichten Anflug von Opportunismus, wie in der Frage der BRD -, jedenfalls muß klar herausgestrichen werden, daß der chinesische Kommunismus noch weitaus weniger auf Europa übertragbar ist wie jener, der in der SU praktiziert wird. Diese Abschweifung war wichtig, weil sie sich - wie ich vermute - auf einige Probleme der europäischen chinesischen Fraktionen bezogen hat. Vor allem ihre Verehrung von Stalin zeigt ein kapitales Unverständnis sowohl der eigenen Vergangenheit wie auch den Ideen Mao Tse Tungs gegenüber.

Die Trotzlisten wiederum, das erwähnte ich schon, sind auch in Österreich, von der negativen Bestimmung geprägt, die die gesamte IV. Internationale kennzeichnet, und von der sie sich nur langsam und in ganz bestimmten Gebieten der Weltrevolution zu erholen scheinen. Wir alle sind, vermute ich, Marxisten. Manche von uns Marxisten-Leninisten, was bereits nach erheblicher tagespolitisch zu definierender Beschränkung klingt. Maoisten, Bucharinisten, Trotzlisten und Stalinisten, mit einiger Einschränkung der allerersten, verkörpern in meinen Augen und nach meinen Erfahrungen politische Tendenzen und Richtungen, deren historische Fixierung, zum mindesten, was die entscheidende Ausgangsposition anbelangt, sie von vornherein um ihre Wirksamkeit bringt, ihre Tätigkeit sozu-

sagen a priori auf eine historisierende Argumentation reduziert. Die dialektische Wechselwirkung zwischen ihnen und ihren ebenfalls zumeist historisch einseitig fixierten Gegnern tut ihr übriges.

Die VDS und FÖJ haben, meiner Meinung nach, alle Aussicht und die Aufgabe, nach Überwindung ihrer gegenwärtigen Schwierigkeiten, Katalysatoren jener neuen politischen Linken zu sein, die unbeschwert von allem Ballast parteitraditionalistischer Rücksichtnahmen und Bindungen zu einer neuen politischen Organisation der Linken sich auswachsen könnte. Ich mache mir über ihre Schwächen keinerlei Illusionen. Bei der VDS hängen sie sehr stark mit den historischen Wurzeln des österreichischen Bildungswesens, des Bildungsideals und damit der Universitätsstrukturen zusammen, bei der FÖJ mit der eigenen, stets von der Partei geprägten Tradition. Vor allem die FÖJ muß zu einer neuen Spontanität finden, die es ihr ermöglicht, organische Aufbauarbeit zu leisten: es genügt nicht, zusammenzuhocken, zu baden und zu diskutieren. Sie muß das nachholen, auf ihre nicht unbeträchtliche Zahl von Aktivisten gestützt, was ihre Funktionäre Jahre hindurch wegen ihrer Isolierung nicht tun konnten: an junge Menschen heranzukommen, was heute nur durch persönliche Kontakte, persönlichen Einsatz möglich ist. Die meisten ihrer nach wie vor zahlenden und sich damit von der politischen Arbeit loskaufenden Mitglieder sind wahrscheinlich abzuschreiben. VDS und FÖJ werden Katalysatoren jener politisch noch unverbrauchten Kräfte sein müssen, die endgültig jede KP-Illusion verloren haben, ohne gleichzeitig eine totale politische Desillusionierung zu erfahren oder ihre rechten, bürgerlich demokratischen Vorstellungen von Kultur, Politik und Wirtschaft lediglich in der adäquaten Umgebung fortsetzen. Hier muß die Unterscheidung zwischen sogenannten Reformern und Konservativen bzw. Orthodoxen endgültig fallengelassen werden.

Das Elend der Linken in Österreich, das habe ich schon eingangs angedeutet, ist unmittelbarer Ausfluß des allgemeinen politischen Elends in Österreich, welches sehr starke objektive Ursachen hat: das Fehlen jeglichen Spannungselements, das in allen NATO und der EWG vertretenen Ländern Widersprüche schafft und spürbar werden läßt. Österreich hat in jeder Hinsicht einen Sonderstatus, der bislang im allgemeinen ins insgesamt Angenehme ausschlug. Das kann sich und wird sich ändern. Aber weder durch oft bewundernswerten Voluntarismus, wie bei der Sektion 6, noch mit allen Neuauflagen linker Strategie der vergangenen fünfzig Jahre wird man dieser spezifischen Situation und ihren Forderungen gerecht werden. Grotesken wie der Konkurrenzkampf zwischen Sektion 6 und dem Roten Maulwurf, mit Watschen antragen, sind in Wirklichkeit typische Symptome jenes linken Elends, in dem wir stecken.

Die neue Linke, die junge Linke, die für eine radikale Änderung der Verhältnisse in Frage kommt, ist äußerst schwach und noch dazu unter sich zerstritten. Es ist nicht wahr, daß der Streit immer prinzipieller, ideologischer Natur wäre, vielmehr wird das Sektierertum, das fast alle verbindlichen Gruppierungen auszeichnet, durch Ursachen herbeigeführt und bedingt, die sich mehr in schlichter Sympathie und Antipathie, in Kleinlichkeiten und Äußerlichkeiten als in wirklichen ideologischen Auseinandersetzungen manifestieren. Quantitative Schwäche erzeugt Schwierigkeiten der qualitativen Arbeit in Theorie und Praxis, vor allem begünstigt sie das, was man die Pathologie der Linken nennen könnte. Wenn ich trotz allem glaube, daß die Gemeinsamkeiten überwiegen, so geschieht es nicht aus unverbesserlichem Optimismus, sondern eher aus der Einsicht darin, daß sich diese Gemeinsamkeiten vor allem aus den allen Gruppen gemeinsamen Mängeln und Schwächen ergeben.

Die Einheit der Linken, die so nottut, kann man freilich nicht mit der Parole "Seid nett zueinander",<sup>+</sup> Einheit um jeden Preis ist meist die Einheit um jeden ideologischen Preis. Um diesen und jenen, der in Geld gemessen wird, betreibt Nennung sein Forum, wo Kraut und Rüben in dialogischer Eintracht sich verkaufen. Dort wird wahrlich Katholizismus und Sozialismus, Revolution und Repräsen-

+ ) zusammenfassen

tation auf einen Nennung gebracht. Vor solchen mathematischen Genies müssen wir uns hüten, wenn wir sie auch nach Möglichkeit ausnützen sollten.

Ich möchte meinen Diskussionsbeitrag mit einem Vorschlag schließen: ähnlich wie im Österreichischen Vietnam-Büro, sollten die linken Gruppierungen es sich im Herbst zur organisatorischen Aufgabe machen, nach oder noch vor dem äußerst wahrscheinlichen Zerfall der 'Linken Plattform' der Studenten, eine Plattform der Linken zu bilden, die in erster Linie der gegenseitigen Information dienen, die den ständigen Kontakt voraussetzt und sich vor allem der Diskussion bestimmter aktueller Tagesfragen widmen sollte, was gemeinsame Aktionen erleichtern würde.

Das wäre schon deswegen von Vorteil, weil mit der inneruniversitären Inzucht - eine Hauptstärke des VSStÖ - nur mit dem Zusammenschluß der nichtstudentischen jungen Linken Schluß gemacht werden kann. Arbeiter-Studenten-Solidarität setzt voraus, daß die Studenten neben ihren spezifischen, auf ihren Arbeitsplatz beschränkten Problemen bereit sind, auch außerhalb der Universität an politischer Arbeit teilzunehmen. Die Beschränkung auf studentischen Protest hat bereits dazugeführt, daß die Öffentlichkeit solche Meinungskundgebungen leicht mit dem Hinweis abtut, es handle sich ja letztlich um Leute, zu deren Arbeitszeit das Protastieren einfach dazugehöre. Früher waren's bei den Burschenschaften, heute gehen's demonstrieren. Wenn man die Berichte über die Kambodscha-Demonstration verfolgt hat, wird man festgestellt haben, daß vor allem zwei Tendenzen überwogen haben: die eine, zu behaupten, es habe sich da gar nicht um Studenten gehandelt, sondern um Berufsrevoluzzer, um Langhaarige, um Gammler, kurz um asoziale Elemente, die andere Tendenz war die, herauszustreichen, daß es sich um einen der gewohnten studentischen Proteste gehandelt habe. Man spürte die Panik, von denen so mancher erfaßt wurde angesichts der Tatsache, daß da junge Arbeiter und Angestellte mit den Studenten gemeinsam demonstriert haben. Die Isolation der fortschrittlichen Studenten vom "normalen" gesellschaftlichen Leben wurde von der Reaktion tatsächlich so geschickt ausgenützt, daß zeitweise Gerüchte aufgetaucht sind, welche die Väter der studentischen Revolte, Marcuse vor allem, als CIA-Agenten entlarven wollten, die mit einem teuflischen Trick die ganze Sache inszeniert hätten, um, die historische Spannung zwischen Intelligenz und Arbeiterschaft für sich ausnützend, die linke Bewegung zu spalten und ihr jede gesellschaftliche Wirkungsbreite und -tiefe zu nehmen.

Sollte eine Plattform der Linken im Herbst tatsächlich zustandekommen, so ist es klar, daß neben der Möglichkeit, kommende Aktionen zu koordinieren, gewisse Richtlinien in der ideologischen Auseinandersetzung von vornherein festgelegt werden: ohne Radikalismus wird man nichts beginnen können. Radikalismus, verbunden mit realistischer Einschätzung der eigenen Möglichkeiten wird faule Kompromisse von vornherein aus dem Weg räumen. Ein besonderes Augenmerk müßte dabei der Frage nach potentiellen Verbündeten gewidmet werden, die beispielsweise in der Kambodscha-Demonstration vollkommen übersehen wurde. Es gibt etliche Leute im bürgerlichen Lager, deren Seriosität außer Zweifel steht, und die immer wieder für bestimmte Anliegen mobilisiert werden können. Je breiter eine Aktion gesellschaftlich angelegt ist, umso wirksamer ist sie. Dies ist alles andere als eine Ostermarschstrategie, da ja ideologische Kompromißlosigkeit vorausgesetzt ist. Es werden Fragen der Strategie und Taktik erörtert werden müssen, insbesondere Fragen der Organisation und der Disziplin. Ich bin durchaus der Meinung, daß antiautoritäre Verhaltensweisen zur Verunsicherung unserer sehr stark autoritär geprägten Gesellschaft beitragen können. Sie im Rahmen von Aktionen der Linken untereinander zu praktizieren läuft auf Desorganisation oder Spielerei hinaus.

Was uns allen vorschweben sollte, ist, glaube ich, eine politische Bewegung neuen Typs, deren Schaffung in der Aktion die gründliche Bestandsaufnahme und Diskussion der auf der Tagesordnung stehenden internationalen und nationalen

Probleme voraussetzt. Keine linke Gruppe oder Organisation in Österreich wird dies im Alleingang schaffen.

- Zsolt Patka -

Co - Referat von Peter Hallstein (Gruppe Revolte) zur  
"Situation der Linken in Österreich"

Ich will anfangs einige Bemerkungen zum Referat des Genossen Patka machen, einige Richtigstellungen:

Zunächst wird der Eindruck erweckt, daß die IV. Internationale, der Trotzkiismus, für den ich hier praktisch spreche, allein an der Vergangenheit fixiert sei. Dagegen spricht allein schon die organisatorische Praxis der IV. Internationale in sehr vielen Ländern, die zu einigen Bereicherungen der marxistisch-leninistischen Theorie geführt hat und auch einiger Theorien von Trotzki. Wenn Genosse Patka meint, wir seien insofern sehr orthodox, sofern wir an gewissen grundlegenden Erkenntnissen des Marxismus-Leninismus und gewissen Schriften von Trotzki festhalten, so stimmt das schon. Aber an diesen Schriften und an diesen theoretischen Erkenntnissen halten wir nur so weit fest als wir glauben, daß sie in der gegenwärtigen Situation durch die Praxis gerechtfertigt sind. Genosse Patka hat zu Beginn seines Referates gesagt, daß er hier nur seine persönliche Meinung vertritt, hat jedoch auch hinzugefügt, daß er nicht sehr gut informiert ist. Ich würde ihm empfehlen, die letzten Kongreßthesen der IV. Internationale zu lesen und hier Überlegungen dahingehend anzustellen, inwieweit wir wirklich rein an der Vergangenheit fixiert sind.

Daß wir unsere Bewegung mit dem Namen Trotzki verbinden und wir als Trotzkiisten bezeichnet werden, ist eigentlich eher die Schuld unserer Gegner, die uns dieses Schild umgehängt haben und wir sind gezwungen, es jetzt zu tragen. Unsere Gegner bezeichnen uns immer als Trotzkiisten und wir haben diesen Namen gewissermaßen angenommen. Aber das bedeutet, daß es ein Schild, eine Marke ist, wie jede andere Bezeichnung, die nicht unbedingt einen Konservatismus bedeuten soll, die ja mit verschiedenen Inhalten angefüllt werden kann.

Der zweite Punkt, bei dem ich eine Richtigstellung machen will: Genosse Patka erweckt in seiner Darstellung den Eindruck, daß die Differenzen zwischen der Gruppe "Roter Maulwurf" und "Sektion 6" auf der gleichen Ebene liegen - Differenzen mit Watschen antragen - das stimmt keinesfalls. Die "Sektion 6" hat nur der Gruppe "Roter Maulwurf" mit Watschen gedroht. Das heißt also nicht, daß wir auf derselben Ebene stehen und bereit sind, prinzipielle, politische und taktische Differenzen physisch auszutragen. Diese Methode ist allein der "Sektion 6" vorbehalten. Wir wehren uns dagegen, mit ihr auf die gleiche Stufe gestellt zu werden.

Nun unsere Überlegungen zur Situation der Linken in Österreich: Wir glauben, daß genauso wie die kapitalistische Struktur in Österreich auch die geistige Struktur der gesamten Linken deformiert ist, im allgemeinen sehr rückständig, selbst im Vergleich zur BRD. Seit den Sechzigerjahren hat sich bei uns die Bewegung der Neuen Linken gezeigt und auch hier entdecken wir wieder eine merkwürdige Rückständigkeit, die sich vor allem darin äußert, daß man versucht, gewisse Ideen des SDS und anderer Organisationen der Neuen Linken ganz mechanisch auf die österreichische Situation zu adaptieren. Daß das zu Fehlschlägen führen mußte, ist klar. Besonders verbunden mit der traditionellen Schwäche der Linken in Österreich, die im wesentlichen bestimmt war durch die Existenz der Sozialdemokratie, die es bis jetzt verstanden hat, die Massen der Arbeiterklasse hinter sich zu führen, ihre Kampfkraft für die Zwecke der sozialdemokratischen Bürokratie auszunutzen und auszuschmarotzen.

Auch die KPÖ konnte dieses Machtmonopol der SPÖ in der Arbeiterklasse nicht durchbrechen und in letzter Zeit hat sich ganz eindeutig auch im organisatorischen Niedergang der KPÖ die Schwäche ihrer eigenen Politik gezeigt. Wir glauben also, daß die Situation der Linken in Österreich durch eine große Rückständigkeit gekennzeichnet ist, die aufgeholt werden muß.

Man kann nun sagen, so wie es teilweise hier vertreten wird, daß die Spaltung der Linken einfach dadurch gelöst werden kann, daß die linken Gruppen sich jetzt auf ein Minimalprogramm einigen. Es erhebt sich nur gleich die Frage: Wie arbeitsfähig ist so ein Minimalprogramm? Auf Grund eines Programms muß man Strategie und Taktik ausarbeiten, man muß in der politischen Praxis intervenieren können. Ich glaube nicht, daß ein minimales Programm, das versucht, viele Gruppen unter einen Hut zu bringen, daß dieses Programm wirklich die Linke vorwärts bringen kann und die Linke wirklich wirksam in die Situation in Österreich eingreifen kann. Dann dürfen wir nicht vergessen, wenn es darum geht, wirklich eine organisatorische Grundlage, eine Grundlage für eine wirklich arbeitsfähige Organisation zu finden, daß die Situation in Österreich weitestgehend durch die internationale Situation, im speziellen durch die europäische Situation bestimmt wird.

Ich glaube nicht, daß ohne die internationale Analyse, die nur eine internationale Organisation erstellen kann, wirklich ein funktionsfähiges Programm in Österreich erarbeitet werden kann. Dieses Programm, das ein wichtiger Faktor für die Konsolidierung, für das Weiterkommen der Linken in Österreich ist, ist die einzige Basis für eine Organisation.

Ohne ein wirklich ausgearbeitetes Programm kann man vielleicht gewisse Aktionseinheiten machen, man kann gemeinsame Demonstrationen durchführen, man wird aber nie eine kontinuierliche Organisation schaffen können. Daher glaube ich, daß wir auf zwei Ebenen unsere Überlegungen anstellen müssen:

Wir müssen einerseits anerkennen, daß die einzelnen linken Gruppen, auch wenn sie als Sekten bezeichnet werden, das Recht haben, ihre Hypothesen zu entwickeln, ihre programmatischen Vorstellungen zu entwickeln und ihre Organisation aufzubauen, die ja das einzige Mittel dafür sind, diese Hypothesen an Hand der Praxis zu überprüfen, um wirklich festzustellen: was ist richtig, was ist falsch?

Die zweite Ebene müßte sein, daß wir versuchen, in einzelnen gemeinsamen Fragen internationaler Natur, Arbeit in bestimmten Milieus, Jugendmilieus, zu einer Einigung zu kommen. Zu einer Einigung, die vielleicht schon hinausgeht über einzelne bestimmte Demonstrationen und Aktionen und einige Gruppen für einige Zeit zusammenschließt, zur gemeinsamen Arbeit, zur gemeinsamen Diskussion.

Jetzt soll man aber nicht wieder in den Fehler verfallen, zu glauben, daß in einer reinen mechanischen Addition verschiedener guter Ideen ein gutes Programm entsteht, daß wir sozusagen die Rosinen aus den verschiedenen Kuchen picken, zusammenwerfen und das ist dann die ideale Lösung. Es wird vielleicht so sein, daß eine Gruppe, auf Grund der Stärke ihres Programms, auf Grund der Fähigkeit ihrer Kader das Übergewicht gewinnt, Man soll hier nicht gleich wieder "um Gottes Willen" schreien, "hier versuchen sich Leute sektiererisch abzukapseln", Leute versuchen andere polemisch anzugreifen. Man darf hier nicht Leisetreten auf theoretischen Gebiet, man muß sich gefallen lassen, eine scharfe Kritik zu hören, man muß aber auch das Recht haben, auf diese scharfe Kritik zu antworten. Ich denke, wenn wir uns gemeinsam bemühen, jene Punkte herauszufinden, in denen wir zusammenarbeiten, daß sehr viele der hier vorhandenen Organisationen, zumindest die, die auf marxistischer Basis stehen, wirklich gemeinsam handeln können. Wie diese Organisation oder diese Aktionseinheit heißt, daß weiß man jetzt noch nicht, vielleicht FÖJ, vielleicht anders.

Aber ich halte es falsch, daß Genosse Patka besonders auf die FÖJ setzt oder auf den VDS und jetzt glaubt, diese seien ein Unterschied zu den Gruppen, die angeblich traditionsgebunden sind. Er widerspricht sich auch gleich, indem er sagt, sie tragen noch bestimmte Relikte ihrer Verbundenheit mit der KPÖ in sich. Das glaube ich nämlich auch. Die Entwicklung der Linken in Österreich wird also wesentlich davon abhängen, daß man theoretische Positionen klärt, daß man untereinander tolerant ist und kommuniziert, es ist falsch, daß diese Gruppen atomi-

siert waren und fast überhaupt keine Verbindung hatten, nur gerüchtweise voneinander hörten und daher auch keine Zusammenarbeit möglich war.

Man sieht in dem Referat des Genossen Patka ja deutlich, daß selbst er, der ja sehr viele linke Gruppen kennt und gute Verbindungen hat, über verschiedenes nicht informiert ist. Bei den einzelnen Gruppen ist das noch viel, viel schlimmer. Die Leute haben über die Position der anderen Gruppen, selbst der nahestehenden, fast gar keine Ahnung.

Der erste Schritt müßte sein, die Kommunikation, das gemeinsame Gespräch. Das kann natürlich nur dann erfolgen, wenn man sich gegeneinander keine Watschen anträgt und dann kann man versuchen, schrittweise zu gemeinsamen Aktionen vorzustoßen und kann versuchen, auch kontinuierliche, organisatorische Formen zu suchen.

Daß die bestimmten Gruppen, die meiner Meinung nach völlig falsch als Sektoren bezeichnet werden\*) wird man in Kauf nehmen müssen.

Ich glaube, daß jede Gruppe, die der Meinung ist, daß ihre Vorstellungen Möglichkeit haben, realisiert zu werden oder richtig sind, das Recht hat, sich zu organisieren und zu versuchen, diese Hypothesen an Hand der Praxis zu überprüfen. Man wird dann sehen, welche Gruppe recht hat.

Ich möchte noch auf folgendes hinweisen, das eigentlich nicht direkt zum Thema gehört, aber nachdem ich schon am Mikrophon sitze, möchte ich dieses Kommunikationsmittel gleich ausnützen:

Es findet am 21. und 22. November d.J. in Brüssel eine europäische Konferenz gegen die NATO, gegen das Europa der Monopole statt - für ein vereinigt sozialistisches Europa - initiiert von der IV. Internationale - zu der aber alle linken, marxistischen Organisationen aufgefordert sind, ihre Teilnehmer und Delegierten zu entsenden und ich möchte den Vertretern der Organisationen, die hier anwesend sind vorschlagen, mit Genossen Patka oder mit mir in Verbindung zu treten - ich werde ihnen dann den Kongreßaufruf zugehen lassen und auch weitere Informationen über diesen geplanten Kongreß und über die Themen und Referenten, die dort vorhanden sein werden, geben.

\*)bestehen und nach ihren Vorstellungen politisch tätig sind,

Co - Referat von Genossen Roman Wichta - stellvertretender Landesobmann der  
"Zur Situation der Linken in Österr." SJ-Wien, Vorstandsvorsitzungsmitglied.

---

Eingangs möchte ich betonen, daß ich hier meine persönliche Meinung vertrete, die als Ergänzung oder vielleicht als Differenzierung zum Hauptreferat des Kollegen Patka gedacht ist und nicht mit der offiziellen Meinung der Wiener SJ oder des Vorstandes übereinstimmen muß.

Das Thema, die derzeitige Situation der Linken, hängt besonders in Österreich sehr mit den innenpolitischen Gegebenheiten zusammen. Denn von der Einstellung der österreichischen Bevölkerung zur Politik überhaupt, und von der Mentalität zu politischen Ereignissen Stellung zu nehmen, wird die Situation einer Gruppe oder einer Weltanschauung wesentlich beeinflußt.

Daher möchte ich gleich einschränken, daß ich der Ansicht bin, daß ein großer Teil der österreichischen Bevölkerung nicht in der Lage ist politisch zu denken, sondern es höchstens als politische Aktivität betrachtet, bei Wahlen seine Stimme abzugeben. Ganz egal für welche Partei diese Stimme abgegeben wird, ob für das konservative Lager oder auch für meine eigene Partei. Der Umstand, daß sehr oft bereits im Kindesalter die politische Linie für das ganze Leben vorgezeichnet wird, erscheint mir zu wenig. Ebenso zu wenig, wie nur die Stimmabgabe ohne weitere politische Gedanken. Ich fürchte, daß dieser Umstand, man könnte es auch als Zustand bezeichnen, auf einen sehr großen Teil gerade der österreichischen Bevölkerung zutrifft. Das ist meine Meinung über die Aktivität der Masse. Wesentlich für das politische Geschehen verantwortlich, ist also, nur ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung, wie ja auch in der Politik, in der Führung, der Aktive entscheidet und beeinflußt.

Ich möchte daher näher auf den kleineren, aktiven Teil eingehen, der sich zuerst aus Parteimitgliedern oder sonstigen politischen Aktivisten zusammensetzt, wobei Parteimitgliedschaft nicht mit Aktivität gleichzusetzen ist. Bleiben wir also beim noch kleineren Teil, bei den Menschen, die als Funktionäre wirken. Bei einem Funktionär setze ich voraus, daß er zu dem Zeitpunkt, wo er sich Gedanken über seinen politischen Standort macht, die bestehende Situation analysiert und nach dieser Analyse seine Position festlegt. Als Grundlage dieser Analyse wirft sich die Frage auf, welche Informationsquellen der noch nicht orientierte Mensch nützt, um sich sein Wissen zu verschaffen, aus dem er seinen Standort bestimmen kann. Sucht er die Information nur bei einer bestehenden politischen Partei, könnte er gleich den bereits erwähnten Weg des angeborenen oder vorgezeichneten Individuums gehen. Nach diesen allgemeinen Betrachtungen über den Beginn der Information, bis zu dem Zeitpunkt des Findens einer politischen Richtung, die je nach der Situation des Einzelnen, früher oder später - jedoch unbedingt noch im Stadium des Jugendlichen erfolgen sollte - müßte sich bereits die Tendenz erkennen lassen. Bei einer Linkstendenz setze ich voraus, daß sicher der Jugendliche vielseitig informiert hat und auf Grund eigener Überlegungen seinen politischen Standort festlegt. Wenn wir hier gemeinsam versuchen wollen, die derzeitige Situation der Linken in Österreich zu analysieren, dürfen wir keineswegs außer acht lassen: welche Intentionen führen zur Bildung der Rechten? Setzt also die Linkstendenz, Analyse des Einzelnen, Demokratis, für mich persönlich auch unbedingt Freiheit der Person voraus, so ergibt sich die Rechtstendenz wohl meist aus wirtschaftlichen Erwägungen, rassistischen Gegebenheiten und autoritären Impulsen. Aus den erwähnten Gründen möchte ich daher die Linke als Gesamtheit, zumindest im Denken als aktiven Teil bezeichnen, soweit nicht wieder einzelne Linke in Extreme ausarten. Denn von einer großen Masse, die ich als Hauptteil der Bevölkerung politisch gesehen bezeichnen möchte, werden Extreme verhaßt, besonders der Linken, Auswüchse schaden der Gesamtheit. Der Rechtsextremismus endet im Faschismus, der Linksextremismus, wie er in Wien von einigen Gruppen praktiziert wird, ist jedoch ohne weiters mit Anarchie zu vergleichen.

Wenn wir nun die Situation der Linken in Österreich weiter analysieren, müssen wir auch die geographische Lage Österreichs in Betracht ziehen. Im Herzen Europas, umgeben von Ländern des Ostblocks, Grenzland des kapitalistischen Deutschlands, am Schnittpunkt der politischen Gegebenheiten von Großindustrie und Klassenkommunismus, spielte in Österreich die Ost-Westpolitik bereits immer eine große Rolle. Österreich ist daher eine Mischung von alt-hergebrachten politischen Gegebenheiten, neuen Ideen. Von westlichen Einflüssen und östlichen Grenzen umgeben. Kehren wir daher zurück zu der bereits mehrfach zitierten Masse, zu den Möglichkeiten der Information der Masse und zur Meinungsbildung über die Linken, einschließlich der Anarchisten, welche sich so gerne als links bezeichnen und leider auch als Linke angesehen werden. Die Information der Öffentlichkeit erfolgt durch Presse, Rundfunk und Fernsehen, also durch Massenmedien, bei denen die Manipulation an der Tagesordnung ist. Daß sowohl gemäßigte als auch extreme linke Gruppen keine Kontrolle über diese Massenmedien ausüben, wissen wir alle. Wenn daher Meldungen an die Öffentlichkeit kommen, wie beispielweise über die Vorfälle an der Universität anlässlich der verschiedensten Demonstrationen, die allesamt als Aktionen der Linken hingestellt wurden, obwohl sie teilweise von Anarchisten durchgeführt wurden. Wie denkt dann die Öffentlichkeit über die Linke in ihrer Gesamtheit? Ich möchte die Aussage der Hair-Ensemble-Mitglieder, daß die Wiener spießig sind, in Bezug auf die Einstellung der Leute zu neuen Formen voll unterstützen. Egal, wo man in Europa diskutiert, oder die Probleme der Jugend betrachtet, man wird kaum einen so hohen Prozentsatz an konservativ eingestellten Leuten finden als in Österreich, speziell auch in Wien. Dies ist nicht nur das Wiener Rautzen, sondern ein verwurzelter Moralbegriff, daher findet die Presse und Rundfunk für die manipulierten Kommentare einen guten Nährboden, wodurch sich die Chancen der Linken beträchtlich verringern.

Ein wesentlicher Faktor wäre es also, eine objektivere Berichterstattung der Massenkommunikationsmittel zu erreichen; denn nur in der Formierung der Linken sehe ich Chancen in breitester Basis an die Jugend heranzukommen, in der leider nicht nur Linkstendenzen zu keimen beginnen. Ein großer Vorteil der Rechten besteht darin, daß sie sehr geschlossen in Erscheinung tritt, während sich die Linke in der Theorie verzettelt und in der Praxis dann zu streiten beginnt. Durch diesen Streit in der Verwirklichung der differenzierten Ideen, gelingt es der Rechten, größere Teile der Jugendlichen zu gewinnen als notwendig wäre.

Eine objektive Berichterstattung würde auch folgendes Erlebnis zur Bedeutungslosigkeit degradieren. Am 1. Mai 1970 sah ich mir den Maiaufmarsch der KPÖ an. Hinter dem Podium der KP-Führung hatte sich eine Gruppe von ca. 20 Jugendlichen eingefunden, welche sich auf ihren Transparenten als Lehrlingsorganisation AMAS bezeichneten. Während des Aufmarsches versuchten sie mit Sprachchören, Lenin, Marx, Engels und Gaifer vor dem Mund die Kundgebung zu stören. Kann man so eine Gruppe als links bezeichnen? Etwas später agitierte diese Gruppe beim Minipodium der Marxisten-Leninisten, gegenüber dem Burgtor mit sturen Parolen die vorübergehenden Leute an und wich jeder Diskussion aus. Ich möchte solche Vorfälle nicht einmal als Auswuchs der Linken bezeichnen, sondern als Illusionisten, die nicht gefährlich sind (wie etwa Rechtsradikale) sondern deren Gefährlichkeit darin liegt, daß ihre Taten von der Presse der Öffentlichkeit als links serviert werden. Daß also die Vorfälle wie etwa auf der Uni, die ich schon erwähnt habe, von Sekten begangen, aber von der Presse bewußt der gesamten Linken unterschoben werden.

Das soll nicht heißen, daß ich alle Bestrebungen der kleineren linken Gruppen von vornherein verurteile. So entwickelte z.B. die 'Sektion 6' anlässlich der Kambodscha-Demonstration an der auch ich teilgenommen habe, einige aktive Faktoren, die jedoch an der mangelnden Organisation dieser kleinen Gruppe scheiterten. Abgesehen von meiner Organisation und anderer Jugendorganisa-

tionen unserer Partei, die über das gesamte Bundesgebiet hinweg organisiert sind, fehlt in der gesamten linken Jugendbewegung eine Jugendorganisation, die organisatorische Voraussetzungen mitbringt. Dadurch verschwinden oft sehr lobenswerte Gedanken, von kleinen Gruppen, in der Versenkung. Durch das Fehlen der organisatorischen Basis können kleine Gruppen oft ihre theoretischen Ideen nicht verwirklichen. Wenn sie dann merken, daß die Realität weit von der Theorie entfernt ist, versuchen sie in Panikstimmung Aktionen (wie etwa beim 'Twen-Shop' 1969), die unüberlegt durchgeführt, der bürgerlichen Presse die sehnüchtig erwarteten Argumente und der Bevölkerung jene 'Gründe' liefern, die dann als Vorwand in der Diskussion benützt werden um nicht näher auf berechnete Anliegen eingehen zu müssen. Solche Aktionen finden vielmehr Wiederhall, als alle positiven Anstrengungen, welche solche Gruppen vielleicht gemacht haben. Zu einer wesentlichen Frage, die von Kollegen Patka angeschnitten wurde: zum gemeinsamen Verstehen der Linken. Hier möchte ich ganz klar sagen, wenn es auch laut Eurer Organisation nicht der Fall ist, so glaube ich trotzdem, daß zwischen der Linken in Österreich wesentliche Differenzen in der Ideologie bestehen. Als ideologische Differenz können wir gleich den Fall CSSR nehmen. Viele von Euch waren Mitglieder der KPÖ und sind es zum Teil noch jetzt. Die CSSR war und ist ein großer Faktor in der österreichischen Politik, wird doch immer die Auswirkung der Ostpolitik besonders in Österreich spürbar. Ich will nur an diesem kleinen Beispiel, verschiedene Auffassungen zur CSSR-Invasion zwischen der KPÖ und der FÖJ, aufzeigen, wie groß die Unterschiede ideologischer Art nur bei diesem kleinen Bogen sind. Um wieviel größer, scheint mir, ist der Unterschied erst zwischen dem stalinistischen Kurs der KPÖ und dem derzeitigen Kurs der SPÖ, die sich zum erstenmal in der österreichischen Geschichte an der Regierung befindet und allein mit einem Minderheitskabinett regiert. Der Unterschied also zwischen einer Partei, die von den Auswirkungen der Ostgrenzen lebt, und einer Partei, die mit den politischen Gegebenheiten unseres Landes täglich aufs Neue konfrontiert wird.

Trotz diesem Unterschied in der Situation der Linken, vielleicht gerade deshalb weil die SPÖ jetzt die Regierungspartei ist, möchte ich klar betonen, daß die SPÖ eine Linkspartei ist. Hier die nicht leichte Aufgabe der Regierung zu der man sagen kann, jetzt habt ihr den Wahlerfolg, seht zu, wie ihr damit fertig werdet, auf der Gegenseite eine KPÖ der stalinistischen Pensionisten. Allein aus diesen Umständen sehe ich nicht die Einheit, die Ihr zu sehen glaubt. (Das andere Gruppierungen bestrebt sind eine linke Basis zu schaffen, ist glaube ich, in der Vergangenheit über Versuche nicht hinausgekommen.)

Über Versuche, wie etwa die Kambodscha-Demonstration, die beim Publikum, wenn man die österreichische Bevölkerung so nennen will, angekommen ist. Dem gegenüber stehen Versuche wie die Uni-Vorfälle, Twen-Shop 69 usw., die die Öffentlichkeit schockiert haben.

Zusammenfassend möchte ich daher sagen, daß wir von einer Annäherung der gesamten Linken erst sprechen können, wenn solche Sektoren bereit sind, miteinander zu diskutieren und von ihren Standpunkten, wenn notwendig, auch abzurücken. Erst dann könnte eine Koordinierung der Linken Ansätze für die Installation einer Aktion der gesamten linken Jugend in Österreich bringen.

Außerdem stellt sich uns bei der politischen Lage in Österreich die Frage: Was ist besser für die Verwirklichung linker Ideen? Sektierertum, mit dem Ziel, eine breitere Basis zu erreichen und dann mit dieser Basis zu versuchen, bestehende Normen und Gebräuche zu ändern, so zu ändern, wie man es sich theoretisch vorgestellt hat, oder in den bestehenden Körper zu integrieren?

Zum Beispiel in gesetzgebende Körperschaften oder in Parteien, in Gewerkschaften, in verordnende oder begutachtende Gremien, und dann in diesen Körperschaften, Parteien etc. durch Mitarbeit zu versuchen, die Vorstellungen des einzelnen Linken oder der linken Gruppe zu verwirklichen.

Ist es nun effektiver zu integrieren oder neue Formen zu finden? Kollege Patka sagte zuerst, daß es notwendig sei, eine Linke gemeinsam zu gründen und der Linken zum Durchbruch zu verhelfen. Wenn die Linke soweit kommt, daß sie in einigen Punkten eine gemeinsame Auffassung vertritt, dann wäre vielleicht der erste Schritt getan.

Es ist aber niemand da, darin sehe ich eventuell die Zukunft der FÖJ - ich möchte nicht in die innerorganisatorischen Aufgaben der FÖJ eingreifen - aber ich könnte mir vorstellen, daß eine Jugendorganisation ungefähr in der Mitte der Linken stehen könnte, von meiner Warte aus gesehen. Daß diese Organisation also ein Kulminationspunkt der Meinungen und ein Diskussionspunkt aller linken Gruppierungen wird, soweit es ihr gelingt, den Klumpfuß der KPÖ oder den stalinistischen Anstrich, den sie in vielen Kreisen der verschiedenen Jugendbewegungen noch hat, loszuwerden und wirklich zu einem echten Diskussionsforum gedahnt.

Der Faktor der integrierten Einflußnahme betrifft natürlich auch besonders die Massenkommunikationsmittel. Denn auch die APO in Deutschland ist, wie mir von deutschen Kollegen in Diskussionen in der BRD mitgeteilt wurde, an vielen Problemen gescheitert. Einige glauben, daß in Österreich eine APO oder ähnliches installiert werden müsse. Es werden Versuche unternommen, die in Deutschland und Frankreich bereits wieder vergessen sind.

Die Mentalität der österreichischen Bevölkerung ist grundverschieden von der Mentalität der deutschen oder französischen Bevölkerung, das Echo dementsprechend vollkommen anders. Bei der erwähnten konservativen Einstellung daher eher ablehnend. Obwohl diese Art Politik zu machen und die Öffentlichkeit wachzurütteln in Deutschland Teilerfolge hatte, weil sich doch ein großer Teil der Bevölkerung dazu bereit fand den Dingen auf den Grund zu gehen, brauchen wir uns nicht der Illusion hinzugeben, daß das in Österreich ebenso der Fall ist.

Trotzdem und vielleicht gerade deshalb, sollten wir versuchen, uns mit dem österreichischen Begebenheiten abzufinden, das heißt nicht sie zu akzeptieren, sondern zu versuchen in ständiger Konfrontation mit der Realität gemeinsam den Kapitalismus und vor allen Dingen den in Österreich wieder hervortretenden Neofaschismus, sowie den Rechtsradikalismus auf den Hochschulen gemeinsam, zum Schutz der Demokratie, entgegenzutreten, um auf dem Boden dieser Demokratie vielleicht die unterschiedlichen ideologischen Auffassungen in der Diskussion anzunähern und sehr vielen praktischen Lösungen zuzuführen.



Protokoll Nummer 6  
Referat - Paul KOLM

II- Teil - (Perspektiven der Linken in Österreich)

Generationskonflikt - Ausdruck einer  
spezifischen Form des Klassenkampfes  
in der Situation einer total veränderten  
und im Umbruch befindlichen Welt?

Darüber sprach im Rahmen der Sommerakademie der F Ö J  
(Juli-August 1970) Genosse Paul Kolm(VDS) ehemaliges  
Mitglied des Zentralkomitees der KPÖ.



Generationskonflikt - Ausdruck einer spezifischen Form  
des Klassenkampfes ?

Die Aufgabe war, eine mögliche Beziehung zwischen Generationsproblem, den dabei auftretenden Konflikten und dem Klassenkampf zu untersuchen. Es zeigt sich, daß hier nicht nur allgemeine langfristige Tendenzen wirksam sind, sondern auch sehr kurzfristige Übergänge, jeweils abhängig von der von Land zu Land verschiedenen spezifischen, historischen und aktuell-politischen Situation, daß sowohl kontinuierlich als auch diskontinuierliche Prozesse registriert werden können. Es bedürfte einer sehr langwierigen und komplizierten Arbeit, alle Phänomene in einer adäquaten Theorie zu behandeln.

Ich habe schon vor ein bis eineinhalb Jahren das Problem angerissen, ihr erinnert euch vielleicht an einen Diskussionsbeitrag in der "Jugend 69" und an meine Mitarbeit bei dem Dokument für eine neue Jugendorganisation. Die Diskussion ist mehr oder weniger deshalb nicht zustande gekommen, weil sie durch die in der Partei übliche stereotype Phrase, daß in den von mir vertretenen Anschauungen der Generationskonflikt den Klassenkampf ersetzen soll, abgewürgt wurde. Interessant ist in diesem Zusammenhang noch, daß schon im Jahre 1963 ein Buch von Ernst Fischer über die Probleme der jungen Generation erschienen ist, das zwar auf weiten Strecken literarisierenden Charakter hat, aber doch in der Fragestellung wesentliche Probleme aufzeigt und immerhin zeigt, daß Fischer schon damals eine gewisse Feinfühligkeit für gegenwärtig aktuelle oder zukünftige Probleme hatte, die mir für einen Marxisten notwendig scheint. Aber sichtlich ist auch schon damals dieses Problem verniedlicht worden.

Es ist keine rethorische Floskel von mir, wenn ich sage, daß das Referat wahrscheinlich weniger Probleme und Fragen beantworten, als Fragen stellen und Probleme aufrollen wird. Ich glaube, daß das an und für sich nichts schlechtes ist, weil in einer Phase der Neuerarbeitung bestimmter theoretischer Auffassungen und der Suche nach neuen Möglichkeiten der Praxis zunächst entscheidend ist, die Fragestellung richtig zu entwickeln. Der französische Marxist Garaudy schreibt, daß die Geschichte der Vernunft sich nicht nur im Versuch neue Antworten auf ewig alte Fragen zu finden darstellt, sondern in der Veränderung der Fragestellung selbst. Dieser Gesichtspunkt ist oft verloren gegangen.

Es besteht beim Generationsproblem und seinen Konflikten oft eine Tendenz, die Frage auf eine Soziologie des Generationsproblems zu reduzieren. Soziologie in einem Sinn, wo alle Fragen formalisiert werden - ich werde darauf noch zurückkommen - wo man glaubt, in positivistischer Manier mehr oder weniger mit Meinungsbefragungen und daraus abzulesenden Resultaten ein Auslangen zu finden. Man ist sich oft gar nicht darüber im klaren, wie wesentlich das Weltbild, das man hat, die Theorie der gesellschaftlichen Entwicklung, mit der man an

solche Fragen herangeht, das Ergebnis mitbeeinflusst. So kommt Bednarik, der vor kurzem ein Buch über "Die unheimliche Jugend" veröffentlicht hat, zu Ansicht, daß keine Impulse von der Minderheit der rebellierenden Jugend auf die Mehrheit übergehen. Ein vorher erschienenes Buch von Hollstein bringt die Zahlen, daß 67 % der Jugendlichen der BRD für Protestaktionen sind und 58 % behaupten zu protestieren oder protestieren zu wollen. Also immerhin ein Indikator für den Übergang von Impulsen und Tendenzen der aktiven Minderheit auf die Mehrheit der Jugend.

Bei der Untersuchung der Vielfalt, in der die Frage der Eingliederung der jungen Generation in die jeweils bestehende gesellschaftliche Ordnung im Laufe der Geschichte gelöst wird - denken wir an Initiationsriten und Rituale der primitiven Gesellschaften und an die modernen Formen der Sozialisationen, in relativ statischen Gesellschaften stellt sich das Problem anders, als in relativ dynamischen - erfaßte man schon früh, daß diese Problematik nicht Ausdruck bloßer Natur, sondern gesellschaftlich geprägt ist. In der bürgerlichen Theorie mischen sich zunächst Sozialismus und Geschichtsphilosophie. Der Begründer des Positivismus Conte z.B. war der Ansicht, daß die Ablöse der Generationen im Zeitraum von 30 Jahren eine Naturkonstante ist, die für die Art und Weise des gesellschaftlichen Fortschritts bestimmend ist. Lösen sich die Generationen früher ab, also ist die Phase kürzer als 30 Jahre, dann bekommt die Unruhe der Jugend das Übergewicht und die Entwicklung der Gesellschaft endet im Chaos, ist diese Periode länger als 30 Jahre, dann gewinnt das Zur-Ruhe-Setzen des Alters das Übergewicht und die Gesellschaft beginnt zu stagnieren. Neben dieser biologischen Tendenz fanden wir wie schon erwähnt oft eine formalisierende Tendenz, z.B. bei Mannheim in den 20iger Jahren, der zwar auch gesellschaftliche Komponenten für wesentlich hält, aber seine Untersuchung unabhängig vom Charakter der Gesellschaft und losgelöst von einer wirklichen Analyse der Klassenstruktur, ihrer Übergänge und Entwicklungen betreibt. Konsequenterweiterung führt diese Loslösung zu einer biederen Systemapologetik, in der die tatsächlichen Herrschaftsverhältnisse verschleiert werden wie bei dem schon zitierten Bednarik, der von einer etablierten Erwachsenen-Gesellschaft spricht und von einer Naivität der Rebellen, die ihr gegenüber stehen, denn die proletarische Revolution sei ja schon vorbei.

Der Schluß, den er natürlich dann logisch zieht, ist: helfen wir den Jungen, sich zu emanzipieren, besonders den Fähigen, um sie in die pluralistischen Eliten der Gesellschaft, die sie irrtümlich für ein in sich geschlossenes Etablissement halten, einzuordnen.

Die Sozialistische Partei hat in den letzten Jahren, vor allem über das "Institut für Empirische Sozialforschungen" auch einige Untersuchungen gemacht, die sich im Rahmen des Verhältnisses von Jugend und Politik mit der Problematik der einfließenden Generationsfragen beschäftigen. Diese Untersuchungen sind aber im wesentlichen darauf beschränkt geblieben, eine adäquate

Propaganda für die nächsten Wahlen zu finden, sie wurden nicht in eine Theorie der Veränderung der gesellschaftlichen Umstände eingeordnet.

Ich glaube, daß Fischer grundsätzlich recht hat, wenn er definiert, daß die gesamte soziale Umwelt, ihre ökonomische Struktur, die politische Situation, Inhalt und Form ihrer Klassenkämpfe, das Wesen und die Problematik einer jungen Generation ergeben, daß die junge Generation keine biologische, sondern eine gesellschaftliche Kategorie ist.

Zeichnen wir die Entwicklung seit 1945 nach. Unmittelbar nach 1945 kann mit Recht von einer - wie Schelsky sie nannte, - skeptischen Generation gesprochen werden, einer Generation, die fast ausschließlich einer Anpassung an das Bestehende huldigte, wir sehen von Formen der alltäglichen Auflehnung innerhalb der Familie usw. ab, weil nach dem Krieg sowieso alles "anders" war. Abgelöst wurde diese Generation durch die "Halbstarken-Generation". In fast allen hochindustrialisierten Ländern traten jugendliche Banden auf, die ein hohes Maß autonomer Organisationsfähigkeit entwickelten. Als Beispiel erwähne ich die englischen Rockers. Also jene Banden von Motorradspezialisten, die ihre Frustration allwöchentlich im Seebad von Brighton in der Zerstörung der Strände usw. zum Ausdruck brachten. (Die wirkliche Analyse aller dieser Tendenzen ist wahrscheinlich gehandicapt von den Vorstellungen und Erwartungen, die die ältere Generation von der sozialen Rolle der Jugend hat. Das geht sogar auf uns über und erschwert uns eine Einschätzung dieser Tendenzen, wobei die ältere Generation vor allem geprägt ist vom Erlebnis der bürgerlichen Jugendbewegungen der 20iger Jahre oder von der politischen Jugendorganisation, die von den Erwachsenenorganisationen ins Leben gerufen, gefördert, gelenkt usw. wurde) Der "Halbstarkengeneration" folgte der Gammlertypus - (ich spreche immer von den Minderheiten, die in ihrer Rebellion aber doch Ausdruck der Sehnsucht einer Generation nach einer neuen Art des Lebens sind).

Befragungen haben ergeben, daß 60 bis 80 % der Gammler unzufrieden mit der gegebenen Gesellschaft waren, immerhin schon eine relevante Zahl. In Europa sind ca. hunderttausend sogenannte Vollgammler. Dazu sind dann weitere hunderttausende Wochenend- oder Feriengammler gekommen - junge Leute, die nicht die Möglichkeit oder auch nicht die Konsequenz des oft völligen Bruchs mit gesellschaftlichen Traditionen hatten, die sich aber hingezogen fühlten zu dieser Art zu leben und sich in ihrem Urlaub oder an den Wochenenden den Gammlern anschlossen. Die Gesellschaft reagierte auf die Gammler noch allergischer als auf die Halbstarken. Das liegt glaube ich darin, daß die Gammler eine Theorie der Verweigerung der regelmäßigen Arbeit entwickelt haben, daß sie den Zwang, die Hierarchie, die Zerstückelung, die den ökonomischen Prozeß beherrscht, kritisiert haben. Und was das Ärgste für die herrschende Gesellschaft ist, daß sie sich geweigert haben, Sklaven des Konsums zu sein. Parallel zu den Gammlern hat sich eine weitere interessante Bewegung etabliert - die

Provos - deren Haupttheoretiker immerhin geschrieben hat, daß das menschliche Individuum sich zur Wehr setzen muß gegen die Machtkonzentration von Staat und Wirtschaft -- Abbruch ist Aufbau - es muß ein subversives Proletariat - auch Provokariat genannt - entstehen. "Es muß auch die Möglichkeit des Nichtarbeitens geben, darum ist aller Besitz zu kollektivieren." Zum ersten Mal wurde in dieser Provo-Bewegung, die ihr Zentrum in Holland hat, mit untereinander im Kontakt stehenden Zweigstellen in den romanischen Ländern, im Rahmen spontaner, autonomer Organisationsformen gewisse Alternativen neben der reinen Negation entwickelt.

Auch die Hippies haben eine Art Gegenwelt entwickelt, die Abkehr von bürgerlichen Vorstellungen, eine Gegenwelt, die meiner Meinung nach doch romantisierend war - ich komme vielleicht später noch darauf zurück.

Und dann gibt es neben all diesen Tendenzen das Engagement der jungen Generation mit eindeutig revolutionären Zielsetzungen, sowohl in ihrem Bewußtsein als auch ihrer objektiven Natur nach. Diese revolutionäre Strömung manifestiert sich hauptsächlich in der linken Studentenbewegung, erfaßt aber in kritischen Situationen auch Teile der jungen Arbeiter. Es gibt Untersuchungen über den Mai 1968 in Frankreich, die zeigen, daß dort vor allem die jungen Arbeiter bereit waren, gewisse Risiken des Kampfes einzugehen und daß sie am schnellsten Forderungen der unmittelbaren Demokratie am Arbeitsplatz entwickelten.

Eine grobe Einteilung der Protestformen, die wir nach dem 2. Weltkrieg kennengelernt haben, läßt eine gewisse Linie der Entwicklung erkennen.

- a) Die Halbstarke als eine Negation der bestehenden Ordnung ohne Entwicklung von Alternativvorstellungen, die Alternativen wurden nur innerhalb der eigenen Gruppe gesetzt und da waren sie im wesentlichen ein Spiegel ihrer Umwelt. Es wurde die Hierarchie der Gesellschaft innerhalb der Gruppe vollzogen, Führungsprinzip usw.
- b) Dann die zweite Stufe, die Negation mit romantisierenden Alternativvorstellungen, vor allem Gammler und Hippies.
- c) Dann die dritte Stufe, die Negation der herrschenden Gesellschaft, die sich verbunden hat mit gesellschaftlichen Alternativvorstellungen gemischten Charakters, wo sowohl sozialistische Vorstellungen, anarchistische, reformistische Vorstellungen in einer eigenartigen Mischung eingeflossen sind, wie bei den Provos und Teilen der Studentenbewegung.
- d) Dann die Negation verbunden mit eindeutig sozialistischen Zielvorstellungen, die vor allem die linke Studentenbewegung, die organisierte Arbeiterjugend und Teile der Arbeiterjugend in Konfliktsituationen. (Speziell für die linke Studentenbewegung ist, daß sie den politischen Kampf am Arbeitsplatz führt!)

Die soziologische Aufschlüsselung dieser groben Einteilung nach Herkunft, vor allem aber nach der sozialen Stellung ist wichtig. Hier zeigt es sich, daß die Studenten objektiv ihrer Lage nach es leichter haben, gesellschaftliche Alternativen zu entwickeln - vielleicht kann man dann in der Diskussion darauf eingehen, warum das so ist. Gehmacher vom Institut für Empirische Sozialforschung (IFES) z.B. hat nachgewiesen in österreichischen Untersuchungen, daß junge Angestellte eher an einer gerechteren Verteilung der Güter interessiert sind als junge Arbeiter, und auch mehr an einer Veränderung interessiert sind. Es wäre vielleicht auch nicht uninteressant, über den Satz von Habermas zu diskutieren, ob nicht eine Dialektik des falschen Überflusses eher zu einer Überlegung irrationaler, also unvernünftiger Herrschaft führen kann, als eine Dialektik der Armut.

Welche Punkte faszinieren also vor allem am Aufstand, wenn das auch ein großes Wort ist und relativiert gehört, der jungen Generation?

Erstens der, zumindest schlummernde, oft spontan zum Ausdruck kommende, oft wirklich vorhandene, sozialistische Charakter, im Gegensatz zu früheren Jugendbewegungen;

Zweitens die autonome Organisationsfähigkeit, die ein Ausmaß erreicht hat, das man früher nie kannte und

drittens auch die Frage der Subkultur dieser jungen Generation, die ein eigenes Kapitel wäre, das gar nicht so einfach zu behandeln ist. Wahrscheinlich muß man untersuchen: Subkultur, wo sie wirklich eine autonome Produktion neuer eigener Ausdrucksformen darstellen, wenn sie auch anschließend vom System integriert werden konnten, also umgekehrt werden konnten in ihrer Wirkung: Subkultur, wo das Kapital von sich aus Pseudoausdrucksformen an die Jugend herantragen hatte, oder wo sich beide Gesichtspunkte überschneiden. Ich glaube, daß aber doch auch autonome Ausdrucksformen entwickelt wurden im kulturell-zivilisatorischen Bereich, wo immer man will, in der Musik, in der Art und Weise des Zusammenlebens, usw.

Eine Frage, die oft gestellt wird: gibt es einen Automatismus, ist das eine Art Naturgesetz, daß die Jugend tendentiell progressiv und das Alter tendentiell konservativ ist? Meiner Meinung nach gibt es kein solches Naturgesetz und diese Frage ist immer ganz konkret gesellschaftlich bestimmt. Es ist immer von der unmittelbaren historisch, politischen aktuellen Situation abhängig, wohin die junge Generation, in welches gesellschaftliche Lager, sie tendiert. Aber innerhalb einer gewählten Strömung, sei es jetzt eine Strömung sozialistischen Charakters oder bürgerlichen Charakters, zeigt die junge Generation eine bessere Verarbeitung neuer Gegebenheiten. Weil sie eine neuartige Distanzierung des Gegenstandes in sich trägt, warum, darauf komme ich noch zurück, weil sie einen neuartigen Ansatz bei der Aneignung der Probleme aufweist und weil sie leichter imstande ist, neue Fragestellungen zu formulieren, Allerdings, die grobe Einteilung, die ich vor-

her gegeben habe, weist darauf hin, daß gerade jetzt, in den letzten 15 Jahren, vielleicht auch nur in den letzten 10 Jahren, ein Zusammentreffen objektiver Tendenzen der Entwicklung des Kapitalismus, verbunden mit Phänomenen aktuell politisch-historischer Natur, eine Richtung nach links, eine Wahl nach links begünstigen. (Natürlich gibt es auch innerhalb dieser Tendenz widerspruchsvolle Faktoren).

1) Da ist zu nennen die Dynamisierung, die immer raschere Umwälzung der Kultur- und Zivilisationsbedingungen, die dadurch bedingte Veränderung der Ausbildungs- Arbeits- und Lebensweise innerhalb einer Generation im Zusammenhang mit der Veränderung der Produktionsweise (wissenschaftlich-technische Revolution), die sich immer rascher veränderte Zusammensetzung der Klassenstruktur der Gesellschaft. Die Familie hat aufgehört, Lebensweisheit zu verkörpern, in einer sich rasch veränderten Gesellschaft kann in der Familie keine gesellschaftliche Erfahrung in dem Ausmaß wie früher vermittelt werden, darum ist ja die Ausbildung usw. immer mehr vergesellschaftet worden, d.h. an die Schule und an die anderen Institutionen übertragen worden. Die Autorität Familie ist brüchig geworden.

Andererseits, das ist eine widerspruchsvolle Tendenz, beweist Ing. Gehmacher, daß konkret in Österreich die Familie nach wie vor wesentlich ist bei der Weitergabe politischer Verhaltensweisen. Das Interessante bei diesen Untersuchungen ist, daß die Mütter, obwohl sie im Durchschnitt weniger politisches Engagement haben, entscheidender sind bei der Übergabe politischer Verhaltensweisen innerhalb der Familie als der Vater. Das ist wahrscheinlich vor allem ein psychologisches Phänomen.

2) Die ganze Veränderung, die im Rahmen des Ausbildungssektors vor sich gegangen ist, also Schule, Universität, Berufsausbildung. Aber auch hier widerspruchsvolle Tendenzen, die nicht einfach auf einen Nenner zu bringen sind. Brecht schreibt z.B. in der Beantwortung der Frage, warum der Faschismus ein derartiges Übergewicht in der Indoktrierung der Jugend gewinnen konnte: "Die Jugend steht als 'soziale Klasse' außerhalb der Produktion, befreit davon, sich ihren Unterhalt zu verdienen, sind sie einer Propaganda ausgesetzt, die nur innerhalb der Produktionssphäre ihre Wirksamkeit verlieren kann."

Meiner Meinung nach trifft das auch heute noch zum Teil zu. Allerdings nur zum Teil, weil bestimmte Veränderungen vor sich gegangen sind. Vor allem die, daß die Wandlungen in der Produktionsweise, die immer rascher vor sich gehen, Schule, auch Familie usw., aber vor allem die Ausbildungsinstitutionen verspätet erreichen. (Die Gesellschaft neigt überhaupt dazu, ihre ganzen Wachstumskrisen und ihre Probleme in den Ausbildungssektor zu verlagern.) Das Ausbildungsniveau ist zu niedrig und wird bewußt zu niedrig gehalten, um keine wirkliche Selbständigkeit der jungen Menschen in ihrer Arbeit und in ihrem Leben zu ermöglichen, aber es kann nicht so niedrig gehalten werden, daß es das Bewußtsein der willkürlich vor-

eingenommenen Verstümmelung raubt. Meiner Meinung nach ist es gerade diese Frage, die oft unbewußt in Konflikten in der Schule, Universitäten usw. zum Ausdruck kommt und die doch zum Teil anderen Charakter hat als früher.

Das spielt natürlich schon hinein in die Frage, die wir schon öfters diskutierten, der spezifischen Unterdrückungs- und Einordnungsmechanismen, die auf die junge Generation wirken. Die Widersprüche unserer Ordnung treffen die Jugend besonders hart und werden von ihr besonders empfunden, ob es das Wohnungsproblem ist usw. Die Jugend nimmt eben in einem gewissen Sinn eine eigenartige Zwischenschicht ein. Sie ist ein eigenartiges Mittelding zwischen einer nur statistischen Gruppe, a la Radfahrer, Nichtraucher usw. und einer sozialen Schichte, sie ist aber keine soziale Klasse.

3) Die politische Bewußtseinsbildung erfolgt heute unter ganz anderen Bedingungen als früher. Das Debakel der älteren Generation wurde für einen Teil der Jugend offensichtlich. Lüge und Heuchelei des Systems in allen Lebensbereichen werden angeklagt. Dann in solchen Fragen, die für die Linke entscheidend wurden, wie z.B., daß sich der Imperialismus gerade in den letzten Jahren in einer Art und Weise entlarvte, wie früher nicht, bzw. es gelungen ist, ihn zu entlarven. Auch eine Frage, die glaube ich für die Bewußtseinsbildung, die zum Engagement tendiert, nicht unwesentlich war.

All das zusammen gesehen zeigt, daß wir das, was wir heute so wie eh und je als Generationskonflikt bezeichnen, nicht mehr dasselbe ist wie früher. Der Generationskonflikt ist politischer geworden, er ist im höheren Ausmaß objektiv in die Klassenauseinandersetzung einbezogen, ja, er ist oft Element des Klassenkampfes.

Früher wurde der Generationskonflikt (der historisch und politisch relevante) vor allem innerhalb des Bürgertums ausgetragen, weil da die junge Generation vor der Entscheidung stand, zu welcher Klasse sie sich bewegt, ob sie in der Klasse des Bürgertums bleibt oder, wie es damals theoretisch aufgearbeitet wurde, Klassenverrat am Bürgertum begeht und übergeht auf den proletarischen Standpunkt.

Innerhalb der Arbeiterklasse ist der Generationskonflikt politisch im wesentlichen nicht relevant geworden. Heute, glaube ich, ist es anders, er ist aus den angeführten Gründen nicht mehr beschränkt auf das Bürgertum.

Ich glaube, daß die Anschauung richtig ist, daß vor allem die junge Generation Träger einer Umwälzung sein muß. Natürlich nicht als Subjekt der Revolution an sich. Dieses falsche Selbstverständnis ist auch verbreitet, sondern als spezifischer Teil einer Klasse, die sich nicht mit Gegebenen, dem mühsam errungenen und verteidigten Wohlstand zufrieden gibt. Die junge Generation ist eher bereit, ihre Ziele weiter zu stecken, weil sie verweigerete Möglichkeiten stärker empfindet, weil sie objektiv leichter dazu in der Lage ist, Risiken auf sich zu nehmen. Das Heranreifen der jungen Generation zum politischen

Leben erfolgt heute in einem Augenblick der tiefen Krise des Systems, die verbunden ist auch mit einer Krise der Arbeiterbewegung. Das beschleunigt zwar einerseits die Formierung des politischen Bewußtseins, aber dieses politische Bewußtsein trägt andererseits auch die Zeichen dieser Krise und ist nur in den seltensten Fällen auch imstande, die historische Alternative der Überwindung aktuell darzustellen.

Was nun Österreich betrifft, zeigen sich auf den ersten Blick kaum besondere Qualitäten und Quantitäten der aufgezeigten Diskussionsbereiche. Die Kambodscha-Demonstration im Mai dieses Jahres war aber nicht zuletzt ein Hinweis, wie wenig das in Österreich vorhandene Potential politisch und organisatorisch ausgeschöpft wird.

Fischer schreibt, daß die typische Minderheit einer untypischen Mehrheit vorangeht, wenn das auch oft bezweifelt wird. Und daß das Typische nur im stagnierenden Zeitaltern, in Zeitaltern der Stagnation der gesellschaftlichen Entwicklung dem Durchschnittlichen entspricht, in Zeitaltern der dynamischen Entwicklung aber nicht.

Daß wir ein Teil dieser "typischen Minderheit" sind, das gilt es praktisch zu beweisen.

/Paul KOLM/

Protokoll Nummer 7

Referat - Franz MAREK

II. Teil - (Perspektiven der Linken in Österreich)

Revolutionäre Praxis in Österreich -  
Fragen der künftigen Perspektiven.

Darüber sprach im Rahmen der Sommerakademie der F Ö J  
(Juli-August 1970) Genosse Franz Marek, ehemaliges  
Mitglied des Zentralkomitees der KPÖ.



## Revolutionäre Praxis in Österreich - Fragen der künftigen Perspektiven

Wenn wir über den Begriff "Praxis heute" sprechen, ist es nicht schlecht, am Anfang etwas über den Begriff zu sagen, deshalb, weil bei uns in der Arbeiterbewegung das Wort oft im widersprüchlichen Sinn zum Begriff Theorie verwendet wird. Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis - dieser Satz wird oft verwendet, wobei man sich bei Verwendung dieses Satzes auf Lenin beruft. Aber bei Lenin ist das etwas nuancierter, bei Lenin heißt es, daß es ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Bewegung geben kann. Die einfache Gegenüberstellung von Theorie und Praxis ist eben eine Vereinfachung, deshalb, weil die revolutionäre Theorie eine praktische Bedeutung hat. In der Geschichte der Arbeiterbewegung war es z.B. so, daß Marx und Engels eine gewisse Zeit, als ihre Arbeit vor allem in theoretischer Arbeit bestanden hat, ohne nennenswerte Verbindungen mit irgendwelchen Gruppierungen der Arbeiterbewegung, sie ihre theoretische Arbeit als die Arbeit der Partei schlechthin bezeichnet haben, weil sie die theoretische Arbeit von der Praxis nicht trennen konnten und zu einem gewissen Zeitpunkt die theoretische Arbeit als die entscheidende praktische Arbeit bewertet haben. Vielleicht würde eher das Wort gelten, das der bekannte österreichische Physiker Boltzmann einmal verwendet hat: daß eine gute Theorie eine unerhört praktische Bedeutung hat. Natürlich gibt es Prüfsteine für die Theorie, ob sie sich bewährt in der konkreten Arbeit, in der Agitation, in der Organisation, aber die revolutionäre Theorie hat eine praktische Bedeutung und die Arbeit an dieser Theorie ist auch Praxis.

Die Diskussion über diesen Begriff hat eine gewisse Neuaufgabe bekommen durch die Frankfurter Schule, deren Leiter Adorno den Standpunkt vertrat, daß in unserer Zeit die Theorie zwar noch immer interessant ist und Erkenntnisse vermitteln kann, aber keine praktische Bedeutung mehr hat, weil die revolutionäre Theorie keinen Adressaten mehr findet, weil das Proletariat, für das vor allem diese Theorie gedacht war, nicht als revolutionäre Kraft vorhanden ist ("Negative Dialektik"), sodaß die Theorie wirklich keine praktische Bedeutung mehr hat, sondern, wie sein Mitarbeiter Horkheimer gesagt hat "einfach dazu da ist, damit man einmal weiß, daß wir da waren". In der Auseinandersetzung mit dieser Interpretation hat es einen Sinn davon zu sprechen, daß die Theorie praktische Bedeutung haben muß. Aber im Marxismus selbst hat die Theorie praktische Bedeutung.

Das gilt erst recht für die gegenwärtige Zeit, für die Zeit, deren Zeitgenossen wir sind, wo es eine ausgesprochene geistige Krise der Arbeiterbewegung gibt, wo für alle Formen der Arbeiterbewegung, der Linken, das Fehlen einer wirklich konstruktiven Orientierung, das Fehlen wirklich überzeugender Perspektiven kennzeichnend ist. Ein entscheidender Grund für diese geistige Krise ist eben diese Schwäche der Theorie, die Schwäche der Analyse unserer Zeit, aus der allein irgendwelche konstruktive Schlußfolgerungen gezogen werden. Das hängt damit zusammen, daß

das, was Theorie war, weitgehend zur Institution degradiert wurde, wirklich nicht mehr Theorie war, daß dadurch die Analyse der Zeit in der wir leben, verloren gegangen ist und damit auch die Perspektiven und die Orientierung.

Um ein paar konkrete Beispiele zu geben: Die Notwendigkeit der Theorie und die Schwäche der gegenwärtigen theoretischen Arbeiten (und das hat auch die praktische Auswirkung) wird z.B. bewußt, wenn wir den Kapitalismus, den wir heute haben, vergleichen mit dem, den Marx und Lenin analysiert haben. Bei der Analyse des neuen, zeitgenössischen Kapitalismus stehen die marxistische Theorie und mit ihr die Theoretiker am Anfang, was sich auch auf die Praxis auswirken muß. Ich möchte zwei Beispiele nennen: Wir haben zum Unterschied vom Kapitalismus, nicht nur des 19. Jahrhunderts, sondern auch vom Kapitalismus im wesentlichen ein stetiges Wachstum der Produktion, mit Unterbrechungen, aber doch ein stetiges Wachstum. Man kann im allgemeinen sagen, daß in den modernen Industrieländern in 10 bis 15 Jahren eine Verdoppelung der Produktion erfolgte, auf Grund dieses stetigen Wachstums, während früher für die Verdoppelung ein ganzes Jahrhundert notwendig war, bei dem die Entwicklung ständig unterbrochen war, im 19. Jahrhundert im wesentlichen fast alle 10 Jahre, durch schwere Krisen, mit Auswirkungen der Krisen. Mit dieser Entwicklung ist verbunden, daß für große Teile der Arbeiterklasse dieselben Zeiträume oft mit einer Verdoppelung bis zu einer Verdreifachung der Kaufkraft Hand in Hand gehen. Etwas, was wir überhaupt noch nie hatten in der Entwicklung des Kapitalismus, und was damit zusammenhängt, daß die technische Entwicklung einfach große Teile der Konsumartikel wesentlich rascher und verbilligt erzeugt. Während man im 19. Jahrhundert im wesentlichen davon sprechen konnte, daß alle 10 Jahre mehr oder minder eine Krise eintritt, mit Rezessionen, Stagnationen, und eine gewisse Anlaufzeit wieder notwendig ist, bis die Produktion in Gang kommt und während dieser Krise die Produktion beachtlich absinkt; während in der Zwischenkriegszeit die durch den Krieg deformierte Wirtschaft immerhin gekennzeichnet war durch eine Weltwirtschaftskrise, Ende der 20-iger und Anfang der 30-iger Jahre, kann man heute, ohne Prophet zu sein, sagen, daß eine Krise in dieser Form der Weltwirtschaft kaum mehr vorstellbar ist. Was Engels schon vorausgesehen hat, daß nicht nur die Arbeiterschaft lernen kann, sondern auch die Bourgeoisie lernen kann, ist zum Teil eingetreten. Es gibt staatliche Regulierungs-, Gängelungs- und Kontrollmaßnahmen, die nicht verhindern können, daß im Kapitalismus immer wieder die Widersprüche zu Rezessionen, Stagnationen, Einschränkungen, Stilllegungen führen, aber nicht zu diesen Produktionsrückgängen, wie sie typisch waren im Kapitalismus des 19. Jahrhunderts und auch in der Zwischenkriegszeit. Auch eine solche Erscheinung, wie wir sie z.B. 1929 hatten, die der Startschuß für die Weltwirtschaftskrise war, der sogenannte "schwarze Freitag", wo plötzlich alle Banken schließen mußten, weil überhaupt kein Geld mehr liquid war, ist auf Grund der Maßnahmen, die jetzt getroffen wurden, kaum mehr in dieser Form vorstellbar. Es sind gewisse Wandlungen im Kapitalismus eingetreten, die nicht nur Analysen erfordern, sondern auch Schluß-

folgerungen. Auch die Widersprüche, die es im Kapitalismus gibt, nehmen andere Formen an. Für den Kapitalismus, den Marx analysierte, war z.B. kennzeichnend, daß auf Grund dieser fast regelmäßigen Krisen das entsteht, was er die industrielle Reservearmee nannte, nämlich ein gewisser Teil der Arbeiterschaft, der einfach nicht mehr in den Prozeß eingegliedert werden kann - in den Produktionsprozeß - und der aus sich eine Lazaruschicht von verelendenden Typen, ausscheidet, die immer größer wird, so daß auf Grund dieser Tatsache Marx das sogenannte allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation formuliert hat, daß also die Entwicklung für Teile der Arbeiterschaft mit einer absoluten Verelendung verbunden ist. Wir erleben diesen Prozeß jetzt in anderer Form. Wir haben diesen Prozeß jetzt so, daß auf Grund der technischen Entwicklung eine gewisse Schicht ausgesondert wird, die man in Amerika die Outcast, die Ausgeschiedenen, nennt, und die nicht zufällig ausgeschieden werden, sondern in den Produktionsprozeß nicht mehr eingegliedert werden können - man spricht von Marginalschichten der Gesellschaft. Wir haben zu dieser Erscheinung eine neue Erscheinung, daß in die industriell entwickelten Länder aus rückständigen Ländern Arbeiter einwandern, die die Schwarzarbeiter dieser kapitalistischen Produktion werden, weil das die angelernten, ungelerten Arbeiter sind, die Schwerstarbeiter und die schlecht bezahltesten Arbeiter, Das ist eine Entwicklung, die wir in allen industriell entwickelten Ländern sehen. Diese Schwarz- und Fremdarbeiter - in Amerika wird diese Funktion von Negern ausgefüllt -, aber wir sehen das in wachsendem Maße in allen entwickelten kapitalistischen Ländern, diesen Typ einer Arbeiterschicht, der am Rande der Produktion ist, die schwersten und schlechtbezahltesten Arbeiten macht und das Problem, das Marx entwickelt hat, in einer ganz anderen Form dargestellt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß manche Theoretiker aus der Dritten Welt recht haben, daß, falls nicht große revolutionäre Erschütterungen eintreten, im Kapitalismus auch Teile der Dritten Welt Länder der Schwarzarbeit werden und die entwickeltesten kapitalistischen Länder diesen Ländern die Bearbeitung von Rohstoffen, Bergwerksarbeit, primitive Arbeit überlassen werden, im nationalen Maßstab, für die ausbeutenden, industriell entwickelten Länder.

Jedenfalls ist das heute die Linie, die sich abzeichnet in der Weltwirtschaft, daß diesen Ländern die Schwarzarbeit überlassen wird, die ja nicht imstande sind, auf dem Markt mit den entwickelten Ländern zu konkurrenzieren und wenn sie kapitalistisch bleiben einfach das, was die Schwarzarbeiter in den einzelnen Ländern sind, im Weltmaßstab werden.

Jedenfalls sind das andere Erscheinungsformen auch des Elends und der Arbeiterstruktur, als wir sie bei Marx gehabt haben. Und die Widersprüche, die Marx geschildert hat, der Widerspruch, der ja im Marxismus die große Rolle spielt, dieser Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen nimmt auch ganz andere Formen an. Es gibt, wie gesagt, Krisenerscheinungen, Stagnationen, Rezessionen, Inflationserscheinungen, auch richtige Krisenerscheinungen, wenn auch nicht im alten Sinn.

Aber der Widerspruch zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften kommt fast schreiender in anderen Formen zum Ausdruck. Z.B. in der Tatsache, daß die Produktion bestimmte Erscheinungen in der Entwicklung fast ad absurdum führt und man sich auch als bürgerlicher Gelehrter ausrechnen kann, in wieviel Jahrzehnten die Luft nicht mehr zum Atmen sein wird, die Gewässer verpestet sein werden, der Verkehr ad absurdum gehen wird. Das Profitmotiv setzt sich in anderen Formen durch und führt zu anderen Widersprüchen, zu anderen, fast Katastrophenerscheinungen, wie sie Marx vorausgesehen hat. Jeder weiß das, aber wenn das so bleibt mit den Autos z.B. können in 20 bis 30 Jahren manche Städte nicht mehr atmen. Aber die Programme der großen Autofirmen gehen bis in die 80-iger Jahre, obwohl es, losgelöst vom Profitmotiv, Elektromotore große Linderung bringen könnten. Aber das ändert nichts daran, daß sämtliche Häfen Europas, ob das Marseille, ob das Antwerpen ist, ob das Rotterdam oder Hamburg ist, um Milliarden die Häfen umbauen für den Empfang der Riesentanker, die jetzt für das Erdöl gebaut werden, weil die Häfen sich aus Profitmotiven einrichten, auf die Fortdauer des Benzinmotors. Die Widersprüche kommen also in einer anderen Form zum Ausdruck und weil es andere Formen der Widersprüche gibt, müßte eigentlich für revolutionäre Gruppierungen auch die Erkenntnis da sein, daß andere Formen der Bewußtseinsbildung notwendig sind, als die, die früher einmal waren.

Nehmen wir ein zweites Phänomen im Kapitalismus - das waren ja bekannte Sachen - das weniger beachtet wird. Der Kapitalismus, den Marx analysierte, war im wesentlichen gekennzeichnet durch eine Produktion für den Markt. Der Kapitalismus produziert Waren, damit er sie am Markt verkauft. Auf dem Markt tritt er in Konkurrenz mit anderen Kapitalisten. Wer geschickter arbeitet, wer besser organisiert, konkurrenziert den anderen tot. Der Kunde - wie ein amerikanischer Ökonom gesagt hat - ist der König in dieser Produktion. Es ist z.B. bekannt, daß Ford bei seinem ersten Auto auf Grund der Konkurrenz noch während des ersten Jahres, während die Autos ausgelaufen sind, schon auf Grund der Kritik der Kunden, gewisse Verbesserungen am Auto durchführte. Heute ist das ganz anders. Heute ist die Produktion für den Markt in dieser Form bei den großen Monopolgesellschaften überwunden. Diese großen Firmen, Konzerne und Trusts, arbeiten nicht mehr so für den Markt, daß sie sich fortwährend so wie einst erkundigen, wie die Ware geht. Die Produktion ist eine ganz andere geworden. Im 1. Weltkrieg konnte ein Flugzeug, das abgeschossen wurde, in drei Monaten wieder rekonstruiert und gebaut werden. Heute dauert der Bau eines Flugzeuges 3, 4, 5 Jahre, manchmal mehr. Und das Auto, das Ford in einem Jahr herstellte, wird heute in 4 bis 5 Jahren gebaut. Bevor es gebaut wird, arbeiten tausende Marktforscher, untersuchen genau was man braucht, jede Einzelheit wird untersucht, es gibt das sogenannte Marketing. Die Produktion dauert 4, 5 Jahre und es ist nicht mehr darauf berechnet, dann in einem Jahr korrigiert zu werden. Sie hat viel zu lange gedauert, sie muß auf den Markt gebracht werden, nachdem man sich vorher erkundigt hat, untersucht hat, was für den Markt notwendig ist und was wichtiger ist, nachdem man vorher den Konsumenten für den

Absatz der Ware produziert hat. Marx hat einmal schön gesagt, die Produktion liefert Material für das Projekt, aber die Produktion wird das Subjekt für das Material liefern. Und jetzt ist es soweit. Der Kunde, der einmal König war, wird von vornherein fixiert für die Abnahme bestimmter Waren, die nicht mehr rasch produziert werden für die Konkurrenz, sondern von großen Konzernen und Betrieben schon eindeutig fixiert werden, schon vorher, und auch abgesetzt werden. Also hat der Markt seine Bedeutung in der alten Form verloren. Deshalb ist auch das Bestreben dieser großen Konzerne nicht mehr das gleiche wie früher. Früher hat das Wort einmal gegolten, das Stalin in seinem berühmten Grundgesetz des Kapitalismus mit dem Wort: 'die großen Betriebe wollen den Maximalprofit'. Natürlich wollen Betriebe immer möglichst viel profitieren, aber kennzeichnend für diese großen Konzerne ist nicht, daß wie früher, in der Konkurrenz möglichst viel herausholen wollen, kennzeichnend für sie ist, daß sie Stabilität wollen, daß sie ein ständiges Wachstum der Produktion wollen und natürlich beachtliche Profite, aber nicht Maximalprofite, sondern gesicherte, stabile, kontinuierliche Profite. Also das hat sich total verändert in dieser Hinsicht, es hat nicht mehr diesen hektischen Zug des Kampfes um den Markt, sondern der Markt ist vorher schon gewissermaßen erobert. Worauf es ankommt, sind stabile Verhältnisse und ein kontinuierliches Wachstum, sagen wir, beachtliche Wachstumsraten.

Daraus folgt aber, daß diese Konzerne z.B. zu den Arbeiterorganisationen eine ganz andere Einstellung haben wie früher. Gewerkschaften, die dafür da sind, daß die Arbeiter ein paar Groschen mehr haben oder ein bißchen weniger arbeiten, sind nicht mehr der große Feind, den man weiß Gott wie fürchten muß. Unabhängig von dem Problem, das mit der Konjunktur, mit der Erhöhung der Kaufkraft gegeben ist, arbeiten die Konzerne mit den Gewerkschaften zusammen, müssen mit ihnen zusammenarbeiten. Zum Teil braucht man sie gar nicht mehr, weil sie den Arbeitern von vornherein soviel geben, daß die Arbeiter die Gewerkschaften nicht mehr brauchen, eine Erscheinung, die man zum Teil schon in Amerika sieht. Weil sie nicht mehr kämpfen wollen, sondern stabile Verhältnisse halten wollen, weil sie andere Formen der Integrierung der Arbeiter haben, weil sie interessiert daran sind, in einem Betriebsklima, an dem Klima überhaupt im Verhältnis der Klassen zueinander, das ihnen stabile Wachstum und kontinuierliche Wachstumsraten garantiert, Aber auch daraus muß man doch Schlußfolgerungen ziehen. Wenn das Verhältnis sich so verändert hat, wie Markt, wenn das Problem der Integrierung der Arbeiterorganisation sich so verändert hat, muß man offenkundig Schlußfolgerungen ziehen, daß die früheren Formen der Bewußtseinsbildung nicht genügen.

Und dann ein Problem, das nicht den Kapitalismus betrifft, sondern die sogenannten sozialistischen Staaten. Hier sind wir überhaupt am Anfang der Analyse, geschweige den der entscheidenden Schlußfolgerungen. Es ist vielleicht der größte

Sieg Stalins, - von dem Sieg im Weltkrieg abgesehen - der, daß er wirklich Freund und Feind davon überzeugt hat, daß die Sozialisierung der Produktionsmittel Sozialismus ist, Das widerspricht überhaupt der ganzen Theorie des Marxismus und war auch bei Lenin nie so gemeint. Lenin hat z.B. bei dem Begriff 'Union der sozialistischen Sowjetrepubliken' ausdrücklich erklärt, daß Sozialismus das Ziel ist, aber der Name nicht bedeutet, daß man den Sozialismus hat, wenn man die Betriebe vergesellschaftet. Aber das ist irgendwie durchgegangen und geblieben, daß, wenn es kein Privateigentum gibt, ist der Sozialismus verwirklicht. Das widerspricht den Auffassungen von Karl Marx. Marx hat mit dem Begriff Sozialismus eine wirkliche Umwälzung aller Verhältnisse verstanden, und zwar nicht nur der Produktionsverhältnisse, wobei auch hier noch darüber diskutiert werden muß, ob die Produktionsverhältnisse sich allein auf die Eigentumsverhältnisse der Produktionsmittel reduzieren lassen. Ich glaube nicht einmal, daß das stimmt, sondern daß die Produktionsverhältnisse auch die Arbeitsverhältnisse in den Betrieben beinhalten. Auf jeden Fall, neben den Produktionsverhältnissen gibt's ja auch menschliche Verhältnisse. Es gibt das Problem der Menschen zueinander, von Mann zu Frau, Eltern und Kindern, das Problem in der Schule, das Problem im Betrieb, die Hierarchie im Betrieb usw. Marx hat ausdrücklich in seinen Werken diesen Begriff "Umwälzung aller Verhältnisse" erklärt.

Aber das Geringste, das man sagen kann über die osteuropäischen Staaten ist doch das, daß, wenn auch zweifellos, was das Eigentum an Produktionsmittel betrifft, dieses kapitalistische Privateigentum überwunden ist, man nicht sagen kann, daß in den Verhältnissen der Menschen zueinander jene Umwälzung erfolgte, die Marx als sozialistische Umwälzung bezeichnete. Im Verhältnis der Familie, im Verhältnis der Arbeitsteilung, im Verhältnis von Vorarbeiter und Arbeiter, in der hierarchischen Stellung in den Betrieben, im Verhältnis zu den Behörden - vor dem Schalter stehen - ist keine Umwälzung erfolgt. Die Orientierung war, den Kapitalismus einzuholen und überholen in der Produktion. Aber dieses Ziel, das zum Teil schon erreicht worden ist, allerdings nicht in den Ausmaßen, die man sich vorstellte, ist es erreicht worden im wesentlichen bei der Übernahme der menschlichen Beziehungen, wie wir sie im Kapitalismus haben. Hier müssen wir sagen, wir können dazu stehen wie wir wollen, gibt es ein positives Moment in dem, was die Chinesen versuchen und das erklärt zum Teil ihre faszinierende Wirkung; daß sie, bei allem anderen, worüber man sehr wohl diskutieren kann, doch gewisse Vorstellungen haben, daß in der Beziehung von Arbeitsteilung, im Verhältnis von Leitung und Geleiteten, im Verhältnis der menschlichen Beziehungen, gewisse Formen neue Wertungen verlangen, wie wir sie in den osteuropäischen Staaten haben. Das erklärt zum Teil die faszinierende Wirkung die die chinesische Kulturrevolution auf gewisse Schichten, vor allem in der westeuropäischen Intelligenz haben. Das erklärt aber auch, warum - und das ist, glaube ich, eine der wichtigsten Schlußfolgerungen,

die wir wahrscheinlich seit einigen Jahren zu ziehen haben - daß eine gewisse Orientierung die wir zu diesen Staaten, in denen die Produktionsmittel vergesellschaftet wurden, daß eine gewisse Orientierung ihre Periode abgeschlossen hat. Worauf haben wir uns im wesentlichen orientiert? Wir haben uns im wesentlichen darauf orientiert, daß der Anschauungsunterricht von der Überlegenheit dieser Länder eine derartige revolutionierende Wirkung haben wird, daß er auch für den Durchbruch sozialistischen Wollens in den kapitalistischen Ländern gewissermaßen eine entscheidende Hilfe bedeuten wird. Diese Orientierung war gespeist durch die Erfahrung, daß zu einer Zeit der Krise (20-iger und 30-iger Jahre) - es dort keine Krise gab - sie war gespeist durch die Erfahrung, daß im Weltkrieg die SU das erste Land war, das der faschistischen Offensive standhalten konnte und sie sogar zerschlug - man kann darüber diskutieren was die Schlacht um England war, - aber die wirkliche Niederlage Hitlers wurde an der Ostfront herbeigeführt - und die Orientierung war auch nachher so - sicher schon modifizierter und korrigierter, daß wir von dort den Anschauungsunterricht erwarten, von höheren Formen der menschlichen Beziehungen, von höheren Formen der Demokratie usw. Meine Auffassung ist, daß wir also auf diese Orientierung, die Brecht im Galilei auf die "Verführung durch Beweise" genannt hat, nicht rechnen können, vorläufig nicht. Daß wir uns selbst in die Tasche lügen, wenn wir uns so orientieren. Dass wir uns offenkundig eine Orientierung selber erarbeiten müssen, die dort noch nicht erreicht wurden, mit gewissen Inspirations- und stimulierenden Möglichkeiten der Erfahrungen der Dritten Welt, aber keinesfalls Erfahrungen, die übertragbar sind, auf die gänzlich anders gelagerten Verhältnisse bei uns.

In diesem Zusammenhang halte ich auch für überholt und nicht mehr für richtig die Formulierung, die auf vielen Konferenzen und Resolutionen gehämmert worden ist "daß der entscheidende Widerspruch unserer Zeit, der zwischen Kapitalismus und Sozialismus ist", wenn man diese Staaten sozialistisch nennt.

Abgesehen davon, daß es glaube ich, rein theoretisch nicht ganz stimmt, daß das noch nicht Sozialismus ist, halte ich es für unrichtig, da doch noch nicht diese Werte geschaffen wurden, die man Sozialismus nennen kann. Ich glaube auch nicht, daß es ganz richtig ist, was die Chinesen vorschlagen, daß sie einfach die Länder der Dritten Welt und ihren Kampf gegen den Imperialismus als den entscheidenden Widerspruch bezeichnen. Die Bezeichnung von den Sturmfzentren der Weltrevolution ist eine zu allgemeine und auch rein inhaltsmäßig stimmt sie nicht. Der entscheidende Widerspruch ist der zwischen den sozialistischen, antiimperialistischen Kräften und den kapitalistischen, imperialistischen Kräften. Und das ist ein Widerspruch, der geographisch nicht fixierbar ist.

Die geographische Fixierung widerspricht einfach den Tatsachen - auch hier gilt es, da wir ja mit der wie mir scheint notwendigen Analyse zu neuen Ergebnissen kommen, müssen wir auch

zu anderen Schlußfolgerungen kommen. Schon deshalb, weil - das gehört auch zu unserer Zeit - wir diese Schlußfolgerungen noch ziehen müssen in einer Periode, von der man mit Recht sagen kann, daß sie im Zeichen steht einer gewaltigen Krise der bürgerlichen Ideologie und auch einer gewaltigen Krise der Beziehungen der Menschen zueinander im Kapitalismus. In einer Periode, wo ein Autoritätszusammenbruch stattfindet, den wir in den letzten Jahrzehnten nie gehabt haben. In welche westeuropäische Staaten man kommt, ist es das Erlebnis, daß auch bürgerliche intellektuelle Soziologen registrieren, ein Zusammenbruch der Autorität, wie man ihn seit Jahrzehnten nicht erlebt hat. Zusammenbruch der Autorität der Familie, des Staates, der Schulen in einem Ausmaße wie er im 20. Jahrhundert unbekannt war. Gleichzeitig brechen Tabus zusammen auf dem Gebiet der Religion, der Sexualität usw., und ein großer Teil, nicht nur der jungen Menschen, sucht nach Alternativen, in dieser Krise der bürgerlichen Ideologie, in dieser Periode des Zusammenbruchs von Tabus und der Autorität. Es gehört zur Verantwortung der revolutionären Arbeiterbewegung, daß sie zunächst diese Alternativen und Perspektiven in der revolutionären Arbeiterbewegung findet. Das gilt für die Staaten, in denen die revolutionäre Arbeiterbewegung schon gesiegt hat, aber nicht nur für diese. Und wie mir scheint, so allgemein gesprochen, die entschiedene revolutionäre Praxis der linken Gruppierungen und revolutionären Gruppierungen besteht heute darin, Perspektiven zu entwickeln, Werte und Wertungen aufzuzeigen, die wirklich neu sind in dieser Krise der bürgerlichen Ideologie, eine Bewußtseinsbildung durchzuführen an Hand der Widersprüche, wie sie heute für den zeitgenössischen Kapitalismus typisch sind und ohne sich auf Lösungen zu orientieren, die bisher versucht worden sind, die für diese Welt keine Lösungen sind.

Ihr wißt, daß bei der Aufgabe der Bewußtseinsbildung die Neue Linke diesen Begriff und auch diese Praxis geprägt hat: Provokation. Das halte ich an und für sich für einen sehr fruchtbaren Gedanken, weil er in sich die Erkenntnis trägt, daß die konventionellen und traditionellen Formen der Bewußtseinsbildung einfach überholt sind, sondern höchstens dazu beitragen, das Bewußtsein der potentiellen revolutionären Kräfte auf das tiefe Niveau der bürgerlichen Ideologie zu senken. Aber mir scheint, daß hier der Fehler gemacht wurde, fast möchte ich sagen, den Mao Tse Tung einmal mit den Worten geprägt hat, "das Bewußtsein des chinesischen Volkes sind weiße Blätter". Es gibt kein Bewußtsein des Volkes, das aus weißen Blättern besteht, sondern in jahrhunderten und jahrtausenden alten Geschichten wurde das Bewußtsein überall geprägt. Und wenn es auch richtig ist, Formen der Provokation zu finden die nicht konventionell sind, die nicht das Ritual dieser polizeilich genehmigten Prozessionen haben, die einem wirklich schon beim Hals herauswachsen, seit Jahrzehnten. Man kann sich auch bei dieser Aufgabe der Provokation nicht über das Bewußtsein hinaussetzen, das vorhanden ist. Man kann sich nicht auf die konventionellen Formen reduzieren lassen.

Man kann sich aber nicht gleichgültig erklären gegenüber den Bewußtseinsformen, die es jetzt bereits gibt und von denen aus man provozieren muß. Ich glaube, daß das der große Fehler war, der zur Tragödie des SDS in der Bundesrepublik führte, daß sie Formen der Provokation wählten, die sicher für die Durchführer der Provokation eine Art Selbstbefriedigung war und die auch sehr mutig waren, aber die vom Großteil der potentiellen revolutionären Kräfte überhaupt nicht verstanden wurden und z.B. zum Teil dies die Isolierung der Arbeiterschaft nur verstärkte. Es wurde nicht berücksichtigt, daß auch die Provokation mit dem Bewußtsein rechnen muß, das vorhanden ist.

Das scheint mir also das, was man allgemein als revolutionäre Praxis unserer Zeit bezeichnen kann: Alternativen entwickeln in dieser bürgerlichen Krise und vor allem Werte entwickeln für die Beziehungen der Menschen zueinander, die eine Vorwegnahme dessen sind, was wir uns unter Sozialismus vorstellen und die bisher, auch in den Staaten, die sich sozialistisch nennen, nicht realisiert werden. Also Werte entwickeln im Kampf gegen diese Manipulation der Menschen, gegen diese Entmachtung der Menschen auf allen Gebieten der menschlichen Beziehungen, Werte entwickeln im Kampf gegen Hierarchien, die einfach anachronistisch geworden sind und auch keine Autorität mehr haben, Werte entwickeln gegen die Aufsplitterung und Zersplitterung der menschlichen Fähigkeiten durch Arbeitsteilung, Technologie usw., Kastenbildung. Werte, die man als Werte des Sozialismus bezeichnen kann. Da scheint mir eine Idee wichtig, die in der Arbeiterbewegung einfach verloren gegangen ist.

Man hat sich das in der Arbeiterbewegung so vorgestellt: also wir kämpfen für die Revolution, wir kämpfen für die Machtergreifung und wenn einmal die politische Macht ergriffen ist, dann wird auch das Bewußtsein gewissermaßen geformt, auf Grund dieser neuen politischen Verhältnisse. Nun, es gibt eine, glaube ich, tiefergehende These, die von Gramsci stammt und wo er das ein bißchen nuancierter formuliert. Er sagte "daß die revolutionäre Arbeiterbewegung für die Hegemonie, d.h. für die Führung in der Gesellschaft kämpfen muß noch vor der Machtergreifung und daß sie z.B. noch vor der Machtergreifung kämpfen muß für die geistige Führung großer Teile der Gesellschaft. In der Überwindung der alten Urteile und Vorurteile, in der Produktion von neuen Werten und Wertungen". Dieser Satz von Marx, "daß die herrschenden Ideen immer die Ideen der Herrschenden sind", ist vergrößert worden, als ob erst nach der politischen Machtergreifung der Kampf beginnen kann, die Bewußtseinsformung der großen Massen, die vorher der Manipulation durch die herrschenden Klassen ausgeliefert sind. In Wirklichkeit ist ein Teil der revolutionären Praxis schon vor der Machtergreifung die Widerlegung der Urteile und Vorurteile dieser Welt und die Produktion von Werten und Wertungen, die eben das Ideale, den Sozialismus, attraktiv machen sollen.

Ich glaube, daß für unsere Zeit und für die revolutionäre Praxis unserer Zeit das das Entscheidende ist. Ich will das mit einem Beispiel irgendwie abwandeln, das für Länder, wo ein bißchen mehr los ist als in Österreich, kennzeichnend ist. Ihr wißt, daß in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in der Arbeiterbewegung einmal von einem preussischen Regierungsbeamten das Wort geprägt wurde "daß hinter jedem Streik die Hydra der Revolution lauert", weil der Streik die Kraft der Arbeiterklasse zum Ausdruck bringt und weil die Bourgeoisie durch den Kraftgewinn der Arbeiterklasse verspürt, daß das also die Kraft ist, die einmal die Revolution durchführen wird. Kann man das heute noch sagen? Heute muß man das nuancierter sagen -. Wenn es sich um Streiks handelt, die, sagen wir, wie auf den Knopf gedrückt, von der Gewerkschaft organisiert werden, wo die Arbeiter überhaupt nichts riskieren, sondern für die verlorenen Arbeitsstunden schön Geld bekommen und alles ersetzt bekommen und wo dann irgendwelche Leute verhandeln für die Beendigung des Streiks - hinter diesen Streiks droht nicht mehr die Hydra der Revolution, hier droht höchstens die Hydra der etablierten Ordnung und diese wird überhaupt nicht gefährdet. Und das wissen die Unternehmer ganz gut. Selbst in einem so rückständigen Land wie Italien, wo sie lange dazu gebraucht haben um es zu erkennen, versuchen sie jetzt die Gewerkschaften zu integrieren auch wenn sie streiken. Rosa Luxemburg hat einmal von solchen Streiks gesagt, daß sie wie ein Taschenmesser sind, die man je nach Bedarf auf- und zuklappen kann. Da lauert nicht die Hydra der Revolution. In unserer Zeit sind Streiks dann nur von revolutionärer Bedeutung, wenn im Streik neue Formen, sagen wir der direkten Demokratie erkämpft werden, was in Italien z.B. der Fall ist, also wenn von Arbeiterversammlungen über den Kopf der Gewerkschaftsorganisationen direkt Delegationen entstehen. Streiks sind dann nur revolutionär, nämlich von revolutionärer Bedeutung (d.h. nicht, daß man nicht für Lohnkämpfe ist, daß man nicht für organisierte Streiks ist, daß wir dagegen sind), aber man soll ihre Grenzen und die Grenzen ihrer Bedeutung erkennen. Revolutionäre Bedeutung haben sie dann, wenn sie sich nicht, wie man es ausdrückt, auf quantitative Forderungen beschränken, auf Lohnforderungen oder auf Arbeitszeitverkürzungen, obwohl das alles sehr nützlich und wichtig ist, sondern wenn sie darüber hinaus (wie es zum Teil in Frankreich, Italien, aber auch in Belgien, in Schweden schon ein paarmal der Fall war) eingreifen in den Arbeitsprozeß, Arbeitern gewisse Kontrollfunktionen übermitteln im Arbeitsprozeß, also irgendwie nagen an diesen hierarchischen Strukturen, die es in dieser Gesellschaft gibt und Wertungen und Formen entwickeln, jenseits von paritätischer und anderen Schiedskommissionen. Werte, wie wir sie für kennzeichnend für den Sozialismus halten sollen, nämlich daß der Sozialismus Formen der Selbstverwaltung, auch der Selbstbetätigung der Menschen realisiert, "Entfaltung der totalen Begabungen und Fähigkeiten die im Menschen sind" (Marx).

Oder ein anderes Beispiel, das mir auch wichtig erscheint, wenn

es auch für Österreich vielleicht nicht wichtig ist. Nehmen wir die Wahlen, Ich glaube, daß der Standpunkt, der von gewissen Kreisen der Neuen Linken bezogen wird, daß das ein Bödsinn ist, daß man die Wahlen boykottieren soll, ein unpolitischer Standpunkt ist. Denn es gibt keine Form des öffentlichen Lebens, die man boykottieren soll, an der man sich nicht beteiligen soll. Boykott ist überhaupt nur eine Waffe, ich glaube das ist eine Erfahrung der Arbeiterbewegung, wenn du in einem großen Aufschwung bist, wenn du neue Formen des Kampfes schaffst und der Gegner wirft dir alte Formen hin. Dann boykottiere sie, denn dann ist das eine Sache mit der er dich abspeisen will. Aber wenn es verhältnismäßig friedliche Zeiten gibt, oder zeitweise sogar Zeiten der Defensive, Zeiten der Stagnation, gibt es keine Form des öffentlichen Lebens, die man boykottieren soll, weil der Boykott dich einfach vom öffentlichen Leben ausschließt, wenn nicht gewaltige Anschauungsunterrichte erfolgen, wie man anders ankommt. Aber grundfalsch ist das auch - ich meine dieser Standpunkt - bei dem auch große kommunistische Parteien gelandet sind, die einfach, wie man sich ausdrückt, die Wahlen vom Standpunkt des Elektoralismus betrachten - 1 Prozent mehr oder zwei Mandate mehr, oder noch ein Gemeinderat usw. - ohne daß hier irgendwie Werte oder Wertungen erfolgen, die diese Gesellschaft überschreiten, über sie hinausweisen.

Ich glaube für revolutionäre Gruppierungen, gleichgültig ob sie klein oder groß sind, gleichgültig ob sie an den Wahlen teilnehmen können oder nicht, können Wahlen nur Bedeutung haben, wenn sie innerhalb des Wahlkampfes die Grenzen des bürgerlichen Parlamentarismus aufzeigen, wenn sie innerhalb des Wahlkampfes die Grenzen der bürgerlichen Demokratie aufzeigen und jene Ideen verwirklichen, die wichtig sind für den Sozialismus. - Perspektive des Sozialismus kann es doch nicht sein, daß es immer Leitende und Geleitete geben wird und Leute, die gescheit sind, und Leute, die blöd sind, Leute die entscheiden, und Leute, die Entscheidungen annehmen. Das ist ja das große Ideal des Sozialismus immer gewesen - auch bei den utopischen Sozialisten, daß die Menschen sich wirklich selbst entwickeln, sich selbst betätigen, Kontrollfunktionen bekommen. Diese Werte muß man auch bei einem Wahlkampf entwickeln, sonst ist es einfach ein Wahlkampf, in dem alle Gruppierungen integriert sind, nicht gleichgültig, das will ich nicht sagen, aber ohne Bedeutung für jede revolutionäre Perspektive.

Ich glaube, daß diese Schlußfolgerungen auch wichtig sind für eine andere Problemstellung, die uns hier auch beschäftigt und die Zsolt Patka auch in seinem Referat angeschnitten hat, das auch für hier gilt, ja nicht nur für Österreich, das gilt ja für alle Länder. Wir haben jetzt in allen westeuropäischen Ländern diese Tatsache, daß wir neben den konventionellen und traditionellen Parteien eine Unmasse von Gruppierungen haben, man kann eher sagen, daß die Zahl der Gruppierungen von Tag zu Tag wächst, daß hier eine Zellenteilung oft erfolgt

unter derselben Etikette, und trotzdem ist es kein Zweifel, daß, zumindest in manchen Ländern die entscheidenden revolutionären Potenzen vorhanden sind. Bisher scheitert eine Form der Verständigung an der Tatsache, daß die Kriterien, die Prüfsteine übernommen werden von der traditionellen Arbeiterbewegung. Obwohl diese Gruppierungen glauben, daß sie etwas ganz Neues sind, und zum Teil sind sie ja auch etwas ganz Neues, also nichts mit der traditionellen Arbeiterbewegung zu tun haben, übernehmen sie die Streitfragen von der traditionellen Arbeiterbewegung - bist du für Trotzki, bist du gegen Trotzki?, bist du für die SU, bist du gegen die SU?, bist du für die Kulturrevolution, bist du gegen die Kulturrevolution? Das sind alles sicher Probleme, über die man diskutieren muß, aber der mir notwendig erscheinende Versuch, diese Gruppierungen in irgend einem Strom zu vereinigen, wird nie auf der Basis der Beantwortung dieser Fragen erfolgen können. Da hat Patka Zsolt auch recht, er hat auch dieses Problem angeschnitten. Der Versuch wird nur erfolgen können, wenn es gelingt, sich zu verständigen über das, was heute an revolutionären Werten propagiert werden soll, in dieser Krise der bürgerlichen Ideologie und welche Aktivitäten man entfalten kann im Sinne dieser Werte. Auf dieser Basis kann es zur Verständigung kommen. Nur wenn es gelingt, das zu einem Hauptproblem zu machen, wird es in den einzelnen Ländern auch gelingen, was mir notwendig erscheint, diese Zersplitterung der revolutionären Linken zu überwinden.

Franz Marek

Protokoll Nummer 8

Referat - HANS MARGULIES

II. TEIL - (Perspektiven der Linken in Österreich)

Fragen der Organisation und Strategie.

Darüber sprach im Rahmen der Sommerakademie der F Ö J  
(Juli-August 1970) Genosse Hans Margulies, ehemaliges  
Mitglied des Zentralkomitees der KPÖ.



## Fragen der Organisation und Strategie

"Ein Element des Erfolges besitzen die Arbeiter: ihre große Zahl. Aber die Masse fällt nur dann ins Gewicht, wenn eine Organisation\* zusammenfaßt und Wissen sie leitet." - Aus \* sie der Inauguraladresse von Karl Marx.

Die heutige Einleitung will überprüfen, inwieweit der Organisation heute noch diese Bedeutung zukommt, beziehungsweise, welche Momente der Veränderung berücksichtigt werden müssen, um eine den gegenwärtigen Anforderungen entsprechende Organisation zu entwickeln.

Einleitend sei festgehalten, daß das Problem der Organisation, ihre Funktion, immer dann in der Arbeiterbewegung mit besonderer Schärfe aufgerollt wurde, wenn durch die Organisation der Widerspruch zwischen Wort und Tat - d.h. zum Beispiel, daß es nicht mehr gelang, die Tagespolitik mit dem sozialistischen Endziel Übereinzustimmen - nicht überwinden konnte, bzw. die Erarbeitung einer neuen revolutionären Strategie auf der Tagesordnung stand. Daraus ist bereits ersichtlich, daß man das "Politische nicht mechanisch vom Organisatorischen trennen kann" (Lenin). Das ist auch der Grund, weshalb das heutige Thema im Rahmen der Sommerakademie als letztes behandelt wurde. Geht es doch darum, aus der Arbeit der letzten Wochen bereits die ersten Schlußfolgerungen auf dem Gebiet der Organisation zu ziehen.

Hier liegt auch die Schwierigkeit der mir gestellten Aufgabe, denn das Ergebnis der heutigen Diskussion soll unmittelbar von uns in die Praxis umgesetzt werden. Wenn in der Themenankündigung von "Fragen der Organisation und Strategie" die Rede ist, so wurde darunter verstanden, daß zuerst die revolutionäre Strategie erarbeitet werden muß und sich nur daraus der Aufbau der Struktur der Organisation ableiten kann. Ich glaube, daß die Genossen Patka und Marek in ihren Referaten bereits die wesentlichen Elemente einer linken Strategie aufgezeigt haben und ich mich daher nur bemühen werde, die organisatorischen Konsequenzen auf dem Boden dieser Arbeit zu ziehen.

Wir müssen das heutige Problem auf zwei Ebenen behandeln.

- 1) Die Frage nach der Notwendigkeit der Organisation schlechthin.
- 2) Bei Anerkennung dieser Notwendigkeit die Untersuchung nach dem Mechanismus der von uns angestrebten Organisation.

Wir müssen erkennen, daß sämtliche Bereiche der heutigen Gesellschaft durch Organisationen gelenkt und geregelt werden. Wobei wir verschiedene Formen der Organisation kennen. Organisation auf staatlicher Ebene, auf Bildungsebene und auch politische Organisationen. Nur Dank einer gut funktionierenden Organisation, wie Staatsapparat, Wirtschaftsapparat usw. kann sich eine Minderheit gegen die echten Interessen einer großen Mehrheit an der Macht halten. Diesen Organisationen verdankt ein historisch überlebtes System seine Existenz. Es ist daher

die Aufgabe von Revolutionären, diese, das System erhaltende Organisation zu zerstören, bzw., wenn möglich sie im Interesse der Mehrheit zu verändern. Inwieweit diese Organisationen wie Staats- und Wirtschaftsapparat im sozialen Interesse zerstört oder umfunktioniert werden können ist eines der entscheidenden Probleme der revolutionären Strategie und müßte separat als eigenes Thema behandelt werden. Gleichzeitig müssen wir das Versagen jener politischen Organisationen feststellen, deren Aufgabe es war, diese Gesellschaftsordnung zu überwinden und neue Normen der zwischenmenschlichen Beziehungen aufzustellen. Schließlich war es und ist es das Ziel der sozialistischen Bewegung, jenen Zustand aufzuheben, in der die Verwaltung von Menschen über Menschen durch Menschen erfolgt.

Sowohl im Kapitalismus als auch in der 1. Etappe der sozialistischen Gesellschaft ist es notwendig, zwischenmenschliche Beziehungen in der Art zu regeln, daß eine bestimmte Schichte von Menschen die Tätigkeit der Gesamtheit der Menschen organisiert. Ziel des Kommunismus ist, den "totalen Menschen" zu entwickeln, der auf Grund der materiellen Bedingungen und einer neuen Moral dieser Anleitung nicht bedarf. Es ist heute nicht meine Aufgabe zu untersuchen, inwieweit dieser Gedanke realisierbar ist. Mir geht es heute nur darum zu zeigen, daß aus der Tätigkeit der Organisation diese Tendenz ersichtlich sein muß. Eben das Versagen der politischen Organisationen zeigt sich besonders in dem Punkt, daß sie nicht imstande waren, die Macht, die ihnen delegiert wurde, im Interesse der Mehrheit zu verwalten, sondern daß sie diese Macht mißbrauchten. Daher ist es verständlich, daß die Unzufriedenheit mit der herrschenden Gesellschaftsordnung sich unter anderem in der Organisationsfeindlichkeit der Unzufriedenen zeigt.

Wir stehen aber vor dem Problem, daß die bisherige Praxis uns gezeigt hat, daß das individuelle Vorgehen des Einzelnen zwar ehrenwert, aber nicht genügt, um gesellschaftsverändernd zu wirken. (Siehe Berichte z.B. im "Konkret" und "Pardon" über SDS, APO in der Provinz, München, Bamberg u.ä.). Wir haben gesehen und erfahren, daß durch die Spontaneität der Massen zwar große Revolten möglich waren, aber Revolutionen nur durch die organisierte und zielbewußte Leitung dieser Massen durchgeführt wurden. Hier wurde Rosa Luxemburg unrecht getan, als man ihr die "Verherrlichung der Spontaneität" vorwarf. Aus ihren Arbeiten wird ersichtlich, daß sie die Gefahr der Verbürokratisierung und der Entfremdung der Partei von den Massen erkannte und zeigte, daß ohne die spontanen Massenbewegungen die Änderung der bestehenden Gesellschaft unmöglich sei. Sie schreibt "Der Marxismus enthält zwei wesentliche Elemente, das Element der Kritik, der Analyse und das Element des tätigen Willens der Arbeiterklasse als revolutionärer Faktor. Und wer nur die Kritik und Analyse in die Tat umsetzt vertritt nicht den Marxismus, sondern nur eine PARODIE dieser Lehre (Ausg. Rede und Schriften II Bd. S 297)

Rosa Luxemburg verlangte daher den Einbau dieser Prinzipien in das Konzept einer revolutionären Strategie und die Schlußfolgerung für die Organisation. Von Organisationsfeindlichkeit kann bei ihren Werken keine Rede sein.

Die Erfahrungen, die insbesondere die französische und deutsche Studentenbewegung gemacht haben, zeigen auch bei diesen Bewegungen den Trend zur Entwicklung kontinuierlich wirkender Organisationen. Ich glaube, daß ihre Erfahrungen und jene, die auch wir in den letzten Jahren gewonnen haben, die Notwendigkeit der Organisation unterstreichen, wenn wir unter marxistischer Organisation das Zusammenwirken von Menschen, auf Grund gemeinsam im Sinne des Marxismus erarbeiteten Vorstellungen verstehen.

Welche Gesichtspunkte scheinen mir bei der Entwicklung eines Organisationsmodells von Bedeutung? Wobei die Betonung auf Modell liegt. Die Erfahrung zeigt, daß die endgültige Verwirklichung des Modells nicht unbedingt mit den ursprünglichen Vorstellungen identisch sein muß.

Die folgende punktmäßige Aufstellung beinhaltet keine Wertung, sondern soll es erleichtern, jeden einzelnen Komplex soweit es möglich ist, für sich zu behandeln. Beim Aufbau einer marx. Organisation scheinen mir folgende Punkte unbedingt notwendig: (Ich möchte die Punkte herausheben um zuerst einen Gesamtüberblick zu geben)

- a) Die gesellschaftliche Situation, bzw. ihre jeweilige organisatorische Ausdrucksform muß bei der Entwicklung in der eigenen Organisation berücksichtigt werden.
- b) Die Anzahl und die Qualität der der Organisation erfaßten \*in Menschen muß beim Aufbau des Organisationsmechanismus verarbeitet werden.
- c) Die politischen Zielvorstellungen und die daraus resultierenden Aufgaben müssen unmittelbar auf die Struktur wirksam werden. Das heißt, maximale Demokratie und Information muß verwirklicht werden.
- d) Die Beweglichkeit der Organisation und das unmittelbare Reagieren auf spontane Ereignisse muß gewährleistet sein. (Flexibilität und Kontinuität)
- e) Die Organisation muß immer als Instrument zur Erreichung des Zieles verstanden werden.
- f) Die Organisation muß sicherstellen, daß sich ihre Tätigkeit in erster Linie nach außen auswirkt und sich nicht in innerorganisatorischen Tätigkeiten erschöpft.

Ich werde mich bemühen, die Punkte näher zu erläutern, denn eine Verständigung in diesen Fragen scheint mir von entscheidender Bedeutung.

Eine der wichtigsten Erkenntnisse des Marxismus besteht darin, daß die menschliche Gesellschaft sich fortlaufend in Bewegung und Veränderung befindet. Die Veränderungen, die seit Marx und Lenin eingetreten sind, sind im wesentlichen Ergebnis der

Aktivität und des Kampfes der von Marxisten entwickelten und organisierten Arbeiterbewegung. Diese Veränderungen stellen uns daher auch vor neue Probleme. Ich möchte darauf hinweisen, daß "Marxtöter" immer wieder auf nichteingetretene "Prophezeiungen" von Marx und Engels hinweisen. Sie vergessen, daß gerade der bewußt geführte Kampf der Arbeiterbewegung es war, der diese Ereignisse verhinderte. Da jedoch die Organisation das wirksamste Instrument zur Veränderung der Gesellschaft darstellen soll, widerspricht es den marxistischen Vorstellungen, daß es gerade auf dem Gebiet der Organisation unveränderliche Prinzipien gibt. 1903 als es um die Entwicklung der bolschewistischen Partei ging, gab es eine gesellschaftliche Situation, und nur aus dieser Situation heraus ist die Frage der Organisation aufgerollt und gelöst worden. Man lese nur die Auseinandersetzung zwischen Lenin und Plechanow bzw. Martow, und man wird erkennen, daß Lenin seine Vorstellungen aus der gesellschaftlichen Lage des damaligen Rußlands erarbeitete. In einer Zeit der Unterdrückung und des Terrors muß die Organisation zwangsläufig einen anderen Charakter haben als in einer Zeit in der die Arbeiterbewegung formal aber auch reell eine Reihe demokratischer Errungenschaften erobert hat. In einer revolutionären Umbruchszeit, in der die Durchführung der Revolution auf der Tagesordnung steht, müssen die Fragen des Zentralismus, der Demokratie und Disziplin anders wirksam werden als in einer Zeit, wo auf Grund neuer Analysen erst eine revolutionäre Strategie erarbeitet werden muß.

Wir befinden uns in einer Zeit der geistigen Krise der Arbeiterbewegung und müssen daher nach neuen Wegen suchen. Unsere Organisation muß gewährleisten, daß alle jene Kräfte wirksam werden, die an der Erarbeitung dieser Strategie interessiert sind. Die Genossen Marek und Kolm haben in ihren Referaten u.a. auf zwei Probleme hingewiesen:

Den Generationskonflikt und die Autoritätskrise, die heute immer stärker sichtbar werden und sich unmittelbar auf den Mechanismus der Organisation auswirken. Auf Grund dieser Erscheinungen müssen wir in der Organisation ein neues Verhältnis in innerorganisatorischen Beziehungen entwickeln. Gramsci weist in seiner Arbeit "Elemente der Politik" auf den verhängnisvollen Fehler von Revolutionären hin, die meinen, daß in der Klassengesellschaft vorherrschende Teilung zwischen Regierenden und Regierten spurlos an der Arbeiterbewegung vorbeigeht. Er zeigt, daß es auf Grund dieser Gesellschaftsformation auch in der Arbeiterorganisation diese Teilung zwischen Leitern und Geleiteten gibt.

Wir verlangen nicht, daß sich die Parteiführungen sofort auflösen. Wir sehen den Prozeß, daß diese Führungen nicht selbst Wege beschreiten ihre Machtstellungen systematisch abzubauen, sondern daß sie alles daransetzen, sie zu zementieren, Das Wesentliche jedoch daran ist, daß sich die Leitung bewußt wird, daß ihre Funktion darin besteht, gesellschaftliche Voraussetzungen zu entwickeln, sich auch innerorganisatorisch zu erneuern, verändern und schließlich

selbst überflüssig zu machen. Zur gleichen Zeit zeigt er auf - mir geht es nicht darum, mich hinter Gramscis Autorität zu verstecken, sondern er hat es verstanden, das Problem nüchtern aufzuzeigen - das eine politische Partei (hier als Organisation verstanden) im Kapitalismus sich aus drei Elementen zusammensetzen muß.

- a) Jener Teil, der gesellschaftsbedingt nicht in der Lage ist, von sich aus die gesellschaftlichen Probleme zu analysieren und die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, aber jene Kraft darstellt, die durch ihre zahlenmäßige Größe und auf Grund ihrer ureigensten Interessen die gesellschaftliche Veränderung durchführen muß.
- b) Jene Kräfte, die die schöpferische Fähigkeit und was wesentlicher erscheint, auch Möglichkeiten besitzt, die Analysen der gesellschaftlichen Situation zu erarbeiten und den Kampf so zu koordinieren, daß er möglichst effektiv wird.
- c) Schließlich jene Schichte, die das vermittelnde Glied zwischen beiden oben genannten Schichten darstellt.

Ich glaube, daß diese Gedanken auf Grund der noch herrschenden Klassen- und Arbeitsteilung nach wie vor aktuell sind. Aber es ist mir klar, daß wir keine der drei Elemente ausgebildet besitzen. Daß in Österreich keine linke Partei diesen Vorstellungen Gramscis entspricht, ist eine der Ursachen der Schwäche der Linken. Um nicht mißverstanden zu werden, es geht nicht um Elitegedanken, sondern eben darum, daß die Aufgabe der sogenannten Führer darin besteht, mitzuwirken, eine sozialistische Gesellschaft zu errichten, um sich selbst aufzuheben. Das Verhängnisvolle an der Entwicklung in den sozialistischen Ländern liegt u.a. darin, daß sie dieser Aufgabenstellung nicht gerecht werden.

Für uns ist es notwendig, diese Frage so klar wie möglich zu stellen, denn dadurch werden wir fähig sein, unsere Möglichkeiten und Fähigkeiten richtig einzuschätzen. Das leitet zu den anderen Punkten über.

Die Größe, bzw. die Kleinheit unserer Organisation verpflichtet uns, eine andere Organisationsstruktur aufzuweisen, als die einer Massenpartei. Auf Grund unserer speziellen Entwicklung haben wir aber ansatzweise Spuren aller drei oben erwähnten Schichten, die eine politische Partei darstellen. Dies im Gegensatz zu den meisten linken Gruppierungen, die nur aus Aktivisten oder Kadern bestehen.

Wir haben betont, daß wir uns nur als Teil einer neu zu entwickelnden marxistischen Bewegung betrachten. Daher können wir nicht die Aufgabe haben, unmittelbar den Aufbau einer politischen Partei zu vollziehen. Wir müssen eine marxistische Organisation der Jungen entwickeln, die in Zukunft ein Element einer derartigen Bewegung werden kann. Unsere derzeitige Kleinheit ermöglicht uns, das ist das einzig positive an unserer derzeitigen Lage, die direkte Verbindung zwischen unseren Zielen und der dazu gehörenden Organisationsstruktur zu gewährleisten. Die Ausschaltung des freigestellten Apparates,

die Konzentration unserer Kräfte auf einzelne Punkte verpflichten uns zu überlegen, neue Organisationsmechanismen zu entwickeln. Wir sind daher darauf angewiesen, die direkte Demokratie zu garantieren, die schöpferische Initiative des Einzelnen zu fördern, den Schulungs- und Bildungsprozeß zu forcieren und die Richtigkeit unserer Vorstellungen direkt in der Aktion zu kontrollieren.

Mit der Rolle des Einzelnen wird die Frage der Mitgliedschaft aufgeworfen, die für uns andere Bedeutung haben muß als für eine Massenpartei. Während es bei Massenparteien darum geht, die Massenbasis zu erweitern, daher jeden, der nur irgendwie ansprechbar ist, mit einem Mitgliedsbuch zu versehen.

Heißt das, daß wir auf Mitglieder verzichten können? Nein, ich glaube nur, daß wir der Mitgliedschaft eine neue Bedeutung geben müssen. Mitglied unserer Organisation **sein**, muß heißen, die politischen Ziele gemeinsam mit anderen zu erarbeiten und zu unterstützen. Auf einem selbstgewählten Bereich für diese Ziele zu wirken und eine freiwillige Disziplin anzuerkennen, die die Erkenntnis beinhaltet, daß nur ein einheitliches Wirken erfolversprechend sein kann. Um politisch wirksam werden zu können muß man seine Kräfte richtig einschätzen, es müssen die technischen und finanziellen Mittel gewährleistet sein. Die Mitgliedschaft kann ein Element des notwendigen Zusammenhalts sein. Diese Vorstellung vom Mitglied bedeutet die Überwindung der Papierleichen und die Möglichkeit, die Organisation zum wirksamen Instrument zu machen.

Weiters müssen wir uns mit folgenden Problemen beschäftigen: Es liegt im Wesen des heutigen Kapitalismus, daß er seine Ausbeutung auch unmittelbar auf die Freizeit ausweitet. Der Ausbeutungsprozeß reduziert sich nicht nur auf den Produktionsort, sondern durch die Konzentration der Monopole, durch den Wegfall der vielgepriesenen freien Marktwirtschaft, durch die technische Entwicklung und durch die große Anzahl der Arbeiter wird der Produzent, als Konsument erneut ausgebeutet. Dieser Einbruch in die Freizeit ist noch nicht direkt bewußt geworden. Im Gegensatz zur Universität, wo Freizeit und Studium direkt miteinander verknüpft sind. Dies war auch eine notwendige Voraussetzung für die aktive Studentenbewegung. Es existiert eine derzeit nicht überwindbare Kluft zwischen Produktionsstätte und Freizeit. Unsere Aufgabe bestünde darin, diese Kluft zu schließen und die Politik nicht auf die Freizeit reduzieren zu lassen. Da wir aber unmittelbar nicht imstande sein werden, direkt an Produktionsstätten Basisgruppen zu entwickeln, müssen wir Gruppen ausbauen, die unmittelbar in die Probleme der Produktionssphäre eingreifen können. Das heißt, die fähig sind, sich mit Betriebsproblemen außerhalb des Betriebes zu beschäftigen und indirekt in die Betriebe zu wirken. Wir müssen uns auch bewußt werden, daß regelmäßige Teilnehmer in Basisgruppen, auch wenn sie nur als sogenannte Konsumenten fungieren, in ihrer Umgebung die als richtig empfundenen

Argumente weitervermitteln. Gleichzeitig ermöglicht die selbstarbeitende Basisgruppe rascher und effektiver, lokale Probleme zu erkennen. Hier möchte ich auf das noch später behandelte Problem der Selbständigkeit der Basisgruppen hinweisen. Wir müssen in unserer Organisationspraxis Einrichtungen entwickeln, die es jeder Basisgruppe ermöglicht, im Rahmen einer einheitlichen Strategie der Einzelfragen den von ihr für richtig befundenen Weg zu gehen, unabhängig ob sie in der jeweiligen Situation die Mehrheit der Organisation hinter sich hat oder nicht. Schließlich bedeutet die Existenz vieler Basisgruppen die Verbreiterung der Organisation. Neben der Einrichtung von örtlichen Interessengruppen steht die Entwicklung von Arbeitskreisen. Die sollen imstande sein, spezielle Probleme zu untersuchen und Voraussetzungen zu schaffen, die theoretisch erworbenen Erkenntnisse unmittelbar mit der Wirklichkeit zu konfrontieren.

Eine besondere Rolle im Mechanismus einer marxistischen Organisation spielt der demokratische Zentralismus. Hier scheinen viele Genossen das Kind mit dem Bad ausgeschüttet zu haben. Wir haben es nicht verstanden zu zeigen, daß ebenso wie andere Begriffe des Marxismus auch diesem Begriff ein anderer Inhalt gegeben wurde. Es ist bezeichnend, daß die italienischen Kommunisten vom bürokratischen Zentralismus sprechen. Es kommt nicht darauf an, diskriminierende Begriffe über Bord zu werfen, sondern zu untersuchen, inwieweit der Inhalt und die Aussagen des demokratischen Zentralismus noch für heute gültig sind. Auch in dieser Frage zeigt es sich, daß es auf die zahlenmäßige Größe der Organisation und die gesellschaftlichen Umweltbedingungen ankommt, welchen Charakter die Organisationsstruktur erhält. Meine Vorstellungen beziehen sich auf die momentane Situation der FÖJ. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß Eigeninitiative und Verantwortlichkeit nicht von selbst kommen. Unsere Tätigkeit muß in dieser Richtung liegen, aber es gibt unzählige Beispiele, daß es lange noch nicht so weit ist. Daher ist es notwendig, Kontrollen einzurichten und die Verantwortlichkeit Einzelnen zu übertragen, und mehr Eigeninitiative zu entwickeln.

Beim derzeitigen Stand muß die Kontrolle von der Gruppe ausgehen, die auch die jeweilige Verantwortung der Leitenden zu bestimmen hat. Das Wesentliche besteht darin, daß die Verantwortlichen jeweils wähl- bzw. abwählbar sind und der Gruppe unterstehen. Sie müssen den Charakter der Leitung über die Mitglieder verlieren und zu Initiatoren der Tätigkeit der Gruppe werden. Da wir uns nicht auf die unkontrollierte Tätigkeit von einzelnen linken Gruppen reduzieren lassen wollen, sondern die Stärke der Organisation darin sehen, daß sie imstande ist, im Rahmen eines Strategiekonzeptes sämtliche Kräfte am effektivsten einzusetzen, benötigen wir eine Einrichtung, die dies erreicht. Dies kann die zentrale Erfassung sämtlicher Akteure sein, solange dies technisch möglich ist, die gemeinsam die politischen Aufgaben besprechen und beschließen. Bei Vergrößerung der Organisation sollen Delegierte der Basisgruppen diese Leitungsfunktion übernehmen. Wobei in

unserer Situation des Suchens dieser Leitung eher eine Koordinationsfunktion und nicht Verpflichtungsfunktion zukommt. Auch hier scheint es notwendig zu erinnern, daß es unsinnig ist und der Beweglichkeit widerspricht, wenn sämtliche technische, finanzielle und organisatorische Probleme dem gesamten Kollektiv unvorbereitet vorgelegt werden. Wir müssen daher aus diesen Aktivistenberatungen jeweils kontrollierbare Verantwortliche wählen, die dieses Vertrauen durch ihre Qualifikation rechtfertigen und die technische als auch unmittelbar organisatorische Probleme regelmäßig behandeln. Schließlich müssen wir uns bewußt werden, daß die Organisation in vielen Fällen durch ihre Repräsentanten in der Öffentlichkeit bekannt werden. Dies geschieht, ob es die Organisationen wollen oder nicht. Aus diesem Grund wird es auch eine der Aufgabe einer lebensfähigen Organisation sein, Menschen zu entwickeln, die in der Öffentlichkeit das Niveau der Organisation zeigen können.

Ich hoffe, mit meinen Ausführungen eine brauchbare Diskussionsgrundlage geliefert zu haben, denn die Lösung des Organisationsproblems bedeutet einen weiteren Schritt für die Existenz der FÖJ!

Hans Margulies



